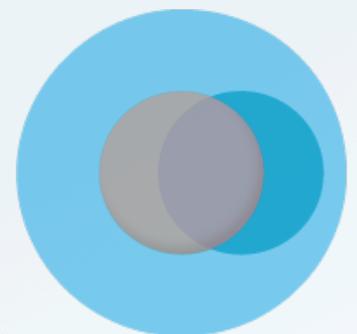


Inwiefern beeinflusst wahrgenommene ethnische Diskriminierung die politische Integration von Flüchtlingen?

Eine Analyse der subjektiven Diskriminierungserfahrungen von muslimischen Flüchtlingen in Dresden

Sophie Frossard



IFRiS



Bachelorarbeit

Eingereicht von Sophie Frossard

Dresden, 14. Oktober 2016

IFRiS Herausgeber_innen:

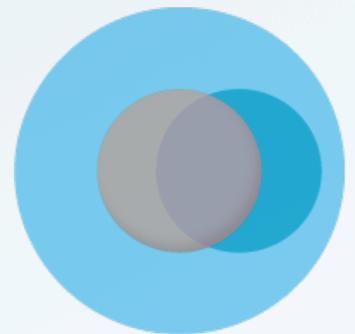
PD Dr. Julia Schulze Wessel

Prof. Dr. Antje Röder

PD Dr. Steffen Kailitz

Prof. Dr. Gert Pickel

PD Dr. Oliver Decker



IFRiS

Betreuerin: PD Dr. Julia Schulze Wessel

Zweitbetreuer: PD Dr. Steffen Kailitz

Technische Universität Dresden

Philosophische Fakultät

Institut für Politikwissenschaft

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
2. Lebenslage von Flüchtlingen in Deutschland	4
3. Politische Integration von Flüchtlingen	7
3.1. Definition von Integration	7
3.2. Konzept der Politischen Integration	9
3.2.1. Zugehörigkeitsgefühl zur Gesellschaft	11
3.2.2. Haltung zu demokratischen Normen und Werten	12
3.2.3. Zwischenfazit zur Politischen Integration	13
4. Wechselwirkung zwischen Diskriminierung und Integration von Flüchtlingen	14
4.1. Definition von Diskriminierung	14
4.2. Diskriminierungserfahrung als Störfaktor der Integration	17
5. Fallstudie: Methodisches Vorgehen	20
6. Interviews: Muslimische Flüchtlinge in Dresden	24
6.1. Politische Integration	24
6.1.1. Zugehörigkeitsgefühl zur Gesellschaft	27
6.1.2. Haltung zu demokratischen Normen und Werten	32
6.2. Diskriminierung	37
6.3. Auswirkung von Diskriminierung auf die Integration	42
6.3.1. Zugehörigkeitsgefühl zur Gesellschaft	42
6.3.2. Haltung zu demokratischen Normen und Werten	47
6.4. Auswertung der Erfahrungsberichte	50
7. Fazit	52
8. Literaturverzeichnis	55
9. Anhang	60
9.1. Fragenkatalog der Interviews	60
9.2. Transkription der Interviews	63
9.2.1. Interview mit Befragter1	63
9.2.2. Interview mit Befragter2	63
9.2.3. Interview mit Befragter3	63
9.2.4. Interview mit Befragter4	63
10. Selbständigkeitserklärung	64

1. Einleitung

„Die Flüchtlinge sind schon einmal Opfer geworden, sie sind Opfer des Krieges, der Tyrannei und des Terrorismus in ihren Heimatländern. Sie kamen nach Europa in der Hoffnung, ihr Leben und die Zukunft ihrer Kinder zu retten, bis der Krieg endet und sie wieder nach Hause können. Es sind nicht nur die Einheimischen, die Angst haben. Wir Flüchtlinge haben auch Angst“ (Serhan 2016).

Im Jahr 2015 waren nach Angaben der UNHCR (2016: 2) etwa 65,3 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht vor Kriegen, Verfolgungen und Menschenrechtsverletzungen. Das UNHCR (2016: 5) verzeichnete die größte Flüchtlingszuwanderung seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Der starke Anstieg von Flüchtlingen macht sich derzeit auch in Deutschland bemerkbar. Im Jahr 2015 erreichten rund 890.000 Flüchtlinge Deutschland (BMI 2016). Angesichts der kontinuierlich ansteigenden Flüchtlingszahl steht Deutschland vor der Herausforderung, Flüchtlinge effektiv in die Gesellschaft einzugliedern (Johansson 2016: 4). Bei der gegenwärtigen Fluchtbewegung stammen circa 45 Prozent der Flüchtlinge aus Kriegen, deren Ende unabsehbar ist und in denen die durchschnittliche Konfliktdauer 20 Jahre beträgt (Krause 2016: 3). Dies zeigt die Dringlichkeit ein langfristig angelegtes Integrationskonzept für die ankommenden Flüchtlinge zu erarbeiten. Als Reaktion zur erhöhten Flüchtlingszahl hat sich die Bundesregierung im Mai 2016 auf ein Integrationsgesetz geeinigt, bei dem „Integrationsverweigerer“ strenger bestraft werden sollen. Zivilgesellschaftliche Organisationen wie Pro Asyl warnen davor, Flüchtlingen voreingenommen eine fehlende Integrationsbereitschaft zu unterstellen, da sich dies negativ auf deren Eingliederung auswirke (Caspari 2016).

In den letzten Jahrzehnten wiederholte sich die abwertende Reaktion der Menschen in den Aufnahmeländern gegenüber Flüchtlingen (Ottersbach/Prölß 2011: 7). Die gestiegene Flüchtlingszahl dient als Basis zur Inszenierung eines Schreckensszenarios, bei dem Flüchtlinge für gesellschaftspolitische Spannungen verantwortlich gemacht werden (Çetin 2015: 5). Dabei ist die öffentliche Meinung oftmals von Unkenntnis und Abwertung gegenüber Flüchtlingen geprägt. Im Alltagsdiskurs werden Flüchtlinge mit Unsicherheit, Kriminalität und Fremdheit assoziiert, wobei ethnische Diskriminierung vermehrt als salonfähig präsentiert wird (Ottersbach/Prölß 2011: 7; Çetin 2015: 6). Insbesondere muslimische Flüchtlinge werden als Bedrohung für eine freiheitliche Demokratie und die kulturellen Werte in Deutschland dargestellt (Schneider 2016). Demnach wird ein Bild von Muslimen „als inhärent uneuropäisch und nicht integrierbar“ konstruiert (Çetin 2015: 124). So wurde erneut eine Debatte entfacht, ob der Islam mit demokratischen Werten vereinbar sei (Tillie 2004: 529). Aus dem Reaktionsmechanismus der Aufnahmegesellschaft zeichnet sich die Notwendigkeit ab, auf eine veränderte Narration muslimischer Flüchtlinge hinzuwirken (vgl. Foroutan 2015: 1).

Zwar stoßen Flüchtlinge auch auf eine breite Unterstützung in der Bevölkerung. Allerdings sehen sich viele Flüchtlinge vermehrt fremdenfeindlichen Reaktionen ausgesetzt (Jo-

hansson 2016: 8; Schneider 2016: 14). Die Stigmatisierung der Flüchtlinge als Gefahr für die freiheitliche Ordnung fördert die feindselige Haltung der Gesellschaft gegenüber den Ankommenden. Das Bundeskriminalamt registrierte im Jahr 2015 über 1.200 politisch motivierte Übergriffe auf Flüchtlinge (ZEIT ONLINE 2016). Parallel zu diesen Angriffen, steigt die Anzahl islamkritischer und einwanderungsfeindlicher Proteste in Deutschland (Adam 2015: 446). Diese Aufmärsche sowie Gegenproteste weisen auf die Spaltung von Einstellungsmustern innerhalb der deutschen Gesellschaft (Schneider 2016: 14).

Die hohe Flüchtlingszahl sowie der Umgang der Gesellschaft mit Flüchtlingen zeigen die Unerlässlichkeit, sich mit ihrer Integration auseinanderzusetzen. Trotz divergierender Positionen ist eine gelungene Integration zwingend als eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung zu betrachten. Eine erfolgreiche Integration hängt nicht nur von der Integrationsbereitschaft der Flüchtlinge, sondern auch von der Inklusionsfähigkeit der Aufnahmegesellschaft ab (Uslucan/Yalcin 2012: 1). Bei einem Schließungsprozess der Residenzgesellschaft wird eine positive Identifikation seitens der Flüchtlinge zum Aufnahmeland erschwert (Schulte/Treichler 2010: 69). Eine Vielzahl von Studien belegt, dass eine fortlaufende Diskriminierung den Integrationsprozess von Migranten¹² nachhaltig stört (Uslucan/Yalcin 2012: 2). Die vorliegende Arbeit legt dar, ob ein vergleichbarer Effekt auch bei Flüchtlingen eintritt.

Integration ist als zweiseitiger Prozess zu verstehen, in dem eine wechselseitige Abhängigkeit zwischen den Flüchtlingen und der Aufnahmegesellschaft herrscht. Allerdings fehlt in den öffentlichen Debatten oftmals die Perspektive der Flüchtlinge (Johansson 2016: 8). Bei der Gestaltung eines erfolgreichen Integrationskonzeptes ist es notwendig, die Bedürfnisse und Schwierigkeiten mit denen Flüchtlingen konfrontiert werden zu berücksichtigen (ebd. 4). Der Schwerpunkt der Migrationsforschung in Deutschland liegt bei Migranten. In den meisten Studien werden Flüchtlinge entweder von der Untersuchung ausgeschlossen oder nicht spezifisch genannt. So ist die Flüchtlingsforschung in Deutschland noch lückenhaft und unsystematisch (ebd. 7). Vor allem über die subjektive Wahrnehmung der Flüchtlinge hinsichtlich ihrer Integration und des Einflusses ethnischer Diskriminierung auf ihr Leben existieren nur wenige Befunde (ebd. 6).

Da sich eine Vielzahl der Flüchtlinge in einer Langzeitsituation befindet, in der keine Möglichkeit besteht zeitnah in ihr Heimatland zurückzukehren, sollte sich Deutschland auf deren mittelfristigen bis dauerhaften Aufenthalt einstellen (Luft 2015: 2). Insofern ist die poli-

¹ Aus Gründen der Lesbarkeit wird in dieser Arbeit auf die parallele Verwendung der männlichen und weiblichen Formen verzichtet. Alle entsprechenden Formulierungen sind als geschlechtsneutral zu verstehen.

² Die Formulierung „Migrant“ umfasst Personen mit Migrationserfahrungen und wird synonym für den Begriff „Personen mit Migrationshintergrund“ benutzt. Da Arbeiten zitiert werden, die sich auf die Gesamtgruppe der Migranten beziehen, wird der Begriff „Flüchtling“ nur bei Studien verwendet, die Flüchtlinge explizit erwähnen.

tische Rolle und damit zusammenhängend die politische Integration von Flüchtlingen nicht zu unterschätzen. Demokratietheoretiker argumentieren auf der Basis eines normativen Begründungszusammenhangs, dass die Identifikation mit demokratischen Werten und Normen fundamental für die demokratische Legitimation des politischen Gemeinwesens ist. Erst dann etabliert sich eine gut funktionierende Demokratie. Aufgrund dessen schadet es einer Demokratie, wenn ein Anteil der Bevölkerung wegen ethnischer Diskriminierung an der Mitwirkung des politischen Prozesses gehindert wird und sich nicht als Mitglied der politischen Gesellschaft sieht (Berger/Galonska/Koopmans 2004: 492). Dahingehend tangieren Migranten und auf lange Sicht Flüchtlinge „die Grundlagen und demokratische Legitimation des politischen Gemeinwesens“ (Cyrus 2007: 20). Wenn Flüchtlinge dauerhaft von der Teilnahme an Entscheidungsprozessen ausgeschlossen werden, die sie betreffen, mündet dies in ein Legitimationsdefizit der Demokratie. Die Anerkennung von in Deutschland langfristig verweilenden Flüchtlingen als Mitglieder der Gesellschaft stärkt auf Dauer den sozialen Zusammenhalt und verleiht der Demokratie die notwendige Legitimation (ebd. 21; vgl. Bauböck 2003: 18).

In diesem Zusammenhang soll in der vorliegenden Arbeit die Auswirkung von wahrgenommenen ethnischen Diskriminierungserfahrungen auf die politische Integration von muslimischen Flüchtlingen analysiert werden. Das Augenmerk liegt auf der Wechselwirkung zwischen der Diskriminierung und der Integration von Flüchtlingen. Diese Überlegungen führen zur Forschungsfrage:

Inwiefern beeinflusst wahrgenommene ethnische Diskriminierung die politische Integration von Flüchtlingen?

Die Arbeit ist in sechs Kapitel untergliedert. Nach der Einleitung (Kapitel 1) wird zunächst der Flüchtlingsbegriff dargelegt sowie die Lebenslage der Flüchtlinge in Deutschland mit Fokus auf Dresden skizziert (Kapitel 2). Im darauffolgenden Kapitel werden die Begriffe der Integration und der politischen Integration inhaltlich bestimmt. Relevant für die Beantwortung der Forschungsfrage ist die zweite und dritte Dimension der politischen Integration, weshalb näher auf beide Dimensionen eingegangen wird (Kapitel 3). Kapitel vier umreißt die angewandte Diskriminierungstheorie und erläutert die Beeinflussung der wahrgenommenen ethnischen Diskriminierungserfahrung auf die politische Integration. An dieser Stelle soll die Wirkung von Diskriminierung als Integrationsbarriere seitens der Aufnahmegesellschaft erörtert werden (Kapitel 4).

Im nächsten Schritt wird die Methodik zur Analyse vorgestellt. Das methodische Vorgehen der Arbeit lehnt sich an die qualitative Forschung an, da qualitative Verfahren sich da-

für eignen, subjektive Sichtweisen zu rekonstruieren (Helfferich 2011: 21). Als geeignetes Untersuchungsdesign wurde die Fallstudie ausgewählt. Dadurch ist eine Vertiefung vorhandener Theorien möglich (Behnke et al. 2010: 83). Der Gegenstand der Fallstudie sind Flüchtlinge, deren Erfahrungen ausführlich untersucht werden (ebd. 85). Da es sich um ein wenig erforschtes Themenspektrum sowie um subjektive Bedeutungsmuster handelt, wurden die Daten durch offene Befragungen in Form von Leitfadeninterviews erfasst (ebd. 244). Die erhobenen Daten werden daraufhin überprüft, ob sie der durch die Theorie aufgestellten Hypothese entsprechen (ebd. 31). Die Untersuchung der subjektiven Ansichten der Interviewpartner sind mit Hilfe der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (2002: 66) ermittelt und ausgewertet worden (Kapitel 5). Basierend auf den gewonnenen Erkenntnissen aus dem Theorieteil und auf dem methodischen Vorgehen wird anhand von Interviews mit muslimischen Flüchtlingen aus Dresden folgende Hypothese geprüft (Kapitel 6):

Die wahrgenommene ethnische Diskriminierungserfahrung beeinträchtigt das Zugehörigkeitsgefühl der Flüchtlinge zur Aufnahmegesellschaft und ihre Haltung zur Demokratie.

In der Schlussbetrachtung werden die Ergebnisse der Untersuchung zusammengefasst. Anhand dessen soll die Forschungsfrage abschließend beantwortet werden. Hierbei wird vorab klargestellt, dass die Forschungsergebnisse, aufgrund der derzeit ungenauen Datenangabe über die Grundgesamtheit der Flüchtlinge in Deutschland sowie der Erforschung von subjektiven Wahrnehmungen, nicht repräsentativ sind. Vielmehr handelt es sich um eine explorative Studie. Die neu gewonnenen Erkenntnisse dienen als Impuls für die bisher wenig untersuchte Flüchtlingsforschung in Deutschland sowie als Plädoyer dafür, dass Flüchtlinge selbst zu Wort kommen sollten (Kapitel 7).

2. Lebenslage von Flüchtlingen in Deutschland

In der vorliegenden Arbeit wird der Flüchtlingsbegriff in einem zugewanderungsrechtlichen Sinne verwendet. Demgemäß beschränkt sich die Analyse auf Menschen mit einem Fluchthintergrund, die über den aufenthaltsrechtlichen Status Flüchtlingsschutz und Asylberechtigung verfügen. Aufgrund der längeren Bleibeperspektive ist es zentral, vor allem deren politische Integration zu fördern (vgl. Johansson 2016: 10). Dazu wird ein kurzer Überblick zu den rechtlichen Rahmenbedingungen und den Lebensverhältnissen von Flüchtlingen in Deutschland mit Fokus auf Dresden gegeben.

In Deutschland reichen Flüchtlinge ihren Asylantrag beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ein. Bei dem Asylverfahren prüft das BAMF welcher Aufenthalts-

status verliehen wird. In diesem Prozess werden Flüchtlinge in verschiedene Formen der Schutzgewährung unterteilt, als Asylberechtigte, Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konvention, subsidiärer Schutz, Kontingentflüchtling und Resettlement. Die Aufenthaltstitel beinhalten unterschiedliche Rechtsansprüche (BAMF 2014: 20).

Eine Anerkennung als Asylberechtigter nach Artikel 16a Abs. 1 des Grundgesetzes ist für politisch Verfolgte vorgesehen:

„wer im Falle der Rückkehr in das Land seiner Staatsangehörigkeit oder als Staatenloser in das Land seines gewöhnlichen Aufenthalts, einer schwerwiegenden Menschenrechtsverletzung ausgesetzt sein wird, die wegen seiner Rasse, Nationalität, politischen Überzeugung, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe erfolgt, und der Eingriff vom Staat ausgeht, ohne eine Fluchtalternative innerhalb des Heimatlandes oder anderweitigen Schutz vor Verfolgung zu haben“ (ebd.).

Der Flüchtlingsstatus wird nach der Genfer Flüchtlingskonvention gemäß § 3 Abs. 1 AsylVfG verliehen. Im Sinne des Abkommens gilt derjenige als Flüchtling:

„wer sich außerhalb des Landes seiner Staatsangehörigkeit oder als Staatenloser außerhalb des Landes seines gewöhnlichen Aufenthalts befindet aus begründeter Furcht vor Verfolgung wegen seiner Rasse, Nationalität, politischen Überzeugung, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe durch wen auch immer und den Schutz seines Heimatlandes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen der Befürchtung nicht in Anspruch nehmen will, wenn keine Ausschlussgründe vorliegen“ (ebd.).

Die Mehrheit der Asylbewerber werden als Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannt (ebd. 39). Der Asylstatus Flüchtlingsschutz sowie Asylberechtigung verfügt jeweils über die gleichen Rechtsansprüche. Die Flüchtlinge erhalten einen dreijährigen Aufenthaltstitel. Nach Ablauf des Aufenthaltstitels kann der Antragsteller bei der Ausländerbehörde eine unbefristete Niederlassungserlaubnis beanspruchen, wenn die Bedingungen für die Anerkennung noch bestehen (ebd. 21). Den anerkannten Flüchtlingen und Asylberechtigten stehen die gleichen Sozialleistungen wie den deutschen Staatsangehörigen zu. Sie sind berechtigt, einer Beschäftigung oder einer Ausbildung nachzugehen. Es besteht auch ein Anspruch auf medizinische Leistungen. Zudem verfügen sie über das Recht, an Integrationskursen teilzunehmen, in eine private Wohnung zu ziehen und Familienangehörige unter erleichterten Bedingungen aus dem Ausland nach Deutschland zu holen (ebd. 44; Sächsische Staatskanzlei 2016: 23).

Zur Bestimmung der Fallauswahl für die Interviews wird die Anzahl von Flüchtlingen in Deutschland zugrunde gelegt. Im Jahr 2015 erfasste das BMI (2016) bundesweit 890.000 Asylsuchende. Es haben insgesamt 577.065 Personen in Deutschland Asyl beantragt (BAMF 2016: 4). Das BAMF (2016: 10) hat 245.203 positive Entscheidungen getroffen. Die Zuweisung an die Bundesländer und anschließend an Kommunen und Landkreise erfolgt nach dem

Königsteiner Schlüssel³. Entsprechend werden circa 5,1 Prozent der Asylsuchenden in Deutschland dem Freistaat Sachsen zugeteilt. Im Jahr 2015 wies die Landesdirektion Sachsen nach der landesinternen Verteilung rund 13,2 Prozent - 4.178 Flüchtlinge - der Stadt Dresden zu. Flüchtlinge aus den Herkunftsländern Syrien und Irak sind am stärksten vertreten (Sächsische Staatskanzlei 2016: 8; Landeshauptstadt Dresden 2016).

Die Wahl des Forschungsstandortes orientiert sich an der ablehnenden Haltung der ansässigen Bevölkerung gegenüber Flüchtlingen. In den letzten Monaten kam es in Sachsen zu einer steigenden Anzahl an Demonstrationen, in der Flüchtlinge im Fokus standen (Sächsische Staatskanzlei 2016: 25). In vielen Orten in Sachsen finden fremdenfeindliche Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte statt und Flüchtlinge werden Opfer von Diskriminierung oder Gewalttaten. Darüber hinaus nutzen rechtspopulistische Parteien und Bewegungen die angespannte Diskussionsatmosphäre in der Öffentlichkeit aus, um gegen Flüchtlinge und den Islam zu hetzen (Adam 2015: 446; Awada et al. 2016: 111).

Die abwertende Haltung der Bevölkerung in Sachsen gegenüber Flüchtlingen spiegelt sich auch in Umfrageergebnissen. Bei einer Befragung von Zick und Klein (2014: 73) hegten 44,3% der Interviewten vorurteilsgeleitete Auffassungen gegenüber Flüchtlingen. Es kann ein signifikanter Unterschied zwischen der Meinung von Menschen aus den alten Bundesländern - mit 42,4 % - und Menschen aus den neuen Bundesländern - mit 52,8% - konstatiert werden. Eine Studie der Robert Bosch Stiftung (2014: 11) bestätigte die erhöhte Ablehnung gegenüber Flüchtlingen in Ostdeutschland, bei der sich überwiegend Befragte aus dem Osten für strengere Asylgesetze aussprachen.

Darüber hinaus besteht in Sachsen eine besondere Abneigung gegenüber Muslimen. Indizien dafür gab es schon vor der Mobilisierung der Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung Europas (PEGIDA) und ihrer antiislamischen Prägung (Adam 2015: 446). Im Jahr 2009 wurde Marwa El-Sherbini im Dresdner Gerichtssaal aus fremdenfeindlichen Motiven erstochen (Mencke 2016: 104). Allerdings zählt ihr Tod nur zu dem Höhepunkt des antimuslimischen Verhaltens mit dem Muslime in Dresden konfrontiert werden. In der Publikation von Hakenberg und Klemm (2016) berichten in Sachsen lebende Muslime von Anfeindungen und Ausgrenzung im Alltag. Die Zunahme der feindlichen Übergriffe gegen Flüchtlinge richtet sich insbesondere gegen Flüchtlinge muslimischen Glaubens (Awada et al. 2016: 111). Die Präsenz von Misstrauen und offene Ablehnung bewirken Unverständnis bei den Befragten, da sie die Gleichbehandlung aller Menschen in einer Demokratie erwarten (ebd. 118).

³ Der Königsteiner Schlüssel regelt die Aufteilung des Länderanteils bei gemeinsamen Finanzierungen. Bei der Verteilung der Flüchtlinge werden die Bevölkerungszahl und die Wirtschaftskraft berücksichtigt (Sächsische Staatskanzlei 2016: 6).

Im Osten ist eine erhöht ablehnende Haltung gegenüber Flüchtlingen sowie eine Mehrfachdiskriminierung basierend auf der arabischen Herkunft und der islamischen Religionszugehörigkeit zu konstatieren. Somit eignet sich Dresden als Forschungsort, um Kenntnisse über die Auswirkung von ethnischer Diskriminierung auf den politischen Integrationsprozess von muslimischen Flüchtlingen zu erlangen. Im nächsten Schritt findet nun die inhaltliche Bestimmung der für die Analyse notwendigen Begriffe und theoretischen Konzepte statt.

3. Politische Integration von Flüchtlingen

3.1. Definition von Integration

Das Konzept der politischen Integration hängt mit dem Verständnis von Integration zusammen. Vorweg ist es sinnvoll, zunächst den Begriff der Integration und darauf aufbauend der politischen Integration zu definieren (Cyrus 2007: 7). Aufgrund divergierender Vorstellungen gibt es bis dato keine präzise Definition des Integrationsbegriffes und keine allgemeingültige Theorie der Integration. Da bei der Integration vielschichtige und komplexe Aspekte zu berücksichtigen sind, unterscheiden sich die zu analysierenden gesellschaftlichen Bereiche je nach Forschungsziel (Heckmann 2015: 71). Die vorliegende Arbeit konzentriert sich auf die Erforschung von Integrationsbarrieren seitens der Aufnahmegesellschaft.

Wie eingangs erwähnt, beruhen die einschlägigen Studien der Integrationsforschung auf Migranten. So werden im Theorieteil eine Vielzahl von relevanten Konzepten und Studien für die vorliegende Analyse vorgestellt, die sich auf die Grundgesamtheit der Migranten bezieht. Denn über die Integration von Flüchtlingen in Deutschland liegt kein belastbarer Gesamtüberblick vor (Johansson 2016: 7).

In Deutschland überwiegt in der Öffentlichkeit die Auffassung von Integration als einseitiger Angleichungsprozess, bei dem sich Migranten an eine homogen ethnische Residenzgesellschaft anpassen und somit assimilieren müssen (Cyrus 2007: 7). Als Konsequenz sollen alle ethnisch-kulturellen Differenzen zwischen Migranten und Einheimischen aufgelöst werden. Die Arbeit distanziert sich vom Assimilationsbegriff, der in der Migrationsforschung als weitgehend diskreditiert gilt und nicht mit einer wachsenden ethnischen Pluralisierung sowie Bewahrung der Individualität in modernen Gesellschaften vereinbar ist (Nieswand 2016: 3).

Bei der steigenden Anzahl von Migranten sowie Flüchtlingen und der damit einhergehenden erhöhten Diversität ist Integration als dynamisches Konzept zu betrachten (Cyrus 2007: 8). So gestaltet sich Integration als fortlaufender wechselseitiger Interaktionsprozess (Schneider/Yemane 2014: 1; Bauböck 2006: 11). Integration kann nur gelingen, wenn alle Beteiligten bei dem Prozess eingebunden sind (Zick 2010: 62). Sowohl die Aufnahmegesell-

schaft als auch Migranten partizipieren gleichermaßen an dem zweiseitigen Prozess (Uslucan/Yalcin 2012: 43). Die grundsätzlichen Einstellungen beider Seiten sind relevant für den Integrationsprozess. Zwar sind Migranten aufgefordert Integrationsleistungen zu erbringen und an der Gesellschaft teilzunehmen. Hingegen liegt es an der Residenzgesellschaft die Migranten als vollwertige Mitglieder zu akzeptieren. Die Offenheit und Förderung seitens der Mehrheitsgesellschaft ist notwendig, um Migranten teilhaben zu lassen, während ihnen eine Eigenständigkeit eingeräumt wird (Zick 2010: 63).

Beim Integrationsprozess sind Migranten berechtigt ihre eigene Identität zu behalten. Zugleich wird von ihnen erwartet, auf die Mehrheitsgesellschaft zuzugehen. Dabei findet der zweiseitige Prozess der Mitgliedschaftswerdung schrittweise statt (Heckmann 2015: 82). In diesem Prozess werden Migranten unter Beibehaltung von Verschiedenheit zu akzeptierten Mitgliedern der Aufnahmegesellschaft (Cyrus 2007: 7). Zur erfolgreichen Integration von Flüchtlingen kann als Zwischenfazit festgehalten werden, dass:

„the integration of refugees is a dynamic and multifaceted two-way process which requires efforts by all parties concerned, including a preparedness on the part of refugees to adapt to the host society without having to forego their own cultural identity, and a corresponding readiness on the part of host communities and public institutions to welcome refugees and meet the needs of a diverse population. The process of integration is complex and gradual, comprising distinct but inter-related legal, economic, social and cultural dimensions, all of which are important for refugees' ability to integrate successfully as fully included members of society” (UNHCR Executive Committee 2005).

Für den Integrationsbegriff der vorliegenden Analyse sind diskriminierungstheoretische Erklärungen relevant, die auf eine Gleichbehandlung zwischen der Aufnahmegesellschaft und Flüchtlingen abzielen (vgl. Heckmann 2015: 71). Dies bedeutet, dass Integration stets in Bezug zu der Situation im Aufnahmeland und zu den Konflikten zwischen den Flüchtlingen sowie der etablierten Gemeinschaft betrachtet wird (Castles et. al. 2002: 126). So wird der Integrationsprozess durch die Austragung von Konflikten geprägt. Hierbei verändern sich nicht nur die Flüchtlinge, sondern auch die Aufnahmegesellschaft. Demnach erfordern gelingende Integrationsprozesse nicht nur Bemühungen seitens der Flüchtlinge, sondern auch eine Bereitschaft der Mehrheitsgesellschaft, sich weiter zu entwickeln. Von erfolgreicher Integration kann gesprochen werden, wenn Flüchtlinge am gesellschaftlichen Leben gleichrangig teilnehmen können und nicht mit mehr Diskriminierung konfrontiert werden, als der Durchschnitt der einheimischen Bevölkerung (Cyrus 2007: 7). So stellt Diskriminierung und Ausgrenzung gegenüber Flüchtlingen ein Integrationshindernis dar. Dementsprechend basiert die Analyse auf folgender Integrationsdefinition:

“[...] If friction between host population and refugees is not worse than within the host population itself; and if the refugees do not encounter more discrimination than exists between groups previously settled within the host society: then refugees are truly integrated” (Kuhlman 1991: 7).

3.2. Konzept der Politischen Integration

Für die vorliegende Arbeit gilt das Konzept der politischen Integration als zielführend, da sich auf die subjektive Wahrnehmung der Flüchtlinge hinsichtlich des bestehenden demokratischen Systems und der Aufnahmegesellschaft konzentriert wird. Die politische Integration von Migranten ist ein neuer Forschungsbereich und verdeutlicht, dass Integration ein komplexer Prozess ist, der auf verschiedenen Ebenen stattfindet (Cyrus 2007: 3; Bauböck 2006: 11). Insbesondere die politische Integration von Flüchtlingen wurde bisher kaum erforscht und es gibt wenige Studien, die sich inhaltlich in das Konzept einordnen lassen. Im nächsten Schritt wird die politische Integration näher betrachtet und der aktuelle Stand vorgestellt.

Politische Integration beschreibt den Prozess der Eingliederung von Migranten innerhalb einer politischen Gesellschaft (Cyrus 2007: 3; Bauböck 2006: 11). Durch die Interaktion des Individuums mit dem System wird gesellschaftliche Mitgliedschaft und Partizipation erworben (Heckmann 2015: 70). Die wechselseitige Abhängigkeit von Individuen und Gruppen wirft die Frage nach der Beeinflussung durch Diskriminierung seitens der einheimischen Bevölkerung auf. So können sich Migranten erst einbringen, wenn die Aufnahmegesellschaft ihnen eine Chance auf Teilhabe gewährleistet. Das Konzept eignet sich damit als Grundlage für die hier behandelten Themen der politischen Integration von Flüchtlingen sowie ihren sozialen Ausschluss durch Diskriminierung. Deshalb sind politische Integration und Diskriminierung konzeptuell aufeinander zu beziehen (vgl. Uslucan/Yalcin 2012: 3).

Migranten können sich politisch in drei gesellschaftliche Systeme eingliedern. Dazu gehören das Aufnahmeland, die ethnische Gemeinde im Aufnahmeland sowie das Herkunftsland (ebd. 4). Aus einer multikulturellen Perspektive ist die politische Integration von Migranten in die Aufnahmegesellschaft erst möglich, wenn sich Migranten zunächst in ihrer eigenen ethnischen Gemeinschaft integrieren. So sei die Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppe mit starkem Identitätsbewusstsein eine Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration in den politischen Prozess (Berger/Galonska/Koopmans 2004: 492). Nach Esser (2001: 40) erfordert die Einbindung in verschiedene gesellschaftliche Systeme eine Vielzahl von voraussetzungsvollen Faktoren. Hingegen weist das Konzept von Gemeinde (2002: 30) daraufhin, dass Migranten durchaus in der Lage sind, dauerhaft in interkulturellen Zwischenwelten⁴ zu agieren und so in mehreren Gesellschaften zugehörig zu sein (Täubig 2009: 39).

Als multidimensionales Konzept entwickelt sich der Erwerb der politischen Integration entlang von vier Dimensionen: (1) Der Prozess umfasst die Gewährung von Teilha-

⁴ „Interkulturelle Zwischenwelten [...] sind Ausdruck der Bewältigung der Verbundenheit eines Menschen mit mindestens zwei ethnisch-kulturellen Kontexten und seinen Vermögen, sich in ein produktives Verhältnis zu den sich daraus ergebenden kollektiven sozialen Anforderungen [...] und ihren strukturellen Bedingungen zu setzen“ (Gemeinde 2002: 30).

berechten für Migranten seitens der Aufnahmegesellschaft. Je mehr Teilhaberechte vergeben werden, desto besser ist die Integration der Migranten. (2) Weiterhin ist der Grad des Zugehörigkeitsgefühls der Migranten zur Aufnahmegesellschaft entscheidend. Je mehr sich Migranten mit der Aufnahmegesellschaft identifizieren, desto besser ist ihre Integration. (3) Die dritte Dimension bezieht sich auf die Haltung der Migranten zu demokratischen Normen und Werten. Je mehr Migranten die Normen und Werte einer freiheitlichen Demokratie beachten, desto besser sind sie integriert. (4) Schlussendlich beinhaltet die politische Integration die aktive Partizipation, Mobilisierung und Repräsentation von Migranten. Je aktiver sich Migranten in der Aufnahmegesellschaft politisch engagieren, umso besser verläuft ihre Integration (Martiniello 2006: 84; Cyrus 2007: 3; Tillie 2004: 530).

Der Erfolg politischer Integration von Migranten wird anhand von zwei Kriterien beurteilt. Beim formellen Kriterium - erste und vierte Dimension - wird beachtet, inwiefern Migranten die gleichen politischen Rechte und Chancen wie die einheimische Bevölkerung besitzen. Am substantiellen Kriterium - zweite und dritte Dimension - ist entscheidend, inwiefern sich Migranten zur Aufnahmegesellschaft zugehörig fühlen sowie die demokratischen Normen und Werte anerkennen (Cyrus 2007: 9; Bauböck: 2006: 11).

Flüchtlinge beinhalten aufgrund ihres aufenthaltsrechtlichen Status nur über ein eingeschränktes Set von politischen Rechten. Zudem erlaubt ihre noch kurze Aufenthaltszeit und die eigenen zu überwindenden Herausforderungen im Aufnahmeland nur eine geringe politische Aktivität. Aufgrund dessen lassen sich bezüglich der Flüchtlinge noch keine fundierten Aussagen über die erste und vierte Dimension der politischen Integration treffen. Deswegen beschränkt sich die Analyse auf die zweite und dritte Dimension der politischen Integration.

Es lassen sich von der zweiten und dritten Dimension der politischen Integration Parallelen zu Aspekten der Sozialintegration von Hartmut Esser (2001: 3) ziehen, in der die Integration von Akteuren in das soziale System betrachtet wird. Denn die Sozialintegration bezieht sich ebenfalls auf normative Aspekte, wie der Akzeptanz von demokratischen Werten und Normen sowie der Beziehung zur Residenzgesellschaft (ebd.). Die Theorie der Sozialintegration ist weiter ausgearbeitet als das Konzept der politischen Integration. Darum werden zur Skizzierung der zweiten und dritten Dimension der politischen Integration Überlegungen der Forschung zur Sozialintegration herangezogen.

Die normativen Aspekte der politischen Integration werden explizit gekennzeichnet, da sie nicht allgemeingültig sind und so hinterfragt werden können. Wie bereits im vorherigen Abschnitt erwähnt, lehnt die Arbeit einen Assimilationsansatz ab, bei dem Flüchtlinge, die nicht zur vorgefassten Definition der nationalen Gemeinschaft passen, als Integrationsproblem präsentiert werden. Zugleich werden soziale Ausgrenzung und Ablehnung der demokrati-

schen Grundordnung nicht verharmlost, da diese ein Nährboden für politischen Radikalismus und religiösen Fanatismus sein können, die wiederum eine ernsthafte Bedrohung des demokratischen Gemeinwesens darstellen (Bauböck 2006: 12).

3.2.1. Zugehörigkeitsgefühl zur Gesellschaft

Bei der zweiten Dimension - dem Grad der Identifikation - wird das Zugehörigkeitsgefühl und die Identifizierungsbereitschaft der Flüchtlinge hinsichtlich ihres Einwanderungslands erfasst. Gemeint sind damit Kontakte und persönliche Beziehungen zu Angehörigen der aufnehmenden Gesellschaft sowie die Teilhabe am gesellschaftlich-kulturellen Leben (Heckmann 2015: 159; Johansson 2016: 35). Bei der Identifikation empfindet sich ein Individuum als Mitglied seiner sozialen Umgebung. Die Identifizierung der Migranten mit der Residenzgesellschaft "beinhaltet emotive und kognitive Elemente und manifestiert sich als Wir-Gefühl" (Heckmann 2015: 71). Da Integration als Prozess der Mitgliedwerdung verstanden wird, ist das Zugehörigkeitsgefühl und die Identifizierungsbereitschaft der Migranten von den gesellschaftlichen Kollektivstrukturen abhängig (ebd. 73).

Das Zugehörigkeitsgefühl folgt anderen Integrationsprozessen und ist deshalb zeitversetzt zu erwarten (ebd.). Die Identifizierung könne nur dann entstehen, wenn dafür notwendige kulturelle Kompetenzen, wie die Sprachfertigkeit, erworben werden. Für die Entstehung eines Zugehörigkeitsgefühls, ist es notwendig eine "Einbettung in als erfreulich erlebte und auch sonst interessante soziale Bezüge" zu gewährleisten (Esser 2001: 17). Darum sollten Ausschließungsmechanismen seitens der Aufnahmegesellschaft vermieden werden. Dementsprechend setzt die politische Integration eine Offenheit der Aufnahmegesellschaft für die Partizipation und Identifizierung der Migranten voraus (vgl. ebd.; vgl. Heckmann 2015: 70). Zur Etablierung einer Beziehung zur Residenzgesellschaft ist ein Identifizierungsangebot seitens der aufnehmenden Bevölkerung notwendig sowie ein Mitgliedschaftskonzept, das eine fremde Herkunft nicht ausschließt (Esser 2001: 17).

Die zweite Dimension der politischen Integration findet überwiegend in der Privatsphäre statt. Diese kennzeichnet sich durch die Interaktion von Migranten mit der Aufnahmegesellschaft in Form von interethnischen Freundschaften, sozialen Verkehrskreisen sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen und Vereinen (Uslucan/Yalcin 2012: 4; Esser 2001: 17). Der Einbezug von Migranten in das gesellschaftliche Geschehen, etwa in Form von der Entstehung sozialer Akzeptanz und der emotionalen Identifikation mit dem Aufnahmeland, sind von besonderer Bedeutung (Esser 2001: 8). Die erfolgreiche Identifikation der Migranten mit der neuen Gesellschaft entsteht bei einer zunehmenden emotionalen Einbindung (Heckmann 2015: 70).

Bisher entstanden noch keine fundierten Studien zum Zugehörigkeitsgefühl von Flüchtlingen zu Deutschland (Johansson 2016: 41). Die vorhandenen Studien weisen darauf hin, dass das Zugehörigkeitsgefühl von Flüchtlingen abhängig vom Umfeld ist. Daraus geht hervor, dass Orte und Personen ausschlaggebend für die Identifikation der Flüchtlinge zur Aufnahmegesellschaft sind. Während große und weltoffene Städte positiv beurteilt werden, erhalten abgelegene Regionen eine negative Bewertung. Beim Kontakt mit Personen aus der Residenzgesellschaft ergeben sich ebenfalls Differenzen basierend auf den unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen in Deutschland (Täubig 2009: 220; vgl. Johansson 2016: 43)

Zur Analyse der Interviews in Kapitel sechs wird die Operationalisierung der Untersuchungsgröße "Zugehörigkeitsgefühl zur Gesellschaft" zum einen über die "Freundschaft zu Deutschen" erhoben. Hierbei wird angenommen, dass eine Interaktion zu Deutschen den Identifikationsprozess verstärkt. Um sich als Mitglied im Aufnahmeland aufgenommen zu fühlen, ist die soziale Beziehung zu Personen der Aufnahmegesellschaft bedeutsam. Zum anderen wird die Identifizierung mit der Aufnahmegesellschaft über das "Gefühl Zuhause zu sein" und den Items "Einbürgerungs- und Rückkehrabsicht" operationalisiert. Die Bewertung von Deutschland als das eigene Zuhause, das Interesse die deutsche Staatsbürgerschaft zu erhalten und die Absicht in Deutschland zu bleiben, weist auf eine gefühlsmäßige Zugehörigkeit zur Residenzgesellschaft hin (Caballero 2009: 77; Nieswand/Vogel 2000: 161). Als weitere Indikatoren des Zugehörigkeitsgefühls wurden die subjektive Bewertung der "Zufriedenheit in Deutschland" sowie die "Verbundenheit mit dem Herkunftsland" erhoben (Brettfeld/Wetzels 2007: 92).

3.2.2. Haltung zu demokratischen Normen und Werten

Die dritte Dimension der politischen Integration umfasst die Beachtung des demokratischen Grundkonsens seitens der Flüchtlinge, die für das Leben und die Teilhabe im Einwanderungsland notwendig ist (Tillie 2004: 530). Der Erwerb von Kenntnissen, politischen Standards und Kompetenzen ist für Migranten erforderlich, um eine Mitgliedsrolle ausfüllen zu können und so erfolgreich in der Gesellschaft zu handeln. In diesem Zusammenhang verlaufen Sozialisationsprozesse in der verhaltens- und einstellungsbezogene Veränderungen seitens der Migranten stattfinden (Heckmann 2015: 72).

Demnach beinhaltet dieser Prozess die Anerkennung von demokratischen Werten, Normen und Einstellungen, wie der Meinungsfreiheit und der Trennung von Religion und Staat (Tillie 2004: 530). Dadurch erwerben Migranten die Normen, Werte sowie kulturelle und kommunikative Kompetenzen der Aufnahmegesellschaft und letztlich den Mitgliedsstatus (Heckmann 2015: 72). Gleichzeitig ist die Aufnahmegesellschaft aufgefordert, Verände-

rungen seitens der Migranten aufzunehmen (ebd. 70). Daher schließt dieser Prozess auch notwendige Anpassungen seitens der aufnehmenden Gesellschaft ein (ebd. 159).

Es herrscht ebenfalls wenig Kenntnis über die Haltung von Flüchtlingen gegenüber den in Deutschland vertretenen Werten und Normen (Johansson 2016: 43). In den bereits existierenden Befragungen gaben die Flüchtlinge an sich intensiv mit den Unterschieden zwischen den Werten und Normen in Deutschland und ihrem Herkunftsland auseinanderzusetzen. Die Untersuchungen beschäftigen sich mit Themen, wie dem Umgang miteinander oder der Lebenslage von Frauen (Täubig 2009: 147; vgl. Johansson 2016: 43).

Um die Untersuchungsgröße der „Haltung zur Demokratie“ in den Interviews zu bewerten, findet die Operationalisierung anhand folgender Items statt: „Einstellung zur Demokratie“, „Trennung von Religion und Staat“, „Recht auf Meinungsfreiheit“ und „Demokratiezufriedenheit“. Die positive Bewertung der Demokratie im Allgemeinen und die Einstellung zu den oben genannten Indikatoren, weisen auf den Grad der Akzeptanz und der Unterstützung des demokratischen Systems in Deutschland hin (Caballero 2009: 78).

3.2.3. Zwischenfazit zur Politischen Integration

Es lässt sich festhalten, dass vor allem die Beachtung der demokratischen Werte und Normen und folglich die Unterstützung demokratischer Prinzipien zentral für die politische Integration von Flüchtlingen ist. Wenn Flüchtlinge die demokratische Grundordnung ablehnen, so gelten sie nicht als politisch integriert. Bei einer vollständigen Abkehr und einer ablehnenden Einstellung des Flüchtlings gegenüber der Residenzgesellschaft wird ebenfalls die politische Integration verhindert (Tillie 2004: 530).

Die Residenzgesellschaft kann den Prozess der politischen Integration positiv beeinflussen. Durch ein Entgegenkommen der Aufnahmegesellschaft in beiden Dimensionen bildet sich sowohl Vertrauen zu dem demokratischen Institutionsgefüge sowie ein Zugehörigkeitsgefühl zur lokalen Bevölkerung. Zudem wird die Akzeptanz von demokratischen Werten und Normen gefördert. Dies ist zentral, da sich dieser Prozess von den Flüchtlingen „weder voraussetzen noch erzwingen“ lässt (Cyrus 2007: 4). Eine Vorgehensweise, die darauf hinwirkt Chancengleichheit und Akzeptanz von Vielfalt zu unterstützen, begünstigt die politische Integration von Flüchtlingen (vgl. ebd. 4).

Zur Förderung der Identifikation mit der Aufnahmegesellschaft und der Akzeptanz der demokratischen Normen und Werte ist eine Einbeziehung von Migranten im öffentlichen Leben hilfreich (Heckmann 2015: 181). Die existierenden Studien zu Flüchtlingen zeigen, dass der Aufbau von sozialen Beziehungen zur lokalen Bevölkerung neben der Eigeninitiative maßgebend von Gelegenheitsstrukturen abhängt. Leben Flüchtlinge in segregierten Gegen-

den, erschwert dies die Teilnahme an relevanten Gesellschaftsbereichen (Johansson 2016: 6). Wenn Flüchtlinge sich mit dem Aufnahmeland identifizieren sollen, dann müssen sie als Gruppe akzeptiert und am politischen Austausch beteiligt werden. Erst durch die aktive Einbindung von Flüchtlingen in das gesellschaftliche Zusammenleben, kann auf lange Sicht das Zusammengehörigkeitsgefühl zur der Aufnahmegesellschaft gestärkt werden (vgl. Cyrus 2007: 22).

Ein Aspekt, der eine negative Wirkung auf das Zugehörigkeitsgefühl und die Haltung zu demokratischen Werten und Normen haben kann, ist das Gefühl von Ausgrenzung und Diskriminierung. Die angeführten Kriterien der politischen Integration stehen in einer wechselseitigen Kausalbeziehung zueinander, in der das Beziehungsgeflecht durch Diskriminierung gestört werden kann (vgl. Heckmann 2015: 70). Wenn Migranten die Erfahrung machen oder zumindest das Gefühl bekommen, dass sie von der Aufnahmegesellschaft nicht gleichberechtigt aufgenommen oder zurückgewiesen werden, kann es zum Rückzug kommen (Cyrus 2007: 14). Einige wenige verfügbare Studien zeigen, dass sich Flüchtlinge häufig von ihrem sozialen Umfeld abgelehnt fühlen. Dies scheint insbesondere dann zu gelten, wenn Flüchtlinge als solche erkennbar werden (Johansson 2016: 75). Dahingehend wird im nächsten Kapitel die Wechselwirkung zwischen Diskriminierung und politischer Integration von Flüchtlingen erörtert.

4. Wechselwirkung zwischen Diskriminierung und Integration von Flüchtlingen

4.1. Definition von Diskriminierung

Grundsätzlich entstammt die Diskriminierungstheorie der Idee universeller Menschenrechte - vor allem menschlicher Gleichheit und Freiheit (Heckmann 2015: 231). Diskriminierung wird als Ungleichbehandlung verstanden. Es geht nicht um die bedingungslose Gleichbehandlung aller Menschen in allen Lebensbereichen, sondern um die Unterscheidung zwischen gerechtfertigter, legitimer und ungerechtfertigter, illegitimer Ungleichbehandlung (ebd. 105). Hierbei kristallisiert sich Diskriminierung als „ungerechtfertigte, illegitime Ungleichbehandlung“ heraus (ebd.). Wenn eine Person aufgrund von bestimmten Kriterien oder Merkmalen benachteiligt und Gleichheitsgrundsätze verletzt werden, handelt es sich hierbei um eine illegitime Ungleichbehandlung (Schulte/Treichler 2010: 93). Diskriminierung beschneidet damit die allgemein gültigen Menschenrechte (Heckmann 2015: 105). Demokratien haben die moralische und rechtliche Verpflichtung, die wechselseitige Zuerkennung von Menschenrechten zu sichern. Somit ist Diskriminierung unvereinbar mit einem politisch-demokratischen System, welches auf einem ethnisch-moralischen Wertesystem basiert (Schulte/Treichler 2010: 13).

Deutschland fügt sich dieser Rechtsnorm, indem die Freiheit vor Diskriminierung im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) im deutschen Recht verankert wurde. Hierbei wird Diskriminierung als eine Ungleichbehandlung von Personen „wegen der Rasse, der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität“ verstanden (Schneider/Yemane 2014: 1). Da Menschenrechte „unveräußerliche, angeborene und vorstaatliche Ansprüche und Anrechte des einzelnen“ sind, haben Flüchtlinge trotz des Nichtvorhandenseins der deutschen Staatsbürgerschaft ein Recht auf Freiheit und Gleichheit (Schulte/Treichler 2010: 89). Folglich gilt, dass Flüchtlinge ebenfalls über ein grundsätzliches Recht auf Gleichbehandlung und Schutz vor Diskriminierung verfügen (vgl. ebd. 93; vgl. Schneider/Yemane 2014: 1).

Bei der Begriffsbestimmung von Diskriminierung von Flüchtlingen herrscht keine Einigkeit über die konkrete Auslegung. Es wird zwischen einem engen und einem weit gefassten Verständnis von Diskriminierung unterschieden. In der Arbeit wird die enge Definition von Diskriminierung verwendet, die sich auf die fremdenfeindlich motivierte, interpersonelle Schlechterbehandlung von Flüchtlingen beschränkt (Peucker 2010: 9). Bei der ethnischen Diskriminierung basiert die ungerechtfertigte Ungleichbehandlung auf der zugeschriebenen ethnischen Herkunft oder Religion (ebd. 14). Ethnische Diskriminierung manifestiert sich insofern, dass eine Person aufgrund ihrer ethnischen Herkunft „in einer vergleichbaren Situation eine Benachteiligung erfährt, erfahren hat oder erfahren würde“ (Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration 2004: 385; Schulte/Treichler 2010: 116). Es ist anzumerken, dass die Übergänge von ethnischer zu religiöser Diskriminierung fließend sein können (Schneider/Yemane 2014: 1). Deshalb werden bezogen auf die Ungleichbehandlung von muslimischen Flüchtlingen in der vorliegenden Analyse beide Arten von Diskriminierung betrachtet.

Bei Diskriminierungserfahrungen werden zwischen objektiver beispielweise konstaterbarer Diskriminierung und von Betroffenen persönlich empfundener Diskriminierung unterschieden (Heckmann 2015: 235). Beim zweiten Fall wird eine illegitime Ungleichbehandlung vom Betroffenen als diskriminierend empfunden (ebd. 105). Die subjektive Diskriminierungserfahrung geschieht im Rahmen einer interpersonellen Ungleichbehandlung. Dabei ist es irrelevant, ob Diskriminierung tatsächlich aufgetreten ist. Der Fokus liegt auf der Perspektive desjenigen, der eine Handlung als diskriminierend empfunden hat (Peucker 2010: 12).

Die subjektive Dimension wahrgenommener Ungleichbehandlung ist kein geeigneter Indikator, um die quantitative Reichweite objektiv stattfindender Diskriminierung zu ermitteln (ebd. 33; Heckmann 2015: 106). Denn durch die subjektive Wahrnehmung von Ungleichbehandlung wird das Ausmaß von ethnischer Diskriminierung über-, aber auch unter-

schätzt (Peucker 2010: 12). Zwar kann empfundene Diskriminierung wirklich stattgefunden haben, jedoch lässt sich dies schwer überprüfen (Heckmann 2015: 235).

Dennoch ist das Gefühl der Ausgrenzung real (Peucker 2010: 12). Menschen nehmen ihre Umgebung beruhend auf ihrem subjektivem Gefühl wahr, was wiederum ihre Konstituierung von Realität beeinflusst. Die Subjektperspektive ist insofern bedeutsam, „weil für das Individuum real ist, was es als real empfindet“ (Salentin 2008: 515). Das Gefühl der Ausgrenzung besteht in der Wirklichkeit des Betroffenen und ist so zugleich subjektiv und real, ohne dass faktisch Diskriminierung vorliegen muss. Somit bildet die subjektiv wahrgenommene Diskriminierungserfahrung die Basis für die emotionale Bindung und die Annahme von in der Gesellschaft geltenden demokratischen Werten. Dahingehend ist es notwendig aus wissenschaftlicher und anwendungsorientierter Perspektive, Kenntnisse über die Auswirkung von subjektiv wahrgenommener Diskriminierung zu erlangen (Rothermund/Mayer 2009: 19). Für das Zugehörigkeitsgefühl und die aktive Eingliederung in die Gesellschaft ist wahrgenommene Diskriminierung entscheidend, da sie die eigene Handlung und die Einschätzung der eigenen Position im Einwanderungsland beeinflussen kann (Heckmann 2015: 235). Daher ist es nicht wichtig, ob es sich tatsächlich um Diskriminierung handelt oder diese von der betroffenen Person nur subjektiv wahrgenommen wird (Peucker 2010: 12). Deswegen nimmt die subjektive Dimension der individuellen Diskriminierungserfahrungen eine zentrale Bedeutung für die politische Integration ein.

In einzelnen Untersuchungen berichten Flüchtlinge, dass ihre Herkunft und ihre Religion den ausschlaggebenden Grund für Diskriminierung ausmachen (Johansson 2016: 69). Weiterhin sind das Ursprungsland und die biologischen Merkmale für das Ausmaß der Diskriminierungserfahrungen von Flüchtlingen bedeutend. Einer Befragung des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG 2012) zufolge, berichten Migranten aus arabischen und asiatischen Herkunftsländern häufiger von diskriminierenden Begegnungen als Migranten aus Europa. Daraus lässt sich entnehmen, dass die „äußerlichen Merkmale des Fremdseins, die Visibilität der Andersheit“ wie die Hautfarbe einen verstärkenden Effekt auf die Betroffenheit von Diskriminierung haben (Uslucan/Yalcin 2012: 24).

Zusätzlich sind eher Personen aus Bevölkerungsgruppen von Diskriminierung betroffen, die sich soziokulturell von der Mehrheitsgesellschaft unterscheiden. Darunter fallen Menschen muslimischen Glaubens (Schulte/Treichler 2010: 117). Derzeitig sind vor allem aufgrund islamistischer Terroranschläge Muslime von religiös motivierter Diskriminierung betroffen. Wegen der erhöhten Betroffenheit religiöser Diskriminierung von Muslimen wird in der vorliegenden Analyse die Erfahrung muslimischer Flüchtlinge betrachtet.

Zusammenfassend konzentriert sich die Analyse auf subjektiv wahrgenommene Diskriminierung wegen der ethnischen Herkunft sowie des islamischen Glaubens. Diskriminierung manifestiert sich in Form einer Schlechterbehandlung basierend auf fremdenfeindlicher und antimuslimischer Ressentiments (Peucker 2010: 10). Es werden die ethnischen Diskriminierungserfahrungen betrachtet, die im Alltag geschehen und Resultat offenkundiger Schlechterbehandlung auf der Grundlage von interpersonaler Handlungen sind (Schneider/Yemane 2014: 1). Diskriminierende Handlungen zeigen sich in Form von „Benachteiligung, Schlechterstellung, verbale[n] Beschimpfungen, respektlose[m] Verhalten, komische[m] Betrachten oder gar körperliche[n] Angriffe[n]“ (Heckmann 2015: 231).

4.2. Diskriminierungserfahrung als Störfaktor der Integration

Der in Kapitel drei herausgearbeiteter Integrationsbegriff und das darauf basierende Konzept der politischen Integration konstatiert, dass alle Menschen über das Recht verfügen gleichberechtigt in allen Lebensbereichen teilzunehmen. Wie im oberen Abschnitt dargestellt, unterminieren diskriminierende Handlungen das Prinzip der Gleichbehandlung. Im folgenden Schritt wird erörtert, wie Diskriminierung den Integrationsprozess beeinflusst und als Exklusionsmechanismus seitens der Mehrheitsgesellschaft fungieren kann.⁵

Eine Vielzahl von Studien weist auf, dass Migranten in allen wichtigen Lebensbereichen mit ethnischer Diskriminierung konfrontiert werden. Schwerpunkt der Diskriminierungsforschung liegt in der Benachteiligung von Migranten im Bereich der strukturellen Integration⁶, wie Bildung, Wohnungswesen und Arbeitsmarkt (Schneider/Yemane 2014: 2). In der vorliegenden Analyse werden Diskriminierungserfahrungen von Flüchtlingen betrachtet, die im Alltag stattfinden und das emotionale Empfinden tangieren.

Die offene Ablehnung und illegitime Ungleichbehandlung von Migranten durch die Mehrheitsgesellschaft basierend auf der Religion und der Herkunft kann dazu führen, dass sich Migranten ausgegrenzt und benachteiligt fühlen (Heckmann 2015: 232). In einer Untersuchung der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus (EUMC)⁷ im Jahr 2005 wurden Muslime aus europäischen Ländern zu ihrer individuellen Wahrnehmung von Diskriminierung, Integration sowie zu ihrem Zugehörigkeitsgefühl befragt. Die Interviewten gaben an, dass ethnische Diskriminierung ein ernsthaftes Problem im

⁵ In Ruud Koopmans (2016) Arbeit wird Diskriminierung nicht als hinreichende Begründung für eine gestörte Eingliederung im Arbeitsmarkt betrachtet. Allerdings beschränkt sich die Studie auf der Ebene der strukturellen Integration. Da der Fokus der vorliegenden Arbeit auf die politische Integration liegt, werden die Überlegungen Koopmans nicht in der Erörterung der Wechselwirkung von Diskriminierung und Integration hinzugezogen.

⁶ Strukturelle Integration gilt als der „Erwerb und die Qualität der Mitgliedschaft in den Kerninstitutionen [- wie Bildungssystem und Arbeitsmarkt -] der Aufnahmegesellschaft durch die Migranten“ (Heckmann 2015: 72).

⁷ Die EUMC ist die Vorgängerbehörde der heutigen EU-Grundrechteagentur (FRA) (Peucker 2010: 49).

Alltag darstellt. Die Diskriminierung drückt sich in Form von verbalen Attacken oder feindlichen Kommentaren aus (Choudhury et al. 2006: 49). Weiterhin gaben die Befragten an, dass das eigene Zugehörigkeitsgefühl im Zusammenhang damit steht, inwiefern eine Gleichbehandlung in der Gesellschaft existiert. Ihrer Meinung nach sollte die Einhaltung von Gleichbehandlung grundlegend für eine Demokratie sein. Daraus lässt sich der Schluss ziehen, dass Diskriminierung eine wesentliche Rolle bei der Entstehung von Abneigung und Entfremdung gegenüber der Aufnahmegesellschaft und dem politischen System spielt (ebd. 9; vgl. Peucker 2010: 49). So behindert ethnische Diskriminierung die politische Integration, indem durch die Kontaktverweigerung der Aufnahmegesellschaft und der Flüchtlinge keine Annäherung zwischen beiden Gruppen stattfindet. Damit verstärkt Diskriminierung die ethnische Segmentierung und behindert die Etablierung eines sozialen Zusammenhalts, was Basis für eine funktionierende Demokratie ist (vgl. Heckmann 2015: 236).

Eine Expertise der Antidiskriminierungsstelle des Bundes zeigt, dass fortlaufende Diskriminierung die Integration von Migranten behindert (Uslucan/Yalcin 2012: 2). Wenn Migranten wiederholt Benachteiligungserfahrungen im Alltag machen, kann jegliche Integrationsbemühung des Betroffenen gestört werden. Des Weiteren führen Diskriminierungserfahrungen bei bereits integrierten Migranten zur Resignation. Denn trotz ihrer Mühe sich in die Gesellschaft einzugliedern und Integrationsleistungen zu erbringen, bleibt die Zugehörigkeit seitens der Mehrheitsgesellschaft verwehrt. So kann es zu einem weitgehenden Rückzug aus der Aufnahmegesellschaft kommen (ebd. 22).

Weitere Studienergebnisse bestätigen, dass die stetige illegitime Ungleichbehandlung von Migranten wegen der Herkunft und der Religion, den Integrationsprozess nachhaltig stören (Schneider/Yemane 2014: 1). Dabei bewirkt die subjektiv wahrgenommene Diskriminierungserfahrung unterschiedliche Reaktionen bei Migranten (Heckmann 2015: 235). Zum einen ergab sich, dass von Diskriminierung betroffene Migranten sich vermehrt in die Eigengruppe zurückgezogen haben, um letztlich der wahrgenommenen Ungleichbehandlung zu entfliehen (Schneider/Yemane 2014: 1). Aufgrund mangelnder Anerkennung findet eine Rückbesinnung auf die Herkunftsidentität und so auf die Werte und Merkmale der Bezugsgruppe statt (Heckmann 2015: 235). Die stärkere emotionale Verbundenheit mit der eigenen Referenzgruppe erschwert somit die Identifizierung zur Aufnahmegesellschaft (Uslucan/Yalcin 2012: 20). Dieser Prozess der Reethnisierung kann eine desintegrative Wirkung entfalten, wenn herkunftsbezogene Charakteristika verstärkt werden (Schneider/Yemane 2014: 1). Zum anderen kann Diskriminierung dazu führen, dass das Selbstwertgefühl erschüttert und die eigene Identität hinterfragt werden (Heckmann 2015: 235). So kann eine erhöhte wahrgenommene Diskriminierung zu einer sinkenden Integrationsbereitschaft seitens der

Migranten führen (Uslucan/Yalcin 2012: 21). Demnach gestaltet sich die wahrgenommene ethnische Diskriminierungserfahrung als Integrationsbarriere (Schneider/Yemane 2014: 1).

Die vorliegenden Studien ergeben, dass Migranten bisher ein chancengleicher Zugang zu zentralen Lebensbereichen noch verwehrt bleibt. Ethnische Diskriminierung wird zu einem Störfaktor im Integrationsprozess, wenn das Zugehörigkeitsgefühl in Form gefühlter Akzeptanz und Anerkennung verhindert wird und so sich die ethnische Segmentierung weiter verschärft (ebd. 4). Im Hinblick der Auswirkungen von Diskriminierung kristallisiert sich die Vermeidung von Diskriminierung sowie die Sicherung von Teilhabe in der Aufnahmegesellschaft als bedeutende Vorbedingung für eine gelungene Integration heraus (ebd. 1).

Darüber hinaus hat eine Demokratie die Aufgabe, ein diskriminierungsfreies Leben zu gewährleisten (ebd. 4). Bei fehlender Chancengleichheit verlieren ansonsten die demokratischen Werte und Normen ihre Glaubwürdigkeit bei den Migranten. Wenn die Aufnahmegesellschaft Gleichheitsgrundsätze durchsetzt, wird befördert, dass Migranten das Gefühl bekommen dazuzugehören (Uslucan/Yalcin 2012: 21). Demnach wird kenntlich, dass es für das Zugehörigkeitsgefühl zur Aufnahmegesellschaft sowie für die Haltung zur Demokratie essentiell ist, die Inklusion und Teilhabe von Flüchtlingen in die Gesellschaft zu fördern.

Die vereinzelt verfügbaren Forschungsergebnisse zu subjektiven Wahrnehmungen der Diskriminierungserfahrung mit speziellem Bezug zu Flüchtlingen weisen auf einen engen Zusammenhang zwischen der eigenen Lebenszufriedenheit sowie dem Zugehörigkeitsgefühl und der Konfrontation mit diskriminierenden Handlungen hin (Johansson 2016: 22). Bei Befragungen erzählten Flüchtlinge über die hostile Haltung oder von Übergriffen der heimischen Bevölkerung. Dies bewirkte bei den Befragten, dass ein subjektives Gefühl “des Nicht-erwünscht-Seins und Abgelehnt-Werdens” entstand (ebd. 68).

In einer qualitativen Untersuchung von Täubig (2009: 216) berichteten Flüchtlinge, dass die lokale Bevölkerung ihnen gegenüber “unfreundlich und ausländerfeindlich” auftrat. Wie im vorigen Kapitel konstatiert, werden kleine Orte eher mit fremdenfeindlichen Übergriffen in Zusammenhang gebracht. Zugleich gelten multikulturelle Großstädte als offene Bezugsräume. Darüber hinaus werden Flüchtlinge innerhalb ihres Wohnortes daran gehindert, am gesellschaftlichen Zusammenleben zu partizipieren, indem ihnen der Eintritt in Lokale verwehrt wird aufgrund negativer Erfahrungen mit Migranten (ebd. 174). Des Weiteren berichteten Flüchtlinge in einer kommunenbezogenen Studie von einer ablehnenden bis indifferenten Haltung der Bevölkerung (Aumüller/Bretl 2008: 141; vgl. Johansson 2016: 69).

Resümierend ergeben die vorhandenen Studien, dass alltägliche Diskriminierungserfahrungen sich negativ auf den Integrationsprozess auswirken können. Subjektiv wahrgenommene ethnische Diskriminierungserfahrungen können das Selbstwertgefühl, die Integri-

onsbereitschaft sowie die soziale Teilhabe beeinträchtigen und Reethnisierungsprozesse auslösen (vgl. Uslucan/Yalcin 2012: 42). Dies kann langfristig dazu führen, dass das demokratische System nicht von allen Mitgliedern der Gesellschaft akzeptiert wird und so entsteht ein Legitimationsdefizit.

Im Analyseteil wird getestet, inwiefern sich die Erkenntnisse der vorgestellten Studienergebnisse bestätigen oder ergänzen lassen. Anhand der Analyse der Gespräche mit muslimischen Flüchtlingen aus Dresden werden die Auswirkungen ethnischer Diskriminierungserfahrungen seitens der Aufnahmegesellschaft erörtert. So dient die vorliegende Arbeit dem Zweck das Gesamtbild über die Lebenswelt der Flüchtlinge zu erweitern, indem die Einzelfälle vertiefend vorgestellt werden. Trotz der nicht repräsentativen Ergebnisse geben die Befragten einen wertvollen Einblick in subjektive Wahrnehmungen, Einstellungen und Sorgen, die viele Flüchtlinge derzeit in Deutschland teilen. Im folgenden Kapitel werden zunächst die methodischen Überlegungen beschrieben, die zur Überprüfung der Hypothese und zur Beantwortung der Forschungsfrage verwendet werden.

5. Fallstudie: Methodisches Vorgehen

In diesem Kapitel wird im ersten Schritt die Arbeitsmethodik für die qualitativen Interviews vorgestellt, bevor im nachfolgenden Kapitel die Ergebnisse der qualitativen Erhebung betrachtet werden. Hierzu werden zuerst das Erhebungsinstrument, die Fallauswahl, die gewählte Methode der Rekrutierung, die Durchführung der Erhebung und schließlich das Auswertungsverfahren präsentiert (vgl. Kruse 2015: 625).

Zur qualitativen Ermittlung der Datenquelle wurden themenzentrierte, leitfadengestützte Interviews als Erhebungsinstrument verwendet. Die leitfadengestützten Einzelinterviews mit von Diskriminierung betroffenen Personen erweisen sich bei der Diskriminierungsforschung als unerlässliche Forschungsmethode. Denn dadurch wird ermöglicht, dass wertvolle Erkenntnisse über subjektiv wahrgenommene Erfahrungen mit Ungleichbehandlung und deren Auswirkungen identifiziert werden (Peucker 2010: 49). So eignen sich Leitfadeninterviews, um subjektive Theorien zu rekonstruieren und Zugang zu kognitiven Mechanismen der Diskriminierungserfahrung zu eröffnen (Helfferich 2011: 179). Bei den Leitfadeninterviews sollen durch Fragen stimulierte Meinungen und Einschätzungen sowie vergangene Ereignisse rekonstruiert werden (Nieswand/Vogel 2000: 150). In dieser Form der qualitativen Forschung stehen die Personen im Mittelpunkt, die selbst Diskriminierung erlebt haben und so über ihre Diskriminierungserfahrung berichten. Dadurch kann der Interviewte mit seiner persönlichen Erfahrung zu einem besseren Verständnis der benachteiligenden Behandlung von Flüchtlingen in der Aufnahmegesellschaft beitragen (vgl. Peucker 2010: 49).

Allerdings erzeugen qualitative Leitfadeninterviews “weder repräsentativ noch - für sich allein genommen - belastbar[e]” Daten (ebd. 52). Da sich die Befragung auf subjektiv wahrgenommenen Diskriminierungserfahrungen bezieht, werden keine Aussagen über die Grundgesamtheit gemacht. Aufgrund der fehlenden Überprüfbarkeit sind die Diskriminierungserfahrungen, wie bereits in Kapitel vier dargelegt, nur begrenzt als Indikator für tatsächlich stattfindende Benachteiligung zu betrachten (ebd.).

Basierend auf den erläuterten theoretischen Erkenntnissen wurde ein Leitfaden für die Durchführung der Interviews erstellt. Wie bereits im Theorieteil dargelegt, existieren in der Flüchtlingsforschung in Deutschland nur wenig fundierte Studien. Es handelt sich hierbei um eine explorative Untersuchung von einem neuen Forschungsfeld. Somit soll ein erster Einblick über die Wechselwirkung zwischen ethnische Diskriminierung und politischer Integration von Flüchtlingen gewonnen werden. Folglich zielt das Format des Leitfadens auf eine offene, halbstrukturierte Befragung ab, um damit dem Befragten Raum zu geben, frei zu antworten (Mayring 2002: 67). Gleichzeitig wird die offene Befragung - zur Vergleichbarkeit aller Interviews und zur Erfassung konkreter Aussagen - durch vorformulierte Leitfadenfragen geführt (Helfferich 2011: 181; Mayer 2009: 37). Bei der Leitfadenentwicklung werden Themenbereiche aus qualitativen Interviews verwendet, um die Inhalte vertiefend durch die offene Gesprächsform zu behandeln und zugleich individuelle Einsichten aufzudecken (Mayer 2009: 29). Die qualitative Fragestellung soll insbesondere die Schilderung der Diskriminierungserfahrung ermöglichen. Insofern fungieren die Interviewpartner als „Experten ihrer Situation“ und können so Auskunft über die Situation von muslimischen Flüchtlingen in Dresden sowie über die Wirkung von Diskriminierung auf den Integrationsprozess geben (Brettfeld/Wetzels 2007: 423; Terkessidis 2004: 115). Die standardisierte Information wie Herkunftsland, Alter, Beruf und so weiter wurde bewusst am Anfang des Interviews platziert, um während des Interviews darauf Bezug nehmen zu können (vgl. Behnke et al. 2010: 255).

Vor der Haupterhebung wurden mit Hilfe des Leitfadens Probeinterviews mit zwei muslimischen Flüchtlingen durchgeführt, um den Fragebogen zu testen. Auf Basis des Pretests wurde der Leitfaden modifiziert und zu einer endgültigen Fassung überarbeitet (vgl. ebd. 252). Die Durchführung der Probeinterviews war sinnvoll, um aufkommende Probleme zu berücksichtigen. Die Wortwahl der Fragen wurde besser auf das Deutschniveau der Flüchtlinge angepasst (vgl. Kruse 2015: 217). Da es beim Pretest zu kurz gefassten Antworten kam, wurde bei der Formulierung der Fragen darauf geachtet suggestive und geschlossene Fragen zu vermeiden (vgl. ebd. 212). Durch den offenen Fragestil wurde gewährleistet, dass die Befragten freier und unvoreingenommen antworten konnten (vgl. ebd. 218).

Im Zusammenhang mit der Fallauswahl dienen die Datenangaben von Kapitel zwei und die Studien zu Diskriminierungserfahrungen aus Kapitel drei als Basis. Das Sample der Interviewten besteht aus einer Personengruppe, die in Alltagszusammenhängen von Diskriminierung betroffen ist. Hierbei erschienen muslimische Flüchtlinge aus den Ländern Syrien und Irak als geeignete Gruppe zur Befragung. Flüchtlinge aus diesen Herkunftsländern machen den größten Teil der aktuellen Flüchtlingsbewegung aus und erfahren durch ihre religiöse und ethnische Zugehörigkeit eine erhöhte Konfrontation mit Diskriminierung. Denn muslimische Flüchtlinge gehören einer „nicht-heimischen ethnisch-kulturellen Gruppe“ an und sind entsprechend eher gefährdet, Diskriminierungserfahrungen zu machen (Nieswand/Vogel 2000: 150; Brettfeld/Wetzels 2007: 439).

Es handelt sich bei der Zielgruppe um erwachsene Asylberechtigte und anerkannte Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak. Da die Bevölkerung in Syrien heterogen zusammengesetzt ist, gehören die syrischen Interviewpartner verschiedenen ethnischen Gruppierungen an. So werden Differenzgruppen berücksichtigt, um gegebenenfalls aufkommende Unterschiede zu begründen. Bei den Interviews wurden Frauen und Männer im Alter zwischen zwanzig und sechzig Jahren befragt, um die Perspektive beider Geschlechter und Personen unterschiedlichen Alters zu betrachten. Die Aufenthaltsdauer der Gesprächspartner in Deutschland beträgt zwischen ein und zwanzig Jahren. Damit werden weitreichendere Erfahrungen in Deutschland und gute Deutschkenntnisse berücksichtigt. Da die Forscherin gleichzeitig die Interviewerin ist und ein Dolmetscher aufgrund der erzählgenerierenden Fragen nicht geeignet war, kam nur Deutsch als Interviewsprache in Frage (vgl. Täubig 2009: 84). Des Weiteren besitzt einer der Befragten die deutsche Staatsbürgerschaft und ist im migrationspolitischen Bereich aktiv. Damit wird ein langfristiger Integrationsverlauf betrachtet und die Sichtweise eines ehemaligen Flüchtlings berücksichtigt, der einen hohen Erfahrungswert im interkulturellen Dialog besitzt. Deshalb folgte die Befragung einem gering differenzierten Frageleitfaden.

Es wurden sechs muslimische Flüchtlinge als Gesprächspartner herangezogen. Der Zugang zur Fallauswahl wurde nach dem Schneeball- und dem Gatekeeperverfahren gewonnen (Nieswand/Vogel 2000: 150; Behnke et al. 2010: 196). Die verschiedenen Rekrutierungsstrategien dienen zur Vermeidung von Verzerrungen (Kruse 2015: 253). Beim Gatekeeperverfahren haben die Ansprechpartner ein vertrauensvolles Verhältnis zu den Interviewten (ebd. 251). So sprachen Schlüsselpersonen des Dresdner Ausländerrats und des Marwa El-Sherbiny Kulturzentrums Dresden Flüchtlinge für das Interview an. Beim Schneeballverfahren wurden bekannte Personen, die Flüchtlinge durch das Buddy-Programm Dresden oder aus dem Arbeitskontext kennen, beauftragt Interviewteilnehmer zu kontaktieren. Die Ansprechpartner

wählten potentielle Teilnehmer basierend auf den vorgegebenen Auswahlkriterien aus (Helferich: 2011: 175). Die Teilnahmebereitschaft war bei allen Befragten hoch.

Insgesamt wurden sechs circa einstündige Leitfadeninterviews mit Flüchtlingen durchgeführt. Die Flüchtlinge schilderten in den geführten Interviews Diskriminierungserfahrungen und erläuterten, wie dies ihr Zugehörigkeitsgefühl und ihre Haltung zur Demokratie geprägt hat. Bei der Durchführung der Erhebung stellte trotz der guten Deutschkenntnisse vor allem die Sprachbarriere ein Hindernis dar. Von den sechs Interviews werden vier als Einzelfallanalyse vorgestellt. Die weiteren zwei Befragten wurden im Rahmen des Pretests interviewt. Deshalb geht die Analyse nicht näher auf den Inhalt der Probeinterviews ein. Da Fallstudien durch ihre detaillierte Untersuchung aufwendig sind, wurde die Auswahl der Einzelfälle auf vier Personen beschränkt (vgl. Behnke et al. 2010: 83). Die Interviews wurden mit Tonband aufgenommen und transkribiert (vgl. Brettfeld/Wetzels 2007: 439). Die Transkription wurde zum Verständnis der Interviewinhalte ansatzweise grammatikalisch-orthografisch korrigiert. Hierbei wurde darauf geachtet, dass die Daten nicht verfälscht werden. Anschließend wurde das verschriftlichte Kommunikationsmaterial nach einem inhaltsanalytischen Verfahren systematisch bearbeitet und interpretiert (vgl. Behnke et al. 2010: 354; vgl. Mayring 2015: 13). Die interpretative Auswertungsmethode der transkribierten Texte erfolgte nach der qualitativen Inhaltsanalyse von Philip Mayring (2015, 2002).

Zur Analyse der Interviews findet eine inhaltlich strukturierende Inhaltsanalyse nach einem deduktiv-subsumtionslogischen Vorgehen statt (Kruse 2015: 411). Vorab wurde ein Kategoriensystem bestimmt, das aus der Fragestellung und den theoretischen Überlegungen abgeleitet wurde (Mayring 2015: 13). Aus dem Kategoriensystem wurden Strukturdimensionen gebildet. Anhand der Strukturdimensionen wurden relevante Textbestandteile aus dem Material systematisch herausgefiltert (ebd. 97; Mayring 2002: 59). Das Kommunikationsmaterial wurde mithilfe des Kategoriensystems kodiert, indem die Textabschnitte zu den entsprechenden Begriffen zugeordnet wurden (Kruse 2015: 379). Damit wurden das Auftreten und die Häufigkeit der Kategorien festgestellt (Mayring 2015: 15). Weiterhin konnten die Interviews dadurch gegenüberstellend betrachtet werden. Die Kodiereinheiten wurden im nächsten Schritt zu einer beschreibenden Form paraphrasiert, wobei inhaltlich irrelevante Textabschnitte fallen gelassen wurden. Beim Paraphrasieren wurden die inhaltstragenden Textstellen auf einer einheitlichen Sprachebene formuliert, um es auf das angestrebte Abstraktionsniveau zu transformieren. Dabei wurde das Material reduziert (ebd. 71).

Zur Veranschaulichung der Ergebnisse wurden die einzelnen Kategorien mit exemplarischen Zitaten der Interviews belegt. Die in der Arbeit verwendeten Zitate der Flüchtlinge wurden anonymisiert und die Befragten erhielten fiktive Namen (vgl. Brettfeld/Wetzels 2007:

439). Schließlich konnten die erhobenen Daten angemessen verarbeitet werden, um im nächsten Kapitel dargestellt und interpretiert zu werden. Bezüglich der Interpretation wurde das Fremdverstehen der Interviewsituation berücksichtigt (Helfferich 2011: 84).

6. Interviews: Muslimische Flüchtlinge in Dresden

Im Folgenden werden die zentralen Ergebnisse der qualitativen Erhebung dargestellt. Hierzu werden die Interviewinhalte theoriegeleitet nach thematischen Kategorien geordnet und die subjektiven Deutungsmuster der vier Befragten beschrieben. Es werden geeignete Aussagen aus den Interviews zum Zugehörigkeitsgefühl sowie ihrer Haltung zur Demokratie, und der Einfluss ethnischer Diskriminierung seitens der Aufnahmegesellschaft auf diese Bereiche herausgefiltert. Die Zitate werden anhand der theoriegeleiteten Kategorien untersucht, gegenüberstellend interpretiert und mögliche Deutungen extrahiert. Letztlich findet eine Analyse der Interviewinhalte statt, auf deren Basis die Forschungsfrage beantwortet und die Hypothese bestätigt oder verworfen wird. Die Operationalisierung für die jeweiligen Kategorien wurde bereits im Theoriekapitel festgelegt und wird an dieser Stelle nicht wiederholt.

6.1. Politische Integration

Im Folgenden werden die Aussagen der Flüchtlinge zu ihrem Integrationsverständnis erörtert. Die Interviewpartner erzählen, was sie für wichtig empfinden, um sich in Deutschland dazugehörig zu fühlen und, was sie unter einer erfolgreichen Integration verstehen.

Die Erläuterung einer erfolgreichen Integration von Luisa⁸ zeigt Parallelen zur Integrationsdefinition, die dieser Arbeit zugrunde liegt. Zum einen wird Integration als Prozess beschrieben, in denen alle Beteiligten - Flüchtlinge sowie Deutsche - involviert seien und sich beidseitig beeinflussen. Zum anderen sei Integration ein langfristiger Prozess, in den stets neue Veränderungen hinzukommen, welche verarbeitet werden müssten:

„Ich denke, Integration ist ein Weg, ein Prozess, ein Begleitprozess, der uns alle begleitet. Egal, ob ich jetzt hier bin oder in meinem Land, wo ich geboren bin. Oder für die Deutschen, die hier leben, oder für die Zugewanderten. Jede Änderung ist neu. Jede Neuigkeit ist neu und fremd für die Leute. Aber um mit diese Neuigkeit, mit diese Erfahrung von Gesetzen, von Umgebung, von Gesellschaft, von der jetzigen Zuwanderung mit der Situation klar zu kommen. [...] Das braucht Zeit (B4_00:09:44).“

Für eine erfolgreiche Integration in die Gesellschaft betonen alle Befragten die Wichtigkeit deutsche Sprachkenntnisse zu erwerben. So bewerten die Interviewten die Eingliederung in die Gesellschaft vor allem nach Kriterien der strukturellen Integration. Nach Ansicht der Interviewten sei die deutsche Sprache zentral, um in Deutschland dazuzugehören und so-

⁸ Die soziodemographischen Merkmale der Befragten sind im Anhang am Anfang jedes Interviews zu finden. Zur Anonymisierung wurden die Namen der Befragten wie folgt modifiziert: Gabriel = B1 / Thomas = B2 / Barbara = B3 / Luisa = B4

ziale Kontakte mit Deutschen aufzubauen. Weiterhin standen die Erlangung eines Studienabschlusses, einer Weiterbildung oder einer Arbeitsstelle im Mittelpunkt:

„Also ich selbst möchte studieren. Die Sprache finde ich sehr cool. [...] Die Sprache ist sehr wichtig. Ja, ich finde die Sprache ist echt am wichtigsten (B3_00:07:03).“

Es wurde besonders von Gabriel und Barbara verstärkt darauf hingewiesen, dass Deutsche Flüchtlinge erst akzeptieren und mit ihnen interagieren, wenn sie ein ausreichendes Deutsch- oder Englischniveau vorzeigen können. Barbara fügt sich dieser Erwartung, um ein Mitglied in der deutschen Gesellschaft zu werden. Gabriel konnte erst durch seine Sprachkenntnisse Kontakte mit Freiwilligen in dem Übergangwohnheim knüpfen. Hierbei wird ersichtlich, dass erst der Spracherwerb die Kontaktaufnahme ermöglichte. Zudem zeigt sich, wie wichtig das Entgegenkommen der Aufnahmegesellschaft für den Aufbau von interethnischen Freundschaften ist:

„Ich denke, ich muss ein Teil von der Gesellschaft sein. Ich habe es bemerkt. Als ich die Sprache gelernt habe, gab es Unterschiede. Am Anfang war es sehr, sehr schwer. Wir haben kein Deutsch gesprochen. [...] Aber als ich die Sprache gelernt habe, man bemerkt, dass die Leute es noch mehr akzeptieren (B3_00:09:37).“

„Sie [befreundete Helfer] waren immer in unserem Camp und ich habe alle diese Leute dort kennen gelernt. Ich kann Deutsch reden und ich habe mit diesen Leuten Englisch gesprochen. Sie haben gesagt: „Ok, du kannst Englisch sprechen. Du kannst mit uns sprechen“ (B1_00:15:11).“

Die Anerkennung durch die deutsche Gesellschaft hängt nach der Meinung von Gabriel von dem Deutschniveau ab. Seien Flüchtlinge in der Lage auf Deutsch zu kommunizieren, würden sie akzeptiert. Geschehe dies nicht, würden Flüchtlinge mit Hindernissen konfrontiert. Demzufolge wirkt ein niedriges Sprachniveau als Barriere beim Kontaktaufbau zwischen Deutschen und Flüchtlingen:

„Ja, sie akzeptieren mich jetzt besser. Wenn jemand ein bisschen Deutsch spricht, dann können sie ihn verstehen. Es läuft gut mit den Deutschen. Aber, wenn er nicht Deutsch, Englisch oder eine andere Sprache sprechen kann und sie verstehen das nicht. Dann haben sie viele Probleme, dass er nicht Deutsch reden kann (B1_00:57:40).“

Darüber hinaus bewerteten Gabriel und Thomas andere Flüchtlinge kritisch, die kein Deutsch sprechen. Die Befragten betonen, dass Flüchtlinge nicht nur zur finanziellen Unterstützung nach Deutschland kommen sollen, sondern fordern diese auf, sich anzustrengen und einen Eigenbeitrag zu leisten:

„Ich denke die Flüchtlinge müssen zuerst Deutsch lernen. [...] Ich finde das nicht gut, wenn sie hier nur für Essen sind und Geld bekommen. Das klingt nicht gut für Deutsche (B1_00:07:14).“

„Sie [Flüchtlinge] kommen hierher, verstehen kein Deutsch und trotzdem die verstehen Dinge falsch. Wenn jemand mit den Leuten Deutsch spricht, dann denken die, dass er was Falsches sagt. Aber nein. Das ist falsch. Ich verstehe das nicht. Weil, zum Beispiel, wenn ich mit einem Deutschen rede. Wenn ich kein Deutsch verstehe, denke ich nicht, dass er scheiße über mich spricht. Nein. Aber die Leute, die denken falsch. Die sagen: „Oh, die reden schlecht über mich.“ Das ist auch ein großes Problem mit den Leuten (B2_00:21:24).“

Die Interviewpartner, die bereits länger in Deutschland wohnen, sind sich zwar ebenfalls einig, dass der Spracherwerb hilfreich sei. Jedoch sei die Sprache nicht hinreichend, um vollständig integriert zu sein. Vielmehr spielen langfristig die soziale Teilhabe sowie die Akzeptanz der Aufnahmegesellschaft eine wichtige Rolle, um tatsächlich dazuzugehören. Deutsche und Flüchtlinge müssten gegenseitig ihre Differenzen respektieren. Denn jeder hätte das Recht, seine Individualität beizubehalten:

„Es reicht nicht alleine die Sprache zu lernen. Wir denken nur derjenige, der die deutsche Sprache gelernt hat, ist schon voll integriert. Nein, das reicht nicht. Es könnte sein, dass eine Person ohne Sprache sich integriert fühlt. [...] Aber ich sage, dass Integration mehr als nur die deutsche Sprache ist. Dazu gehört viel mehr. Akzeptanz, Akzeptanz ist dieser gegenseitiger Respekt, dass ich, wie ich bin akzeptiert werde und das Gefühl habe, dass ich akzeptiert werde. Nicht mit der Hoffnung: „Ja, die lassen die hierher. Wir können sie so ändern.“ In die Richtung von Assimilation (B4_00:14:04).“

Bei der Beurteilung von Assimilation und Anerkennung von Andersartigkeit ergeben sich Unterschiede bei den Befragten. Während Luisa Assimilation negativ darstellt, versteht Barbara Integration nach einem nationalstaatlichen Assimilationsverständnis. Barbara erachtet die Lebensform in Syrien und Deutschland als zu unterschiedlich. Sie hat das Gefühl, dass sie ihre kulturelle Eigenart aufgeben muss, um akzeptiert zu werden. Es herrscht der Eindruck, dass die arabische und die deutsche Lebensweise nicht vereinbar seien:

„Ich glaube wir als Syrer müssen [...] die deutsche Tradition akzeptieren. Also es gibt zu viele Unterschiede zwischen uns und Deutschland. Wir müssen das einfach hinnehmen. Wir sind die Fremden hier. Wir sind die Gäste in Deutschland. Wir müssen was von unserem Land vergessen, unsere Tradition und so weiter (B3_00:07:03).“

So wird aus dem Gespräch deutlich, dass Barbara sich dem assimilatorischen Ansatz fügt, bei dem die eigenen Differenzen zugunsten der deutschen Kultur verdrängt werden sollen. Barbara betont, dass Flüchtlinge sich assimilieren und die eigenen Charakterzüge der Herkunft gegen die Eigenschaften des Aufnahmelandes austauschen müssen, um dazuzugehören. Demgemäß herrsche eine Hierarchie zwischen der Mehrheitsgesellschaft und den Flüchtlingen.

Hingegen führt Luisa aus, dass die Integrationsbereitschaft von Flüchtlingen nicht daran gemessen werde, inwiefern die eigenen Grundvorstellungen gegen vorherrschende Ideen in der Aufnahmegesellschaft ersetzt werden. Luisa hinterfragt, dass die Integrationsbereitschaft von muslimischen Flüchtlingen an Kriterien, wie Alkoholkonsum gemessen werden. Nach ihrem Erachten weise das Verletzen von selbst aufgestellten moralischen und religiösen Pflichten nicht auf eine erhöhte Integration hin:

„[Aussage einer deutschen Politikerin, die syrische Flüchtlinge beherbergt]: „Sie sind so integrationsbereit, dass sie beim Weihnachtsfest Alkohol getrunken haben.“ Das heißt, wenn ich für mich Alkoholverbot habe, weil ich es noch nie gemacht habe, weil ich davon überzeugt bin, habe ich einen richtigen Grund. Oder nur weil ich in einem anderen Land gelebt habe. Und jetzt, um sie von mir zufrieden zu stellen, dann trinke ich auch wenn es gegen meinen Willen oder gegen meinen grundlegenden moralischen oder religiöse Pflichten ist, die ich habe. [...] „Die sind so völlig integriert.“ Das ist Quatsch, was Menschen für sich als Kriterien oder als Nachweis für Integration sehen (B4_00:14:04).“

Dies begründet Luisa damit, dass die Eingliederung in die Aufnahmegesellschaft erst funktioniere, wenn Personen die Änderungen übernehmen, von denen sie selbst überzeugt seien. Ansonsten seien solche Aktionen nichts anderes als ein Schein. Eigene Einstellungsmuster könnten nicht von außen erzwungen werden.

„Ich werde nicht integrativ, wenn ich mein altes Hemd rausschmeiße und ein neues besorge. [...] Das ist nur Schauspielerei. Weil der Kern, der im Inneren ist, ist ganz anders. Was hilft diese Äußerlichkeit (B4_00:15:50).“

6.1.1. Zugehörigkeitsgefühl zur Gesellschaft

Im nächsten Schritt werden die Gesprächsinhalte bezüglich des Zugehörigkeitsgefühls der Flüchtlinge zur Gesellschaft analysiert. Es wird die Selbstverortung der Befragten in den unterschiedlichen Gesellschaftsbereichen, die Wahrnehmung über Deutschland und ihrem Herkunftsland, sowie deren Aussagen, ob sie sich aufgenommen fühlen, betrachtet.

Gabriel fühlt sich in Deutschland nicht Zuhause. Das Gefühl Zuhause zu sein, wird im Zusammenhang mit der Anwesenheit der Familie und des sozialen Kreises gebracht. So wird das Fehlen des engen Familienkreises negativ bewertet. Trotzdem herrscht eine gewisse Zufriedenheit über seine Situation in Deutschland:

„Ja, also nicht so wie in mein Zuhause in meinem Heimatland. Aber ja, ich bin zufrieden, ein bisschen. Aber nicht wie in meinem Heimatland. [...] Meine Familie ist nicht hier. Ich finde das ganz schlecht, wenn meine Brüder und meine Mutter nicht hier sind (B1_00:09:18).“

Barbara fühlt sich ebenfalls nicht heimisch in Deutschland. Als Hauptgrund dafür wird auch die Entfernung zur Familie genannt, die sie als sehr problematisch empfindet. Gabriel und Barbara erwähnen den Wunsch des Familiennachzugs nach Deutschland. So zeigt sich bei beiden Befragten, dass das Gefühl sich Zuhause zu fühlen eng mit der Nähe zur Familie betrachtet wird. Darüber hinaus sieht Barbara die fehlende Anerkennung ihrer Abschlüsse als großes Hindernis. Trotzdem gibt sich Barbara im Allgemeinen auch zufrieden:

„Nein [...] Es ist natürlich nicht so wie Zuhause. Aber, ich bin zufrieden. Aber natürlich ist es nicht wie Zuhause. Wir haben noch Familie in Syrien. Wir haben hier keine Familie (B3_00:07:35).“

„Zum Beispiel muss ich mein ganzes Studium wiederholen. Ich habe mein Abitur abgeschlossen. Das war Unsinn. Meine Eltern müssen auch von Null anfangen. Das finde ich sehr schlecht. Ja, aber wir sind zufrieden (B3_00:08:13).“

Trotz der positiven Wahrnehmung Deutschlands gegenüber Syrien, empfindet Thomas Deutschland nicht als sein Zuhause. Dies kann er aber nicht genau erklären. Im weiteren Gespräch begründet Thomas seine Ungewissheit hinsichtlich der Rückkehr nach Syrien oder den Verbleib in Deutschland mit dem nicht einschätzbaren Konfliktende in Syrien:

„Hm, nein. Leider im Moment nicht. [...] Hm, ich kann es nicht erklären. Ok, nächstes Thema. Ich weiß es nicht (B2_00:11:37).“

„Aber ich bleibe hier in Deutschland. [...] Hier in Deutschland gibt es kein Problem. Es fehlt gar nichts für mich. Für mich ist alles in Ordnung hier in Deutschland. Ich finde hier ist alles besser als

mein Heimatland. Es gibt viele Sachen, die es in Syrien nicht gibt. [...] Ich weiß nicht was danach passiert. Deswegen sage ich, dass ich das momentan nicht weiß (B2_00:16:27)."

Als einzige der vier Befragten, ist Luisa davon überzeugt, dass Deutschland ihr Zuhause ist. Dies lasse sich vor allem dadurch begründen, dass Luisa am längsten in Deutschland lebt und bereits die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt. Sie betont, dass sie trotz negativer Erlebnisse sich nicht als Fremde fühlt und diese Erfahrungen nicht ihr Leben bestimmen:

„Ich meinte, ich würde nicht behaupten, sondern von Überzeugung sagen, dass ich Zuhause bin. Zuhause für mich, dass ich kein fremdes Gefühl. Ich würde nicht sagen, dass alle Menschen auf der Straße begeistert von mir sind. Es gibt welche. Aber ich fühle mich nicht als Fremde. Auch wenn jemand solche Tat gegenüber mich tut, würde ich nicht Angst haben oder es im Fokus legen (B4_00:23:04)."

Deutschland wird von Gabriel als moderner, technologischer Staat beschrieben und Deutsche als organisiert und pünktlich charakterisiert. Thomas erzählt, dass viele Flüchtlinge vor ihrer Ankunft hohe Erwartungen an Deutschland hätten. Sie verbänden Deutschland mit grenzenlosen Möglichkeiten und einer höheren Lebensqualität als in Syrien. Allerdings würden viele Flüchtlinge bei ihrer Ankunft, aufgrund der großen Wartezeit für die Aufenthaltsgenehmigung und der Schwierigkeit eine Arbeit zu finden, enttäuscht. Barbara findet es gut, die Chance zu haben in Deutschland zu studieren. Zusammenfassend konstituieren die Befragten Deutschland als modernes Land, das viele Chancen ermöglicht:

„Sie sind sehr modern und haben moderne Technik. Sie sind sehr organisiert. Sie stehen um 07:00 auf. Das haben wir nicht in Syrien, nicht alle Leute machen das. Aber hier stehen alle Deutsche um 07:00 auf. Sie sind sehr pünktlich. Wenn du einen Termin hast, sind sie dort pünktlich und wir müssen pünktlich hier in Deutschland sein" (B1_00:17:03)."

„Das ist eine sehr gute Frage. Denn in meine Heimat sagen die Leute: [...]„Oh, in Deutschland gibt es viele Sachen, die es bei uns nicht gibt. Alles was ich möchte, alles geht in Deutschland, besser als in Syrien." Ja, und wenn sie nach Deutschland kommen, sagen sie: „Ach, was ist Deutschland? Ach, das gibt es nicht, das gibt es hier nicht. Ich warte auf meinen Aufenthalt. Es kommt noch nicht, scheiße und so." Und sie sagen: „Och, kann man auch sofort Job finden. Das ist auch sehr schwer." Es ist sehr schwer einen Job zu finden, wenn man keine Sprachkenntnisse hat (B2_00:23:38)."

Hinsichtlich der Verbundenheit mit ihrem Herkunftsland erzählen die Befragten über die aktuelle Situation und ihre dort lebenden Familien und Freunde. Die Interviewten sprechen von ihrer Heimat und fühlen sich eng mit dem kritischen Schicksal ihres Herkunftslandes verbunden:

„Mein Heimatland ist einfach, wenn jemand sagt, es ist wie eine Mutter. Deine Mutter. Wenn jemand eine Mutter hat, braucht er nicht mit andere Familie zu bleiben. Ja, die andere Familie ist Deutschland. Es ist auch gut. Ja, aber meine Mutter. Jede Person möchte mit seiner Mutter bleiben. Und meine Mutter ist Syrien. Ich würde gerne dort bleiben. Aber jetzt kann ich nicht (B1_01:05:16)."

„Jetzt haben wir noch Familie dort. Ich habe noch Freunde. Fast alle meine Freunde sind noch in Syrien. Sie studieren dort. Wir chatten täglich (B3_00:15:08)."

„Natürlich ist es für mich wichtig von den dortigen Geschehnissen zu wissen. Das tut mir sehr weh und leid, wenn Menschen getötet werden und das Land überhaupt nicht zur Ruhe kommt. [...] Das tut mir natürlich sehr leid und ich fühle mich noch gebunden (B4_00:29:44)."

Die Befragten seien aufgrund des Bürgerkriegs geflohen. Die Interviewten Gabriel und Barbara - mit kürzerer Aufenthaltsdauer - äußern das Vorhaben, gleich nach dem Ende des Konflikts zurückzukehren, da sie die Verantwortung hätten, ihr Heimatland aufzubauen. So fühlen sich Gabriel und Barbara trotz ihrer Vertreibung noch eng mit Syrien verbunden:

„Für die anderen Flüchtlinge, weiß ich das nicht. Aber für mich, wenn unser Krieg fertig ist, gehe ich zurück. Was mache ich hier? Ich habe ein Heimatland. Ich muss alles noch einmal neu machen (B1_00:10:34).“

„Wenn zum Beispiel Syrien eine neue Regierung hat und so weiter, dann werde ich natürlich zurück gehen. Wir sind die Generation, die das Land bauen werden (B3_00:38:34).“

Die Befragten Thomas und Luisa - mit längerer Aufenthaltsdauer - beschreiben Deutschland und das jeweilige Herkunftsland als Heimat. Sie wählen Deutschland klar als präferierten Wohnort aus und sehen ihr Herkunftsland bei verbesserter Sicherheitslage lediglich als Besuchsoption an. Wobei Luisa selbst bei einem Besuch im Irak bereits Bedenken äußert, sich als Fremde zu fühlen:

„Hier in Deutschland fehlt gar nichts für mich. Es ist alles in Ordnung hier in Deutschland. Es gibt alles was ich möchte hier in Deutschland. In Syrien auch. Das ist auch meine Heimat. Dort kann man zu Besuch gehen. In Syrien irgendetwas machen und dann wieder nach Deutschland gehen. Wie man sagt, zwei Länder. Also ja, für mich, ich liebe beide. Es ist gut, nach Syrien zu gehen. In Deutschland läuft es auch gut (B2_00:14:31).“

„Ich glaube nicht, dass ich jetzt nach meine Einbürgerung zum Irak gehe, um dort weiter zu leben. [...] Wenn es in meine Hände wäre, würde ich vielleicht, wenn ich die Möglichkeit hätte, oder davon überzeugt wäre, dann würde ich den Irak besuchen gehen. Aber mir ist es lieber die gute Erinnerung von dort beizubehalten. Ich würde mich dort als Fremde fühlen nach so vielen Jahren, nach so viel Änderung und so vieles was im Land passiert ist. Das kann ich mir nicht vorstellen (B4_01:22:07).“

Aufgrund der Dauer ihres Aufenthalts und des Besitzes der deutschen Staatsbürgerschaft fühlt sich Luisa gleichermaßen Deutschland und ihrem Herkunftsland verbunden. Ihre Zugehörigkeit drückt sich insofern aus, dass sie sich die jeweiligen Eigenschaften der Kultur und Tradition aneignet, die ihrem eigenen Einstellungsmuster entsprechen. Dies bestätigt das Konzept von Gemende (2002), dass Migranten sich dauerhaft in interkulturelle Zwischenwelten bewegen und sich so in mehreren Gesellschaften zugehörig fühlen können:

„Ich bin jetzt hier seit 20 Jahren. Ein paar Sachen habe ich automatisch aufgenommen und mitgenommen. Wiederum andere habe ich nicht aufgenommen, da sie gegen meine Moral und meine innere Überzeugung sind. Sachen, die mir nicht passen und überhaupt nicht in Frage kommen, einfach nein für mich. [...] Ich kann schon Teil der Gesellschaft sein, ohne das zu machen (B4_00:19:42).“

„Es geht für mich jetzt nicht um zwei Umgebungen, zwei Gewohnheiten, zwei Kulturen, die im Konflikt kommen. Nein, ich entscheide, was zu mir passt, von der das und von der anderen das (B4_00:29:44).“

Bei allen Befragten wurde der Kontakt vor allem zu Deutschen als wichtig erachtet. Weiterhin bestehen ihre Freundschaften aus Angehörigen aus dem eigenen Herkunftsland und aus anderen ethnischen Gruppen. Die Interviewpartner verfügen über verschiedene Plattformen, um Menschen kennenzulernen und agieren so in verschiedene Integrationsdimensionen. Barbara sieht es als zentral an, mit Deutschen in Kontakt zu sein. Luisa wiederum weist expli-

zeit daraufhin, dass ihre Freundschaft nicht auf dem Herkunftsland basiert, sondern auf einem guten Verhältnis auf der menschlichen Ebene. Thomas bestärkt diese Position, indem er die Kategorisierung von Menschen nach deren Ursprungsort mit dem Hinweis verneint, dass alle Menschen gleich seien. Bei Gabriel fungiert die Sprachlehrerin als Gatekeeper für soziale Kontakte. Den Freundschaften kommt die Funktion zu belastende Situation zu erleichtern sowie bei Problemen zu helfen. Es wird ersichtlich, wie wichtig die Unterstützung seitens Deutscher für die Eingliederung von Flüchtlingen in die Aufnahmegesellschaft ist:

„Ich muss jetzt mit Deutschen reden, mich unterhalten. Zu erst um die Sprache zu verbessern, um in der Gesellschaft etwas zu machen (B3_00:12:30).“

„Welche Nationalität ist kein Problem. Das ist gut für mich, weil am Ende sind wir alle Mensch. [...] Das gleiche Blut und alles gleich. Ich finde, dass sehr gut für mich. Also ich bin nicht gegen die anderen Leute (B2_00:11:07).“

„Meine Schule macht mir Spaß. Meine Lehrerin ist sehr nett. Sie hilft mir immer. Sie weißt, dass ich Hochdeutsch brauche. Sie gibt mir immer mehr Übungen im Deutschunterricht. [...] Sie hat mir viele Leute vorgestellt (B1_00:49:58).“

Hingegen schreibt Barbara Syren negative Eigenschaften zu und hält deswegen eine gewisse Distanz zu Menschen aus ihrem Heimatland. Bereits in Syrien wurde der enge Kontakt zur arabischen Bevölkerung vermieden:

„Eigentlich habe wir nicht viele arabische Leute hier kennengelernt. Das ist manchmal problematisch. [...] Wir als Araber mögen zu viel zu sprechen und über andere Leute zu sprechen. Deswegen mögen wir das nicht. Das finden auch Mama und Papa nicht sehr gut. Wir müssen was richtiges machen, nicht nur sitzen und über andere Leute sprechen. Aber es gibt natürlich Familien, die sehr gut sind (B3_00:12:07).“

Thomas erzählt, dass er beim Kennenlernen einer Person nicht auf das Herkunftsland achtet. Allerdings gibt er an den Kontakt zu Tunesier und Algerier zu vermeiden, da diese keine “gute Kultur” und keine Ausbildung in ihrem Heimatland genossen hätten:

„Ich mag mich mit allen unterhalten. Es ist egal, aus welchem Land er kommt. Aber manchmal kommt es darauf an. Ich will keinen Kontakt mit Leuten, also, mit Leuten aus Tunesien oder aus Algerien. Weil ich finde, dass es komische Leute sind. Die, wie sagt man, die haben eine scheiß Kultur. Denn da hat keiner mehr so. Die haben bestimmt nicht in ihrer Heimat studiert und so (B2_00:19:23).“

Gabriel fühlt sich bisher von den Deutschen akzeptiert. Allerdings führt er aus, dass viele Deutsche Muslime mit terroristischen Anschlägen assoziieren. Dies wirke sich negativ auf das Verhältnis zu einander aus, da Misstrauen zwischen beide Gruppen entstehe:

„Was Deutsche angeht, ja, sie denken, dass es bis jetzt gut ist. Aber wenn sie denken, dass alle Muslime Terroristen sind, wie was in München passiert ist. Es gibt jeden Tag viele Unfälle oder ich weiß nicht, Terroristen. Das klingt nicht gut (B1_00:11:36).“

Des Weiteren ist Gabriel der Ansicht, dass positive Beiträge und Fälle von Flüchtlingen in Deutschland nicht in der Öffentlichkeit thematisiert würden. Wenn ein Flüchtling eine gute Tat vollbringt oder sich vorbildlich verhält, werde dies von den Deutschen nur als Einzelfall honoriert. Verhält sich hingegen ein Flüchtling kriminell, werde auf die Gesamtgruppe geschlossen und alle Flüchtlinge aufgrund der Tat einer Einzelperson unter Generalverdacht

gestellt. Allgemein würden Angehörige der Mehrheitsgesellschaft allen Flüchtlingen ein schlechtes Verhalten unterstellen. Die Befragten empfinden, dass im öffentlichen Diskurs überwiegend ein negatives Bild über Flüchtlinge vermittelt werde. Dieses Verhalten stört die Befragten. Gabriel empfindet die einseitige Darstellung und die Verallgemeinerung von Problemfälle als unfair ihm gegenüber. Um ein gemeinsames Zusammenleben zu ermöglichen, plädiert Luisa dafür, dass Straftaten als Einzelfälle bearbeitet werden:

„Das ist unfair für mich. Wenn jemand etwas sehr schön macht und sehr gut zu Deutschen ist, dann ist es ein Einzelfall. Nicht alle Leute [Flüchtlinge] sind so. Aber wenn jemand etwas schlechtes macht. Dann ist es: „Ja, alle Flüchtlinge haben das gemacht“ [...] Das ist so schwer für mich und für die anderen Flüchtlinge. [...] Hier denken die Deutschen: „Ach, sie sind nicht gut. Alle Flüchtlinge sind nicht gut. Sie machen nichts hier in Deutschland. Sie sind nur hier um Geld zu bekommen“ (B1_00:19:41).“

„Wenn wir nicht nur alleine die Geschehnisse betrachten. Logisch. Sondern die Fälle betrachten und nicht verallgemeinern. Wir sollen die Tat oder die Person, die das begangen hat, verurteilen und nicht alle Menschen unter Generalverdacht stellen (B4_01:20:27).“

Barbara fühlt sich in Deutschland nicht zugehörig. Die vorherrschenden kulturellen Unterschiede zwischen Deutschland und der arabischen Welt seien zu groß. Aufgrund dessen kann Barbara sich nicht vorstellen länger in Deutschland zu verweilen. Zwar würden die Deutschen Muslime eventuell akzeptieren, aber sie nie als vollständiges Mitglied behandeln. Die Befragte verweist darauf, dass es schon immer Probleme zwischen arabischen und europäischen Ländern gab. So präferiert Barbara in Zukunft in einem arabischen Land zu wohnen, um dort ganz akzeptiert zu werden:

„Ich glaube ich kann nicht so lange hier in Deutschland leben. [...] Das ist nicht unser Land. Also, ja, sie haben uns viel gegeben, geholfen. Aber trotzdem, das ist nicht unser Land. Die sind zu weit weg von uns. Also die Traditionen, die Sprache, alles. Das finde ich sehr schwer (B3_00:17:08).“

„Die Unterschiede spielen eine sehr große Rolle, auch die Sprache und die Leute. Also, die Leute werden uns akzeptieren, aber nicht wie zum Beispiel, also, ich als Araber in einem arabischen Land. Nicht wie hier in Deutschland. Sie werden uns akzeptieren und sie werden die Muslime akzeptieren. Aber nicht so richtig. Das ist nichts neues. Es gab immer Probleme mit Europa und arabischen Ländern, seit langer Zeit. Ich fühle mich, ah, ich möchte zurück in ein arabisches Land, vielleicht, wenn ich die Chance bekomme (B3_00:37:43).“

Des Weiteren empfindet Gabriel es als störend vom Staat Geld zu erhalten und betont seinen Willen selbst zu arbeiten und ein Beitrag für Deutschland zu leisten. Barbara bedankt sich für die Aufnahme in Deutschland. Beide Befragten möchten der deutschen Gesellschaft eine Gegenleistung für die erhaltene Hilfe entgegenbringen:

„Aber ich bin nicht zufrieden, wenn ich Geld vom Staat - von der Regierung bekomme. Ich bin nicht zufrieden und ich akzeptiere das nicht. Ich muss arbeiten und ich muss etwas für dieses Land machen (B1_00:10:34).“

„Wir danken Deutschland, was sie uns gegeben hat. Und wir werden es natürlich zurück geben mit der Zeit (B3_00:39:51).“

Die Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft wird nach den Interviewten nicht an nationalstaatliche Kriterien festgemacht. Nach Gabriel gelten dieselben Rechte für Flüchtlinge

und Deutsche, wenn diese die gleiche Leistung an die Gesellschaft erbringen. Thomas hofft die Staatsbürgerschaft zu erhalten, um sein Leben in Deutschland zu erleichtern und neue Möglichkeiten zu haben. Zwar stimmt Luisa dem zu, aber nach ihr sei die Staatsbürgerschaft nicht der entscheidende Faktor, um sich in Deutschland dazugehörig zu fühlen. Das Zugehörigkeitsgefühl entstehe nicht bloß beim Besitz von Dokumenten, sondern hänge von der emotionalen Bindung und dem genuinen Gefühl ab, sich als Mitglied zu fühlen.

„Ja, warum nicht. Wenn man Deutsch sprechen kann, eine Arbeit hat und die Steuern für das Finanzamt bezahlt. Ok, er ist Deutsch. Was ist der Unterschied zwischen einem deutschen Mann oder ein Flüchtling, der das alles macht? Das ist gleich (B1_01:03:55).“

„Ja, ich hoffe das auch. [...] Die hilft, die hilft mich für viele Sachen. Man kann ohne Visum fliegen. [...] Vielleicht um ein Geschäft oder so aufzumachen (B2_01:20:31).“

„Papier macht kein Mensch, ich fühle mich in jede Situation als Mensch. Als Mensch braucht man für seine tagtägliche Situation irgendwelche offiziellen Dokumente. Und diese Dokumente, irakische oder deutsche, (kurze Pause) braucht jeder, um sein Leben weiter zu gehen. Sonst werde ich vom Verhalten und vom Gefühl, das nicht mit dem Dokument verbinden (B4_00:30:46).“

6.1.2. Haltung zu demokratischen Normen und Werten

Neben dem Zugehörigkeitsgefühl zur Aufnahmegesellschaft wird nun die Haltung der Befragten zu den demokratischen Normen und Werten untersucht. Es wird die allgemeine Einstellung zu Demokratie, die Meinung zu Oppositionsrechten und deren Meinung bezüglich der Trennung von Religion und Politik erörtert.

Die Demokratie in Deutschland wird von allen Befragten mit Freiheit und speziell mit Redefreiheit assoziiert. Dabei wird die deutsche Demokratie im Vergleich zu den politischen Systemen in den jeweiligen Herkunftsländern positiv bewertet. Gabriel stellt fest, dass Menschen in Deutschland das Recht haben sich frei zu äußern ohne festgenommen zu werden. Demokratie werde in Zusammenhang mit Religionsfreiheit gebracht. Weiterhin bemängelt Gabriel die fehlende Meinungsfreiheit in Syrien, vor allem für Kurden. So identifiziert Gabriel Freiheit als wichtigsten Wert für eine Demokratie. Jedoch sei Freiheit nicht grenzenlos zu beanspruchen. In einer Demokratie solle der Einzelne in dem Maße seine Freiheit ausleben, wie die Freiheit des Nächsten nicht tangiert werde:

„Zum Beispiel Demokratie hier in Deutschland, kannst du alles machen. Niemand kann dir verbieten zu sprechen. Aber in meinem Heimatland ist alles verboten [...] Zum Beispiel, in meinem Heimatland bin ich kurdisch. Ich kann dort nicht kurdisch reden. (B1_00:23:45).“

„Dort [in Syrien] gibt es keine Religionsfreiheit. Aber hier, kannst du für eine Katze beten, wenn du willst (B1_00:24:04).“

„Ich denke Freiheit ist schön. Aber nicht, wenn du frei bist und du machst alles und du denkst nicht an die anderen Leute. Ich denke, das ist nicht Freiheit [...] Es gibt ein Satz auf arabisch. Ich kenne das nicht auf Deutsch oder auf Englisch. Aber das ist in Hocharabisch [Spricht Satz auf Arabisch]. Das bedeutet, dass deine Freiheit fertig ist, wenn du zum Beispiel, die Freiheit der anderen Leute schlägst (B1_00:25:33).“

Die deutsche Demokratie wird von Thomas ebenfalls positiv beurteilt. Seiner Ansicht nach zeichne sich die Demokratie in Deutschland durch die Gewaltenteilung der Bundesländer und die Arbeit der politischen Parteien aus. Thomas honoriert die politische Zusammenarbeit der derzeitigen großen Koalition SPD und CDU. Deutsche Politiker würden für das Gemeinwohl aller Menschen - inklusive Migranten - arbeiten und nicht nur ihren eigenen Interessen folgen:

„Ich denke, die Demokratie ist sehr schön hier und mit dem Regime, kann man sagen, mit den Bundesländern. Das ist alles ok und mit den Parteien. Ich finde alles gut und alles in Ordnung. Die machen alles zusammen arbeiten. Wenn kann, wie heißt das, CDU, SPD oder LINKE und viele andere Parteien. Aber die CDU und SPD finde ich cool, weil sie richtig arbeiten. Also bis jetzt sind die beiden Parteien sehr gut. Die arbeiten auch sehr gut zusammen. Allgemein, also nicht für die Ausländer, allgemein für Deutschland. Ich finde, sie arbeiten auch sehr gut für Deutschland (B2_00:35:06).“

Thomas führt weiter aus, dass in einer Demokratie alle Menschen - unabhängig von ihrer Position innerhalb eines Staates - miteinander kooperieren sollten. Angefangen vom Präsidenten bis hin zum normalen Staatsbürger. Schließlich erwartet Thomas, dass sich alle Menschen gegenseitig respektieren:

„Alle müssen zusammen arbeiten. Ich finde, dass alle, vom Präsidenten nach unten, bis ganz normale Menschen. Ich hoffe, dass alle zusammen arbeiten und es keine Probleme gibt. Das müssen alle Leute akzeptieren und Respekt haben. Hier in Deutschland gibt es viel Respekt. Aber in meine Heimat gibt es wenig Respekt (B2_00:38:49).“

Von Barbara wird die Rede- und Meinungsfreiheit sowie der Schutz von Minderheiten als wichtig erachtet. Zudem werde Frieden, Rechtsstaatlichkeit sowie der Schutz vor willkürlichen Verhaftungen wertgeschätzt. Barbara sieht Freiheit als wichtigsten demokratischen Wert:

„Ich kann, alles in mein Kopf ist, äußern oder sagen. Ich kann über alle Leute sprechen, etwas schlechtes oder etwas gutes. Dort konnten wir das nicht. Hm, ja, ich kann meine Meinung einfach sagen, was ich möchte. Es gibt kein Gefängnis, kein Krieg (B3_00:17:53).“

Bezüglich ihrer Stellungnahme zu Demokratie beschreibt Luisa ihre erste Erfahrung mit einem demokratischen Verfahren. Luisa erzählt, wie sie als Bürgerin eine Klage gegen eine Behörde eingereicht hat ohne befürchten zu müssen dafür bestraft zu werden. Aufgrund dessen spielt für Luisa Rechtsstaatlichkeit eine zentrale Rolle für eine Demokratie:

„Meine erste Erfahrung von Demokratie war gegen ein Bescheid von der Ausländerbehörde zu klagen [...] Was ich hier durch das demokratische System gelernt und erfahren habe, ist das ein schriftlicher Antrag auch eine schriftliche Ablehnung benötigte. Und wenn man beantwortet, ob ja oder nein, muss man die Gründe nennen und die Paragraphen nach welchen Grund es bewilligt und nach welchem Grund es abgelehnt wurde [...] Damals habe ich nicht geglaubt, dass es so funktioniert, weil ich keine Erfahrung hatte. Da hatte ich die ganze Zeit Unruhe gehabt, weil ich nicht sicher war, dass alles so friedlich passiert. Seitdem habe ich gelernt, dass man Anträge stellen kann. Mehr als nein bekommt man nicht. Aber man wird nicht bestraft (B4_00:35:06).“

Nach der Bewertung von Luisa würden die ankommenden Flüchtlinge Freiheit und Demokratie zuerst nach einem simplen Verständnis interpretieren, da eine Vielzahl von

Flüchtlingen aus diktatorischen Systemen stammen. Erst im Laufe der Zeit und mit größerem Erfahrungswert könnten demokratische Werte wahrhaftig ausgelebt werden:

„Die Menschen, die hierher kommen - vor allem aus dem Irak, aus Syrien und überhaupt aus der arabischen Welt oder Asien - sind meistens aus diktatorischen Systemen und Regimen. Diese Menschen kennen das nicht anders und wenn sie hierher kommen und versuchen diese Freiheit in sich selbst zu finden. Dann ist Freiheit und Demokratie, wie im Sinne von Freiheit und Demokratie, dass man nicht randaliert, Dinge kaputt macht und Straftaten begeht. Dann sagt man das ist Freiheit. Aber um Freiheit in ihrem eigentlichen Sinn zu genießen, brauchen sie Zeit (B4_00:36:19).“

Anhand des Beispiels in der Türkei wird ersichtlich, dass Gabriel der Minderheitenschutz und das Oppositionsrecht wichtig ist. Die starke Führungsposition eines Präsidenten wird negativ bewertet. Gabriel stellt den derzeit amtierenden Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan gleich mit Bashar Hafiz Al-Assad. Es ist anzumerken, dass Gabriel der kurdischen Volksgruppe angehört und wegen seiner eigenen Erfahrung in der Türkei negativ von der türkischen Staatsregierung geprägt ist. Die starke Machtposition und -ausübung von Erdoğan wird von Thomas ebenfalls negativ gewertet. Die Türkei habe kein demokratisches System, da der Präsident wichtige Entscheidungen alleine treffen würde. Es gebe keinen Dialog mit der Bevölkerung. Dieser Meinung fügt sich Luisa, die das Verhalten von Erdoğan gegen die Opposition als undemokratisch sieht. Vielmehr handele es sich um eine Diktatur, bei der der Staatsführer zur Machtsicherung der Bevölkerung seinen Willen aufdrücke:

„Ich denke Erdoğan ist ein Schauspieler. Er macht das nur um seine Macht zu behalten. Und jetzt ist er stärker als vorher. Denn jetzt sind alle Gülen Leute oder Kurden im Gefängnis. [...] Ich denke, Erdoğan ist genauso wie Bashar Al-Assad (B1_00:34:16).“

„Aber für Erdoğan, ich denke es reicht von ihm, er muss weg. [...] Also sein Regime ist nicht, wie hier in Deutschland, weil er alles alleine macht. Er war erst einmal Politiker und danach Präsident. Der regiert allein, nicht mit den Leuten. Also er ist ein starker Politiker, weil er Präsident ist (B2_00:43:34).“

„Auf jeden Fall kann ich von dieser Handlung entnehmen, wie zuletzt mit der Opposition umgegangen wurde, dass das mit Demokratie überhaupt nichts zu tun hat. Es ist nicht anders als in jede Diktatur. Sich im Mittelpunkt zu stellen, überhaupt nur als Einziger. Die anderen sind Diener und sollen mitmachen. Jemand, der sich durchsetzen möchte und auch erpressen möchte (B4_00:39:08).“

Demgegenüber erachtet Barbara das Vorgehen von Erdoğan als Rechtens. Da das türkische Volk nicht wolle, dass das Militär an die Macht komme und die Legitimation bei ihnen läge, werden die Geschehen in der Türkei als demokratisch bezeichnet. Zwar hat Erdoğan ein schlechtes Ansehen bei Barbara, jedoch hinterlässt die Aufnahme der Türkei von syrischen Flüchtlingen einen guten Eindruck bei ihr. Da Erdoğan die Position des Präsidenten habe, verfüge er nach ihrem Erachten über eine uneingeschränkte Macht. Daraus lässt sich schließen, dass Barbara die Berücksichtigung von Gewaltenteilung nicht als maßgebendes Kriterium einer Demokratie auffasst:

„Das ist demokratisch, finde ich. [...] Das geht nicht immer. Das Volk hat das Wort gesagt. Also sie wollten nicht die Armee in das Regime zulassen. [...] Das war das Wort vom Volk. [...] Aber ich denke, er hat es richtig gemacht. Also ich kann nur sagen, dass Erdoğan die Syrer dort geholfen hat. Also wir mögen nicht Erdogan. Aber das Regime von Erdogan hat etwas gutes für die Syrer gegeben. Es gibt

dort fast drei Millionen oder mehr als drei Millionen Leute, die dort wohnen. Und er hat das Recht. Also zu erst ist er der Präsident und er kann alles machen, was er will (B3_00:20:43)."

Weitergehend stelle die öffentliche Debatte in Deutschland das Verhältnis von muslimischen und europäischen Wertvorstellungen konfliktiv dar. Mit dieser Darstellung sei Luisa nicht einverstanden. Ihrer Meinung nach sei die religiöse Überzeugung eines Muslims vollständig mit dem deutschen Grundgesetz vereinbar. Die demokratischen Werte widersprächen nicht den Regeln des Islams. Gesellschaftliche Probleme, wie die Gewalt gegen Frauen, würden bloß als Problem des Islams dargestellt. Diese Einstellung sei darauf zurückzuführen, dass in Deutschland Unwissenheit und Vorurteile über den Islam herrschen würde. In der öffentlichen Wahrnehmung würden muslimische Flüchtlinge als Bedrohung für die Gesellschaft dargestellt werden. Die Stigmatisierung von Muslimen sei deskonstruktiv bei ihrer Eingliederung in die Gesellschaft. Die Zuschreibung von bereits vorhandenen Problemen der Aufnahmegesellschaft auf bestimmte ethnische Gruppen erschwere ein friedliches Zusammenleben:

„Ich habe jetzt das ganze Grundgesetz nicht im Kopf, aber die Paragraphen, die ich mal gelesen und gesehen habe, kann ich alles Muslime unterschreiben. Das widerspricht sich nicht mit meiner religiösen Überzeugung (B4_00:43:28)."

„Oder muslimische Männer verhalten sich oder behandeln ihre Frauen sehr schlecht und gibt so viele gewalttätige in der Familie. Ich frage die Leute, hallo Leute, es bedeutet. Natürlich kann man das nicht bei einen oder zwei Fällen ausschließen. Aber wie sind diese Frauenhäuser? Sind sie extra für muslimische Frauen, die schlecht behandelt werden, oder stehen sie seit vielen Jahren hier? [...] Vor allem die Verallgemeinerung bewirkt, dass man nicht ruhig leben kann (B4_01:20:27)."

Der Ansicht von Luisa zufolge spielen Politiker eine wichtige Rolle bei der öffentlichen Darstellung und somit der Wahrnehmung von Flüchtlingen in der Bevölkerung. So müssten sich Politiker als öffentliche Personen ihrer Verantwortung bewusst werden:

„Die Politiker haben auch. Von denen wird erwartet, dass sie Verantwortung übernehmen und auf ihre Wörter und deren Wirkung aufpassen. [...] Wenn man zu allen spricht, die unterschiedliche Meinungen und unterschiedliche Wahrnehmungen von der Erzählung haben. Dann hat es unterschiedliche Wirkung auf dem Menschen. Deswegen müssen sie und brauchen sie Verantwortung übernehmen und schauen, wie sie mit der Sache umgehen und wie sie sich äußern (B4_01:20:27)."

Gabriel und Thomas plädieren für eine Trennung zwischen Religion und Politik, wie sie in Deutschland geschieht. Nach Gabriels Erachten ist es schlecht, den Islam mit Politik zu vermengen. Die islamische Religionslehre selbst sehe eine Verbindung zwischen Religion und Politik nicht vor. Für Gabriel gilt die Religionszugehörigkeit nicht als bewertendes Kriterium über eine Person. Entscheidend sei, Menschen nicht nach Kategorien zu beurteilen. So würden Atheisten Freiheit repräsentieren, da der Einzelne die freie Wahl habe an nichts zu glauben. Nach Thomas spiele bei der Besetzung eines Präsidentenpostens Religion keine Rolle. Vielmehr werde auf den Erfahrungswert und das Gedankengut der Person geachtet:

„Hier in Deutschland ist Politik und Religion unterschiedlich. Es gibt ein Unterschied zwischen Politik und Religion. In Syrien ist Politik und Religion zusammen. [...] Ich finde das schlecht. Das ist nicht gut. Das ist nicht gut. [...] Das kein richtiger Islam. Sie machen mit der Religion Politik. Sie machen

Politik mit der Religion zusammen. Aber das ist nicht richtig. Islam hat das nicht gesagt, dass sie Islam mit Politik machen. Komisch weißt du, ja, scheiße. Aber sie machen das nicht (B1_00:40:32)."

„Ich kenne Drusen hier mit mir. Er hat eine andere Religion, aber es ist kein Problem für mich. Wenn du ein Mensch mit mir bist, ist alles gut, alles ok. [...] Ja, [in Deutschland gibt es] viele Atheisten, sie glauben an keinen Gott. Aber das ist Freiheit. Sie denken, dass ist Freiheit (B1_00:42:02)."

„Also erst einmal interessiert mich nicht die Religion für die Arbeit. Mich interessiert, wer besser ist, wer mehr Erfahrung und wer einen guten Kopf hat. Zum Beispiel, wer eine Lehrerin oder Präsident sein will. Für mich ist die Hauptsache, dass die gut in ihrem Job sind. Für mich spielt es keine Rolle. Wenn er, zum Beispiel Christ ist, dann darf er nicht Präsident sein. Oder wenn er Muslime ist, dann darfer. Nein, also, für mich, ist das falsch (B2_00:47:55)."

Dieser Aussage widerspricht Barbara. Nach ihrer Glaubensausrichtung müsse das politische Oberhaupt Moslem sein. Der Islam schreibe Muslimen vor, einen muslimischen Präsidenten zu haben. Wenn die Mehrheit der Bevölkerung muslimisch sei, so solle der Präsident auch Moslem sein. Bei der Trennung zwischen Religion und Staat unterscheidet Barbara zwischen Europa und arabischen Ländern. In Europa solle Religion eine Privatsache sein. Hingegen solle der Staat in muslimischen Ländern Grundzüge vom Islam beinhalten. Trotz der Verneinung eines säkularen Staates glaubt Barbara, dass die verschiedenen Religionen friedlich miteinander leben können:

„Also meine Religion sagt mir, dass die Regierung einen muslimischen Präsidenten haben muss. [...] Ich glaube, was im Iran ist, dass die meisten Muslime sind, und es muss, ja, ein muslimischer Präsident sein (B3_00:25:28)."

„Ich spreche für uns, aus muslimischen Ländern. Wir müssen islamische Grundzüge in der Regierung, in den Gesetzen oder in der Verfassung haben. Aber hier in Europa, glaube ich, muss die Religion eine Privatsache sein, nicht im allgemeinen (B3_00:26:46)."

„Wir haben kein Problem mit anderen Religionen. [...] Wir haben keine Probleme mit Christen oder Juden. [...] Wir sind das Volk, also von einem Land (B3_00:27:49)."

Hinsichtlich der Religionsausübung begründet Luisa ihr Anrecht das Kopftuch zu tragen damit, dass es keine homogene Gesellschaftsgruppe gebe, in der sich ein Individuum anpassen könnte. Jeder Einzelne drückt in einer freien von Vielfalt geprägten Gesellschaft seine Individualität aus. So empfindet sich Luisa trotz ihres Kopftuchs nicht fremd oder anders als ihre Mitbürger:

„Wir sehen nicht anders aus. Ich trage ein Kopftuch und es gibt auch viele deutsche Männer sowohl Frauen, die ein Tuch auf den Kopf tragen. [...] Es gibt nicht ein Muster, indem alle dort passen und wer nicht, ist anders. Deswegen komme ich nicht auf diese Gedanken. Nur wenn jemand mir direkt genau sagt, Ausländer oder was auch immer (B4_00:57:57)."

Die deutsche Verwaltung ist eine der ersten demokratischen Institutionen mit denen Flüchtlinge in Kontakt kommen und dient oftmals als Basis zur Bewertung des politischen Systems. Gabriel bringt das Thema Bürokratie selbstständig ein. Im Gespräch zeigt sich Gabriel unzufrieden mit dem deutschen Auslandsamt, da bei der Ausrichtung ihrer Dienstleistungen nicht genügend auf die Bedürfnisse von Flüchtlingen eingegangen wird. Die Problematik drücke sich in Form von bürokratischen Hindernissen aus, wie beispielsweise die Tatsache,

dass die Kommunikation zwischen Flüchtlingen und dem deutschen Amt nur auf Deutsch abgehalten werde. Gabriel erwartet eine interkulturelle Öffnung der Verwaltung in Form von mehrsprachigen Formularen - vor allem für Flüchtlinge höheren Alters. Somit kristallisiert sich die Interaktion zwischen der Verwaltungsebene und den Flüchtlingen als wichtiger Schritt, um Vertrauen zum vorherrschenden Institutionengefüge aufzubauen. Zudem hebt Gabriel die Bedeutung von deutschen Helfern bei der Überwindung von Problemen hervor:

„Wir bekommen immer Post vom Finanzamt oder vom Jobcenter in Deutsch. Ja, das ist gut. Aber wenn jemand kein Deutsch reden oder sprechen kann. Wir sind nicht Deutsch. Wir brauchen Hilfe von den Deutschen. Weil bei mir ich habe deutsche Freunde. Sie helfen mir. Aber für die anderen, ich weiß nicht, was sie machen (B1_00:12:54).“

„Für Bürokratie, das deutsche Amt muss ein bisschen an die Flüchtlinge denken, dass sie nicht Deutsch sind. Sie sind nicht Deutsch. Sie können nicht Deutsch reden, sie können nicht Deutsch lesen. Sie müssen das ein bisschen übersetzen für die Papiere oder ein Übersetzer bringen für die Flüchtlinge. Es gibt viele Leute hier, die sehr alt sind. Das deutsche Amt sagt: „Sie müssen Deutsch reden“. Aber sie sind sehr alt. [...] Das deutsche Amt muss ein bisschen an die Zukunft für diese Leute denken. Was machen sie für diese Leute? [...] Aber das deutsche Amt denkt nicht (B1_00:27:29).“

6.2. Diskriminierung

Im Hinblick auf die Erkundung von Integrationshindernissen im politischen Integrationsprozess legt der nächste Abschnitt dar, welche ethnischen Diskriminierungserfahrungen die Befragten in der deutschen Aufnahmegesellschaft erlebt beziehungsweise als solche wahrgenommen haben.

Als die Interviewpartner gefragt wurden, ob ihnen mit Diskriminierung aufgrund ihrer Herkunft oder ihrer Religion begegnet wurde, erzählten sie von einer Mehrzahl von Angriffen. Dabei waren die Attacken eher verbaler als körperlicher Natur. Die Interviewten sprachen von Diskriminierung in alltäglichen Begegnungen in Form vom Misstrauen geprägten Verhalten, ungerechte Behandlung, Beschimpfungen, feindselige Blicke sowie aggressive Gesten:

„In der Bahn oder auf der Straße hat jemand mir laut ins Ohr geschrien: „Kanake.“ [...] Einmal als ich in der Bahn saß, da hat ein Teenager, so 14-15, mir den Mittelfinger gezeigt (B4_00:53:17).“

Beim Arztbesuch wurden Luisa und ihre Tochter trotz vereinbarten Termins als letzte vom Arzt aufgerufen. Als sich die Tochter über die Verspätung beschweren wollte, waren die Ärztin sowie die Schwester über das Verhalten empört. In dieser Situation fühlte Luisa, dass ihr das Recht genommen wurde, ein gleiches Verhalten zu kommentieren:

„Ich kann mir vorstellen, natürlich, bei jedem Arzt, kann der Arzt nicht pünktlich sein. Mit einer Verspätung von vielleicht 5-10 Minuten, halbe Stunde, 1 Stunde. Aber nicht, dass wir zum Termin gehen und als Letzte reingenommen werden. [...] Da haben wir uns irgendwann beschwert, ob wir jetzt einen Termin haben oder nicht? Die Ärztin und die Schwester waren sauer, wieso wir uns beschweren durften. [...] Meine Tochter sollte sich nicht beschweren. Sie hat geredet, sie hat laut geredet und sie durfte nicht reden. Warum durfte sie nicht reden? Das heißt du bist fremd, also darfst du dich nicht beschweren, oder wie ist das? Solche Ereignisse sind selten, aber nicht der einzige Fall (B4_00:51:43).“

Gleich zu Beginn des Gesprächs bringt Gabriel das Thema Diskriminierung eigenständig ein. Die Beschreibung über seinen ersten Aufenthaltsort in einer Kleinstadt in Sachsen

und dessen Einwohner ist negativ konnotiert. Er empfand die lokale Bevölkerung als wenig gesprächig und bezeichnet sie als „Nazis“:

„Keine junge Leute. Alle Leute sind alt. Keine Leute, du kannst nicht mit jemand sprechen. Und sie sind auch ein bisschen, du kannst sagen, Nazis Leute. Es gab zwei mal, wo Nazis zu unserem Platz gekommen sind [...] Sie sagten: „Oh, Muslime und andere Wörter“ (B1_00:04:04).“

Gabriel erzählt von einem Brandanschlag auf seine Unterkunft bei dem Flüchtlinge als Muslime kategorisiert, beschimpft und angegriffen wurden. Die Einwohner des Heimes hätten Angst vor den Pegida-Anhängern, welche die Flüchtlinge auffordern in ihre Heimat zurückzukehren. Dies stößt bei Gabriel auf Unverständnis. Er hinterfragt, ob den Menschen nicht klar sei, dass es keine Möglichkeit gibt zurückzukehren. Flüchtlinge seien nicht freiwillig nach Deutschland gekommen und würden nach dem Ende des Konflikts wieder gehen.

„Mit Nazis Leute in [der Kleinstadt in Sachsen]? [...] Sie hatten zwei Autos und im jedem Auto gab es fünf oder sechs Personen. Sie hatten ein Stück Holz dabei. Sie sagten: „Oh, Muslime“. Und sie hatten einen Feuerball. Sie haben den Feuerball auf uns geworfen. Wir haben das Feuer ausgemacht (B1_00:45:59).“

„Alle Leute [aus dem Übergangwohnheim] hatten Angst von Pegida Leute. Es waren so viele Pegida Leute. Sie sagen: „Raus Flüchtlinge, raus. Sie müssen zurück gehen“. Ja, wir gehen zurück. Aber jetzt können wir nicht zurück. Was möchten sie? Was möchten sie von uns? Wir können jetzt nicht gehen. Ich weiß nicht, was sie denken (B1_00:46:56).“

Das Gefühl der Akzeptanz durch die Einwohner unterscheidet sich je nach Ortsteil der Stadt. In der Dresdner Neustadt würden Flüchtlinge akzeptiert. Hingegen wurde Gabriel in der Dresdner Altstadt mit Anfeindungen konfrontiert und als Terrorist bezeichnet. In diesem Stadtteil fühlt sich Gabriel von seinem sozialen Umfeld abgelehnt:

„Zum Beispiel in der Altstadt, sie gucken zu uns wie: „Guckt mal, sie sind Terroristen oder Flüchtlinge und sie bekommen Geld von unserem Staat“ (B1_00:12:54).“

Das Umfeld in Dresden wird von Barbara als freundlicher empfunden als in den kleineren Orten. Dort herrschte wenig bis gar kein Kontakt mit der Bevölkerung. Die Bewohner wurden teilweise negativ beschrieben, da viele Betrunkene angetroffen wurden. Dies führte dazu, dass Barbara es vermied, abends die Unterkunft zu verlassen:

„Also mit uns gab es keine Probleme. Aber die Leute sind immer betrunken und das haben wir schlecht gefunden. Wir konnten nicht immer in der Nacht oder am Abend zum Beispiel einkaufen gehen (B3_00:29:30).“

Nach Erzählungen von Thomas Freunden verhält sich die lokale Bevölkerung in kleinen Ortschaften diskriminierender gegenüber Flüchtlingen als in Dresden. So bestätigen die Aussagen von Gabriel, Thomas und Barbara die Ergebnisse der Studien von Täubig (2009), dass sich Dorfbewohner eher diskriminierend gegenüber Flüchtlingen verhalten. Darüber hinaus spielen die Stadtviertel in Dresden eine Rolle, wie die Aufnahmegesellschaft von den Flüchtlingen wahrgenommen werden. Demgemäß verdeutlichen die Angaben der Befragten,

dass die soziale Eingliederung von Flüchtlingen in die aufnehmende Gesellschaft neben der Eigeninitiative auch vom Umfeld abhängt:

„Manchmal erzählen sie aus Pirna, Heidenau und so. Dort ist es noch schlimmer als hier in Dresden. Aber ich war noch nie dort. Aber viele Flüchtlinge, die dort gewohnt haben, sagen, dass es dort noch schlimmer ist als in Dresden. Weil es sind alles Nazis und so. Die wollen auch keine Ausländer haben. Viele Leute sammeln sich an einem Heim und sagen: „Ausländer raus“ (B2_01:16:52).“

Im Gespräch mit Thomas erzählt er von Orten wo ihm der Zugang verwehrt bleibt. Thomas gibt an, dass Flüchtlinge und Migranten beim Zugang zu Gaststätten und Diskotheken von Diskriminierung betroffen sind. Es gebe Lokale wo Migranten nicht erwünscht seien. Der Einlass für Tunesier und Algerier beispielsweise werde komplett verboten. Bei Syrern gebe es weniger Probleme. Der verbotene Einlass wird damit begründet, dass die benannte Personengruppe wohl vermehrt stehlen und Probleme bereiten würde:

„Wir wollten zur Diskothek gehen und die sagen: „Nein, es tut mir leid. Also, heute ist die Feier privat und so.“ Aber er hat gelogen, weil es war nicht privat. Die wollen keine Ausländer reinlassen (B2_00:56:09).“

„Das Problem ist nicht allgemein für alle Ausländer. Weil, hm, viele Leute aus Tunesien oder Algerien wollen reingehen und klauen. Und deswegen gibt es viele Probleme. [...] Wenn ich meinen Ausweis zeigen, ist es ok: „Du darfst reingehen.“ Ich komme aus Syrien. Der hat keine Probleme mit Menschen aus Syrien. Bei jeden, den sie festhalten, gucken sie nach dem Ausweis: „Oh, aus Tunesien. Oh, Algerien. Du bist aus Algerien.“ Deswegen dürfen sie in die Diskothek nicht reingehen (B2_00:56:09).“

Des Weiteren weigerte sich ein Kellner in einem Lokal die Essensbestellung von Thomas aufzunehmen. Der Kellner warf Thomas vor, dass Flüchtlinge das Sozialsystem in Deutschland ausnutzen würden. Beim Versuch sich mit dem Kellner darüber auseinander zu setzen, vermied er das Gespräch mit Thomas:

„Er war der Kellner und machte eine Geste [Mittelfinder zeigen]. Das ist schlimm. Ich wollte einfach etwas für uns bestellen. Und er hat einfach zu mir gesagt: „Hey Flüchtling, wollen auch noch hier in Deutschland bestellen. Die kriegen auch noch Geld.“ Das bedeutet, dass es keinen Respekt für die Leute gibt (B2_01:04:09).“

Barbara gibt an, keine Diskriminierungserfahrung gemacht zu haben. Allerdings erwartet Barbara, basierend auf Erzählungen von Freunden, dass sie in gewisse Orte aufgrund ihrer Herkunft oder Religion mit Diskriminierung konfrontiert werden würde. In Dresden würden viele Flüchtlinge über Anfeindungen berichten. Um sich im Vorhinein vor diskriminierende Begegnungen zu schützen, vermeidet Barbara bewusst diese Gegenden. Sie habe zwar keine Angst vor diskriminierendem Verhalten, umgeht aber bewusst solche Situationen, da es sich ansonsten negativ auf ihr Selbstwertgefühl auswirken würde. So hält sie sich montags fern von der Altstadt, um nicht Pegida-Demonstranten zu begegnen. Barbara fühlt sich vom Vorgehen von Pegida nicht tangiert und weist darauf hin, dass in einer Demokratie alle das Recht hätten ihre Meinung frei zu äußern:

„Wir gehen Montags nicht in die Stadt [...] Unsere Freundin, die uns geholfen hat, hat uns immer erzählt, dass es am Montag besser ist zu Hause zu bleiben. [...] Ja, ich finde das ist kein Problem. Sie können einfach sagen, was sie wollen. Also, dass heißt demokratisch (B3_00:31:36).“

„Ich habe keine Angst, aber ich möchte nicht etwas schlechtes hören und das hat schlechte Spuren. [...] Wenn jemand mir etwas schlechtes auf der Straße sagt, dann behalte ich es immer im Kopf und ich kann an nichts anderes mehr denken. Das möchte ich nicht hören (B3_00:33:14).“

Wegen Pegida vermeidet es auch Luisa montags in die Altstadt zu gehen. Luisa empfindet - anders als Barbara - die Demonstrationen von Pegida nicht als demokratisch. Vielmehr sei es für sie unangenehm und sie habe kein Verständnis für diese ablehnende Haltung gegenüber Migranten, Flüchtlinge und besonders gegen Muslime:

„Ich würde sagen, dass sie unangenehm sind. Ich kann auch nicht nachvollziehen und nicht verstehen, was es bedeutet, dass sie hier demonstrieren, laut sprechen und aufhetzen. [...] Solche Art von Demonstrieren oder demonstrative Haltung von denen mag ich nicht (B4_01:05:57).“

Der Forscher Kibreab (1999) fand in Studien heraus, dass Flüchtlinge eine Strategie der Unsichtbarkeit verfolgen würden. Demnach würden Flüchtlinge Identitäten aus größeren ethnischen Gruppierungen annehmen, um Schwierigkeiten zu vermeiden, die aufgrund ihres Flüchtlingsstatus und ihrer Herkunft entstehen könnten. Zudem würden sie Ortsteile vermeiden, in denen eine Konfrontation erwartet werde. Alle Interviewpartner verwenden zu einem bestimmten Ausmaß diese Taktik in ihrem Alltag. Die Befragten meiden gewisse Stadtteile und bleiben so unsichtbar für ihre potentiellen Angreifer.

Darüber hinaus gibt Thomas an, dass die Einwohner in Dresden bei Migranten und Flüchtlingen zwischen den Herkunftsländern unterscheiden würden. Menschen aus Syrien oder dem Irak würden schlecht behandelt, während Personen aus Italien akzeptiert würden. Dies bestätigt auch das Untersuchungsergebnis des IKG (2012). Menschen aus arabischen und asiatischen Herkunftsländern würden sich häufiger von Diskriminierungserfahrungen betroffen fühlen, als Menschen aus Europa:

„Der eine hat gefragt, wo ich herkomme. [...] Wenn ich sage, dass ich aus Syrien oder dem Irak komme. Hm, dann gehen die Leute in Abstand oder wollen nicht mit mir sprechen. Aber mein Kumpel, der ist aus Italien und der sagte: „Ok, aus Italien, was ist los mit dir?“ Mann sagt: „Oh, ok, alles gut.“ Das bedeutet, dass die Leute hier aus Dresden europäische Leute mögen. Mit den Leuten, die zum Beispiel aus Asien oder Südamerika kommen, ist es ganz anders. Die mögen das nicht (B2_00:29:44).“

Weiterhin geht aus der Aussage von Thomas hervor, dass in der Sprachschule ebenfalls basierend auf der Herkunft der Schüler anders mit ihnen umgegangen wird. Thomas berichtet über seine Lehrerin, die eine griechische Schülerin besser behandelte als ihre Schüler aus arabischen Ländern:

„Ich war hier in Dresden in der Schule und da war mein Lehrerin ein bisschen komisch. Es gab eine Frau in der Gruppe, die aus Griechenland kommt. Ich habe gemerkt, dass sie diese Frau liebt, weil sie aus Griechenland kommt und europäisch ist. Und wir sind alle Iraker, Syrer, Afghanen, Türken und so. Und mit uns spricht sie immer ganz anders. Also, sie spricht gut mit dir, aber es kommt nicht vom Herzen, nicht viel Liebe (B2_00:32:09).“

Bei Gabriel und Thomas rief der schwarze Vollbart oder die dunkle Hautfarbe ein erhöht feindseliges Verhalten hervor. In Dresden hätten die Menschen ein Problem mit Perso-

nen mit diesen äußerlichen Merkmalen. So wurde Thomas aufgrund seiner schwarzen Haare von Kindern der Nachbarschaft beschimpft. In der Situation fühlte sich Thomas hilflos, da es sich um Kinder handelte. Das Verhalten erklärt sich Thomas über die Einstellung der Eltern zu Flüchtlingen. Dresdner würden die deutsche Mitgliedschaft an phänotypischen Merkmalen, wie blonde Haare und blaue Augen festlegen. Demnach würden Menschen mit schwarzen Haaren nicht zum Mitglieds-konzept passen und würden deshalb ausgeschlossen. Daher wirken äußerliche Merkmale des Fremdseins, wie die Hautfarbe, verstärkend auf die Betroffenheit von Diskriminierung ein. Die Interviews bestätigen, dass phänotypische Merkmale eine bedeutende Rolle bei der Häufigkeit von Diskriminierungserfahrungen spielen:

„Das sind drei Kinder und die sind bestimmt 7 Jahre alt oder so. Und sagen: „Scheiß Ausländer, schwarze Haare und die schwarze Hure.“ Ich hab gedacht: „Was soll ich sagen?“ Weil es kommt bestimmt von den Eltern. Also von denen gehört. Bestimmt reden die Eltern so über die Ausländer, über die Flüchtlinge und sagen scheiße und so (B2_01:01:52).“

„Aber hier im Osten von Deutschland spielen die schwarzen Haare eine große Rolle. Die sagen: „Ah, er ist Ausländer. Denn wir haben alle blaue Augen und blonde Haare“ (B2_01:04:09).“

„Ich finde die Leute aus Dresden haben keine richtige Kultur. Die haben nicht studiert und brauchen mehr Erfahrung. Die müssen mehr Respekt mit den Leuten haben. Es ist egal aus welchem Land sie kommen. Vielleicht gibt es auch viele Leute mit schwarzen oder braunen Haaren, die hier in Deutschland geboren sind. Und sie sind auch Deutsche (B2_01:04:09).“

In einer anderen Situation wurde Gabriel scheinbar nur aufgrund seines muslimischen und arabischen Aussehens von der Polizei kontrolliert. Gabriel bekam das Gefühl ungerechterweise, wegen seines Aussehens, besonders wegen seines schwarzen Vollbarts, als suspekt Person beziehungsweise für einen Terroristen gehalten zu werden. So fand eine religiös und zugleich ethnisch motivierte Diskriminierung statt. Der schwarze Vollbart wird oft als islamische Glaubensäußerung interpretiert. Zusätzlich wird das arabische Aussehen des Befragten als Kriterium für einen potentiellen Terroristen gewertet. Gabriel meint, dass die deutsche Gesellschaft Muslime für Terrorsympathisanten hält. Er hat den Eindruck, dass muslimische Flüchtlinge unter Generalverdacht stünden und in den Augen der Öffentlichkeit kollektiv für Terroranschläge verantwortlich gemacht würden. Zwar habe sich die Polizei für das Missverständnis entschuldigt, jedoch findet Gabriel es unfair, dass er nur aufgrund seines Vollbarts kontrolliert und festgehalten wurde:

„Es war einmal im Hauptbahnhof hier in Dresden. Ich hatte einen schwarzen Vollbart. Aber jetzt habe ich das nicht mehr. Und die Polizei hat mich mit Waffen gerufen: „Stop, stop“. Und ich habe gesagt: „Was?“ Er hat gesagt: „Hände hoch.“ Ich habe gesagt: „Was passiert? Ich habe nichts gemacht“. Polizei: „Stop, stop, gib mir deine Papiere“. Ich habe gesagt: „Ok, ich habe meine Papiere. Hier“. Polizei: „Kommt mit uns“. Ich: „Warum“? Polizei: „Komme mit uns, wir müssen versichern, dass du kein Terrorist bist oder etwas anderes“. Aber ich habe gesagt: „Nur weil ich einen schwarzen Vollbart habe, bin ich Terrorist? Guck mal, es gibt viele Leute hier in Deutschland, die einen langen Bart haben. Warum sind sie nicht Terroristen? Weil ich aus Syrien bin, bin ich Terrorist?“ Nein, das ist unfair. Und er hat später gesagt: „Es tut mir leid, ich habe gedacht, dass du ein Terrorist bist.“ Ich: „Ja, du musst immer das denken. Ja, du hast recht, du musst immer über Terroristen hier in Deutschland denken. Aber nicht alle Leute, wenn die schwarze Haare haben, sind Terroristen“. Die Polizei muss diese schlechte Idee weg machen. Ich finde das komisch (B1_00:37:43).“

Gabriel reagiert mit Frustration darüber, dass Muslime mit Anhängern des Islamischen Staates (IS) gleichgestellt werden. Gabriel tritt dafür ein, dass IS-Anhänger keine Muslime sind. Der IS verbindet den Islam mit Politik, um an Macht zu kommen. Dies empfindet Gabriel als sehr negativ. Gabriel führt aus, dass alle Muslime basierend auf den Gräueltaten des IS bewertet würden. Nach Gabriel sollten Religionen nicht aufgrund des Verhaltens von einer Gruppe definiert werden. So wie das Christentum nicht aufgrund der Kreuzzüge als kriegerische Religion dargestellt werde, sei auch der Islam als friedliche Religion wahrzunehmen. Gabriel kommentiert aufgeregt darüber, dass Muslime weltweit in Verbindung mit dem IS und deren Handeln in Verbindung gebracht werden:

„Zum Beispiel der IS. Sie töten Leute in Syrien. Sie haben eine schwarze Flagge. Sie sagen: „Wir sind Muslime“. Sie sind keine Muslime. Sie töten Leute. Sie sagen Allahu Akbar. [...] Ja, dass bedeutet nicht, dass er muslimisch ist. Die anderen [Muslime] sagen, Allahu Akbar und alle Leute in der Welt denken: „Sie sind beide Muslime und sie machen Krieg“. Aber beide sind keine Muslime. Muslime sind eine friedliche Religion. Nicht zum kämpfen, nicht für den Krieg. Ich finde das ganz schlecht, wenn Leute das über dem Islam oder dem Christentum denken. Zum Beispiel haben Christen früher viele Kriege und Massaker gemacht. Aber jetzt sagen wir: „Das Leben ist ein Rad. Jetzt machen Muslime Krieg“. Ja, aber nicht alle Muslime sind Terroristen. Immer und immer machen sie Religion mit Politik. Das ist ganz schlecht (B1_00:44:58).“

Insgesamt wird aus den Erzählungen sichtbar, dass die Befragten von verschiedenen Ausdrucksformen der individuellen Ausgrenzung im Alltag betroffen sind. Die Befragten nannten zahlreiche Begegnungen in denen sie sowohl mit ethnisch wie religiös motivierter Diskriminierung konfrontiert wurden. Dies zeigte sich in Form von feindlichen Reaktionen der Aufnahmegesellschaft, unfaire Behandlung durch die Polizei und eine verzerrte Darstellung von muslimischen Flüchtlingen in der Öffentlichkeit.

6.3. Auswirkung von Diskriminierung auf die Integration

Der nächste Abschnitt legt dar, wie die Befragten die verschiedenen Manifestationen von ethnischer Diskriminierung wahrnehmen und wie sie darauf reagieren. Hierbei soll der Einfluss der diskriminierenden Handlung auf das Zugehörigkeitsgefühl der Flüchtlinge zur Gesellschaft sowie deren Haltung zu Demokratie erörtert werden.

6.3.1. Zugehörigkeitsgefühl zur Gesellschaft

Das Zugehörigkeitsgefühl der Flüchtlinge zu Deutschland wird davon beeinflusst, wie sie sich von der Mehrheitsgesellschaft behandelt fühlen. Die Gespräche zeigen, dass ethnische Diskriminierung und die damit einhergehende mangelnde Akzeptanz von der ansässigen Gesellschaft muslimischen Flüchtlingen gegenüber einer der Gründe sei, dass sie sich in Deutschland nicht aufgenommen fühlen würden.

Die Befragten fühlen sich von den diskriminierenden Vorkommnissen gestört, versuchen aber bestmöglich damit umzugehen. Gabriel reagiert mit Humor auf den abwertenden Umgang ihm feindlich gesinnter Personen. Um das abfällige Verhalten ihnen gegenüber zu begründen und gleichzeitig ihr Selbstwertgefühl zu wahren, stellen Gabriel und Thomas diese Menschen als problematisch dar:

„Ich lache, ich lache immer. Sie sind verrückt. Sie haben eine Krankheit im Kopf (B1_00:52:58).“

„Er war auch ein bisschen so, nicht Alkoholiker, aber ein komischer Mann. Kein Respekt, keine Erfahrung. Er geht einfach nur seinen Job machen, dann wieder zurück und dann saufen (B2_01:04:09).“

Luisa gibt an, sich nicht von fremdenfeindlichen Beleidigungen tangieren zu lassen. Ihrer Meinung nach seien ihre Angreifer keinerlei Beachtung würdig. Trotz des selbstbewussten Auftretens gesteht Luisa, dass diskriminierende Handlungen und vor allem körperliche Angriffe einen tiefwirkenden Einfluss auf die eigenen Einstellungen haben können:

„Wenn jemand mich beschimpft, dann schimpft er sich selbst. Von mir wird nichts weggenommen. [...] Sich zu wehren oder zu verteidigen, muss nicht unbedingt mit Wörtern oder mit Händen sein. Es ist genauso eine Verteidigung jemand zu ignorieren. Das finde ich genügend. Das Verhalten lohnt sich nicht, verdient es nicht, dass ich reagiere (B4_01:01:45).“

„Na klar, ist es für mich nicht so, dass wenn jemand sich unangenehm verhält, dass das meine Einstellung hier nicht beeinflusst. Um Gottes Willen, wenn etwas gravierender passiert oder bei jemand, der etwas schreckliches hat, weiß ich nicht. Kann ich nicht sagen (B4_01:15:02).“

Bei Gabriel herrscht Unverständnis über den Grund, wieso Menschen sich feindlich in Form von Gesten und Kommentaren ihm gegenüber verhalten. Gabriel fühlt sich hilflos gegenüber den Anfeindungen und denkt sogar, dass er Probleme bei einer Anzeige bekommen würde. Um kein Aufsehen zu erregen oder weitere Schwierigkeiten zu vermeiden, wehren sich die Befragten nicht gegen Diskriminierung. So werden die meisten Fälle von Diskriminierung meist kommentarlos hingenommen. Dies zeigt eine mangelnde Aufklärung von Flüchtlingen über ihre Berechtigung, vor Diskriminierung geschützt zu werden:

„Ich weiß nicht, warum sie das machen. Es gab einmal den Fall, wo die Person im Auto saß, mir den Mittelfinger gezeigt hat und ein schlechtes Wort zu mir, zu meiner Mutter sagte. [...] Ich kann nichts machen. Wenn ich sage etwas gegen Deutsche oder Nazis, vielleicht rufen sie die Polizei an. Vielleicht bekomme ich später viele Probleme (B1_00:48:25).“

Nach Einschätzung der Befragten hängt das Ausmaß und die Wahrscheinlichkeit diskriminiert zu werden damit zusammen, inwiefern sie als Muslime oder als von arabischer Herkunft erkennbar sind. Die Befragten Barbara und Luisa berichten, dass das Tragen des Kopftuches sie sich als verwundbarer fühlen lässt. Denn sie würden durch das Kopftuch in der Öffentlichkeit abwertende Blicke erhalten. Luisa gibt an explizit aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit ungerecht behandelt worden zu sein. Zudem hinterließ der fremdenfeindlich motivierte Mord an Marwa El-Sherbini einen bleibenden Eindruck bei ihr. In der Zeit danach

fühlte sich Luisa unsicher und vermeidet seitdem, mit einer größeren Anzahl von Frauen mit Kopftüchern in der Öffentlichkeit zu sein, um nicht aufzufallen:

„Und Marwa El-Sherbini. Weißt du davon, von die Frau, die getötet wurde? [...] Nach der Tat, da habe ich gewisse Zeit Angst auf der Straße gehabt. Wirklich, das jemand hinter mir her läuft oder so. Könnte sein. Da habe ich gespürt, dass Menschen mehr gucken. Ich passe auf, dass ich nicht mit zwei, drei Frauen mit Kopftüchern unterwegs bin (B4_00:56:35).“

Aufgrund des Kopftuchs fühlt sich Barbara in gewissen Situationen fremd. So empfindet Barbara ihre persönliche Überzeugung ein Kopftuch zu tragen als Gefahr ausgegrenzt zu werden. Um mit der Situation umzugehen, versucht Barbara, ihre eigene Differenz gegenüber anderen zu akzeptieren. Ihrer Meinung nach hätten Frauen große Schwierigkeiten aufgrund ihres Kopftuches. Jedoch habe die steigende Anzahl von Frauen mit Kopftüchern den Zustand in Dresden verbessert. Barbara fordert Akzeptanz der Deutschen gegenüber Frauen mit Kopftuch:

„Manchmal fühle ich mich fremd. Mit Kopftuch und wie ich aussehe. Aber das akzeptiere ich einfach. Ja, also ich muss das akzeptieren (B3_00:08:50).“

„Die Muslime haben hier immer, die Frauen haben immer Probleme mit dem Kopftuch. Aber ich glaube es gibt jetzt viel mehr Frauen mit Kopftuch im Vergleich als wir nach Dresden gekommen sind. Also, weil wir, ich, meine Schwester und meine Mutter fühlten uns als die Einzigen, die einen Kopftuch tragen. Aber jetzt sehen wir viele Frauen, die das tragen. Ja, ich glaube die Leute müssen das einfach akzeptieren (B3_00:30:48).“

Die diskriminierende Behandlung durch die Polizei, bei welcher Gabriel als Terrorist verdächtigt wurde, wirkte sich negativ auf sein Zugehörigkeitsgefühl zur deutschen Gesellschaft aus und belastete ihn sehr. Demnach fühlte sich Gabriel nach dem Erlebnis zurückgewiesen und wollte nach Syrien zurückkehren. Die erlebte Diskriminierung löste ein Gefühl der Unzufriedenheit aus und stellte ihn defensiv und introvertiert dar. Da er in Dresden bereits mit vielen Deutschen vernetzt war, führte die geschilderte Diskriminierungserfahrung nur zu einer kurzweiligen Kontaktvermeidung zu Deutschen und einer Abwertung der Polizei in seinen Augen. So wirkten die Freundschaften mit Deutschen und die Eingliederung im Fußballverein einem Rückzug von Gabriel entgegen. Dies weist auf die Wirkungskraft von Sozialkapital und die hohe Bedeutung einzelner Unterstützer im sozialen Umfeld hin. Da Gabriel bereits soziale Bindungen innerhalb der Aufnahmegesellschaft pflegte, konnte die diskriminierende Handlung verarbeitet werden ohne zu einem längerfristigen emotionalen Ausschluss von Gabriel zu führen:

„Beim ersten Mal habe ich gedacht, dass ich nach Hause gehen muss, zurück in meinem Heimatland. Aber jetzt ist es bei mir egal. Alle Leute sind jetzt gut zu mir. Ich kann ein bisschen Deutsch reden. Ich habe jetzt eine Fußballmannschaft. Sie sind Deutsch. Sie sind sehr nett mit mir und alles läuft gut (B1_00:53:45).“

„Zu erst habe ich gesagt, dass ich nicht mit Deutschen sprechen möchte. Ich kann nicht mit Deutschen reden. Sie sind Nazis. Das habe ich gedacht. Aber jetzt habe ich auch sehr viele nette Deutsche kennen gelernt. Es gibt auch sehr viele schlechte Leute. Sie sind nicht gut. Aber jetzt kann ich mit vielen Leuten reden. Ich habe diese schlechte Idee weg gemacht. Jetzt läuft alles gut (B1_00:54:29).“

Trotz dieser Erfahrungen, sehen die Befragten es als ihre Aufgabe an, stellvertretend für Muslime und Flüchtlingen einen positiven Beitrag zur Gesellschaft zu leisten. Sie grenzen sich vom in der Aufnahmegesellschaft vorherrschenden Image des problembehafteten Flüchtlings ab. So ist Barbara gewillt, als Vertreterin von muslimischen Flüchtlingen ein gutes Bild zu vermitteln. Zwar wurde ein korrektes Verhalten anfänglich als Integrationsdruck empfunden, allerdings habe sich dies im Laufe der Zeit normalisiert. Barbara blickt optimistisch auf die Beziehung zwischen Dresdnern und Flüchtlingen. Da Flüchtlinge keine schlechten Menschen seien, würden die Dresdener eventuell die Flüchtlinge akzeptieren:

„Die Deutschen hier in Dresden werden das akzeptieren. Wir sind eigentlich keine schlechten Leute und das kann man einfach bemerken. Ja, ich glaube, sie werden das akzeptieren (B3_00:34:17).“

„Ich glaube, dass ist jetzt unsere Arbeit hier in Deutschland als Flüchtlinge oder als Muslime, dass wir das gute oder das richtige Bild vermitteln müssen. Also, ich als Muslime, mit einem Kopftuch, muss immer auf der Straße etwas gutes machen. [...] Jetzt ist es normal. Aber am Anfang gab es ein bisschen Druck, als ich noch die Einzige war, die mit Kopftuch auf der Straße unterwegs war. Aber mit der Zeit ist das kein Problem (B3_00:35:53).“

Thomas ist ebenfalls offen für den Dialog mit Deutschen, um Missverständnisse zu klären. Nach Gabriel liegt es an ihnen selbst, die negative Reputation von muslimischen Flüchtlingen zu verbessern, indem der Kontakt und Dialog zu ihnen feindlich gestimmten Personen verstärkt wird. Es soll ein gegenseitiges Kennenlernen stattfinden, um falsche Aussagen zu widerlegen. Gabriel und Barbara erklären, dass sie die pauschalisierend und vorurteilsbehaftete Wahrnehmung der Öffentlichkeit über muslimische Flüchtlinge verändern können, indem sie sich stärker in der Gesellschaft engagieren und sich als Positivbeispiel zeigen. So plädieren die Befragten auf einen verstärkten Dialog mit der Residenzgesellschaft, um ein friedliches Miteinander zu ermöglichen:

„Ja, ich denke alle Deutsche sind gut. Nazis auch, aber sie haben schlechte Ideen über Muslime oder Araber und allen Flüchtlingen. Sie haben schlechte Ideen und wir können das korrigieren - in diesem Jahr oder später. Wir können das korrigieren. Wenn wir sehr nett mit diesen Leute sind und sie lernen, dass wir hier nicht für Geld gekommen und nicht hier nur für die Staatsbürgerschaft sind (B1_00:18:46).“

Die Beteiligung am interreligiösen Dialog ist für Luisa ein wichtiges Mittel, um der Brandmarkung des Islams entgegenzuwirken. Der Austausch zwischen Muslimen und Christen ermögliche es das Verständnis in der Gesellschaft zu verbessern. Luisa geht es darum Vorurteile zu beseitigen und Unwissen über den Islam bei der einheimischen Bevölkerung aufzuklären. Es sollen beide Seiten voneinander lernen und sich gegenseitig verständigen. Weiterhin gibt Luisa an, dass die Flüchtlinge selbst dazu beitragen müssen die Kommunikation und die Interaktion mit der Aufnahmegesellschaft zu verbessern. Die Entscheidung, ob sich der Einzelne in der Gesellschaft eingliedert oder sich zurückzieht, liege an ihm selbst. Dies verdeutlicht, dass die Eingliederung in die Gesellschaft ein zweiseitiger Prozess ist:

„Ich gehe oft in die Gesellschaft, Kirchengemeinden, Klassen und so weiter, die überhaupt nichts mit dem Islam zu tun haben oder andere Erfahrung beinhalten. Ich gehe dort nicht als Missionarin, sondern um denen zu erklären. Ich habe da keine Hemmung, dass mich jemand bekehrt oder ich jemanden bekehre. Nur das wir einander verstehen (B4_01:09:19).“

„Aber der Rest, ob ich mich hier zugehörig fühlen möchte oder als Zurückziehender und mich ausgrenze. Das liegt in meinen Händen (B4_01:12:47).“

Gleichwohl fühlen sich alle Interviewpartner in Deutschland zufrieden. In der Gesamtschau findet eine positive Darstellung Deutschlands statt. Trotz der negativen Begegnungen mit ihnen feindlich gesinnten Personen wird die Mehrheit der Deutschen als freundlich beschrieben. Vor allem Gabriel hebt hervor, dass jeder in Deutschland dazu motiviert wird seine Ziele zu verfolgen und ihm keine Hindernisse dabei in den Weg gelegt würden. Nach Angaben der Befragten überwiegt die Willkommenskultur in Deutschland:

„Die Mehrheit ist freundlich zu den Flüchtlingen. Also nicht alle. Ich kann nicht sagen alle, aber ein paar Leute auch gehen auch klar. Es gibt auch Leute, die mit den Ausländer und Flüchtlinge hier in Deutschland zufrieden sind (B2_01:18:03).“

„Die meisten Leute sind nett zu mir. Aber wie ich gesagt habe. Es gibt viele Leute, die verrückt sind, wie die Nazis. Aber die meisten Leute sind hier in Deutschland nett. Sie sind offen - open minded. Das ist ganz toll, wenn sie alles verstehen. „Was willst du machen? Ok, mach das. Was ist dein Traum?“ Das ist mein Traum. „Ok, du kannst das hier in Deutschland machen.“ Wenn jemand ein Traum in Deutschland hat, kann er es hier machen (B1_01:03:12).“

Weiterhin begründen die Befragten ihre negativen Erfahrungen damit, dass in jedem Land freundliche und unfreundliche Menschen vorzufinden seien und es folglich auch „schlechte Deutsche“ gebe. Nach Barbara würden in jeder Gesellschaft Fremde zunächst schlecht behandelt werden. So seien die Geschehnisse in Dresden nicht unbedingt ortsbedingt zu werten und werden demnach von den Befragten relativiert:

„Die Leute sind, also, ich finde nicht alle Leute sind schlecht. Das ist in jede Gesellschaft. Es gibt gute und schlechte Leute. Also bei uns auch. Wenn jemand Fremdes kommt oder so, wir machen was schlecht vor ihn. Es ist einfach so. Ja, die Leute sind gut (B3_00:13:58).“

Schließlich werden die alten und neuen Bundesländer durch die Befragten vergleichend beschrieben. Die westlichen Bundesländer und speziell Frankfurt werden positiv bewertet. In dieser Region kämen die Menschen nach Angaben von Gabriel und Thomas Flüchtlingen entgegen und zeigten sich ihnen gegenüber hilfsbereit. Stattdessen würden Flüchtlinge in Dresden mit Rassismus konfrontiert. In Ostdeutschland herrsche ein geschlossenes Mitgliedskonzept in denen Flüchtlingen sich nicht einfügen könnten. Die meisten Menschen aus Ostdeutschland würden Flüchtlinge nicht akzeptieren. Jedoch wird das Verhalten der als diskriminierend empfundenen Dresdnern nicht auf ganz Deutschland übertragen. So zeigen sich Gabriel und Thomas, trotz ihrer negativen Beschreibung von Dresden, zufrieden mit ihrem Leben in Deutschland. Dahingehend empfiehlt Gabriel Flüchtlingen, nicht in Dresden, sondern in Westdeutschland zu wohnen:

„Allgemein hier in Ostdeutschland ist es ganz anders. Die haben Probleme mit schwarzen Haaren und braunen Augen. Die wissen sofort, dass er aus dem Ausland ist, dass er kein Deutscher ist. [...] Nur in Ostdeutschland haben die Probleme mit den Flüchtlingen, mit den schwarzen Haaren (B2_01:04:55).“

„In Dresden gibt es ein bisschen Rassismus. Aber in den anderen Bundesländern, wie Baden-Württemberg, Bayern und Frankfurt nicht. [...] In Frankfurt helfen sie die Menschen, die schwarze Farbe oder weiße Farbe haben. Das ist kein Problem (B1_00:23:45).“

„Ich wünsche alles gute für Deutschland. [...] Wenn jemand zufrieden sein möchte, kann er einfach nach Deutschland kommen. Alle Leute können ihn hier helfen. Aber nicht Dresden, besonders nicht Dresden. Er kann in andere Bundesländer oder Städte gehen (B1_01:07:38).“

Barbara weist keine eigene Diskriminierungserfahrung vor und beschreibt die Menschen in Dresden größtenteils als freundlich. Trotzdem wurde ihr von Bekannten empfohlen, nach Westdeutschland zu ziehen, um Begegnungen mit „Nazis“ in Dresden zu vermeiden. Nach den Gesprächen mit allen Befragten, bestätigt sich die Annahme, dass Flüchtlinge in Ostdeutschland mit einer erhöht ablehnenden Haltung basierend auf ihrer Herkunft und ihrer Religionszugehörigkeit konfrontiert werden:

„Als wir nach hier Dresden gekommen sind, haben uns viele Leute gesagt, dass wir nach Westdeutschland umziehen müssen. Das es hier immer viele Probleme mit Nazis gibt. Aber wir sind jetzt fast ein und halb Jahren hier in Dresden und wir haben Gott sei Dank keine schlechte Erfahrung gemacht. Also, bei uns ist alles ok. Wir haben echt keine schlechte Erfahrung oder keine schlechte Situation erlebt. Wir finden alles super. Die Leute, die wir sehen, sind sehr nett (B3_00:28:58).“

6.3.2. Haltung zu demokratischen Normen und Werten

Die Befragten bewerten die Demokratie in Deutschland trotz ihrer diskriminierenden Erfahrungen weiterhin überwiegend positiv. Jedoch weisen die Gespräche mit den Interviewpartnern daraufhin, dass ungerechtfertigte Ungleichbehandlung Skepsis bei den Flüchtlingen gegenüber der Umsetzung von demokratischen Normen und Werten hervorruft.

Gabriel weist daraufhin, dass es in Syrien viele Ausländer - unter ihnen Deutsche - gibt, die im Bürgerkrieg mitkämpfen und Menschen umbringen. Die beim IS kämpfenden Deutschen würden nach Deutschland zurückkehren und müssten keine Konsequenzen befürchten. Hingegen würden Flüchtlinge mit schwarzem Bart als Terroristen identifiziert, obgleich sie unschuldig seien. Dies werfe ein schlechtes Licht auf die Demokratie und weise auf eine fehlende Freiheit und Gleichberechtigung hin. Es gebe eine Abstufung zwischen Deutschen und muslimischen Flüchtlingen, da beide nicht gleichberechtigt behandelt würden:

„Es gibt auch Deutsche im IS. Sie sind wieder zurück in Deutschland. Und der Staat hat nichts gegen diese Menschen unternommen, die in Syrien beim IS waren. Wenn jemand hier einen schwarzen Bart oder schwarze Haare hat, ist er Terrorist. Aber diese Deutsche waren im IS und sie sind nicht Terroristen?! Was ist das denn für eine Demokratie? Was ist das für eine Freiheit für mich? Ok, ich bin hier Flüchtlinge. Aber er ist Deutsch und war beim IS. Ich war nicht beim IS. Ich bin hier, weil ich jetzt Krieg in Syrien ist. Diese Leute, Deutsche, Russen oder Chicane sind in meine Heimat, machen Krieg und töten Leute. Was passiert? Was ist das für eine Demokratie? Ich finde das schlecht. Das ist sehr komisch und gefährlich für mich (B1_00:35:33).“

Weiterhin schildert Gabriel, dass seine Begegnung mit den Polizeibeamten besonders negativ gewesen sei. Verstörend empfand Gabriel, dass neben „Nazis“ und Pegida-

Demonstranten selbst die Polizei ihn als Terroristen verdächtigt. Gabriel führt aus, dass Flüchtlinge aufgrund ihres Aussehens von der Polizei konfrontiert werden würde. Die unbegründete Verdachtsschöpfung der Polizei sät Misstrauen zwischen der Aufnahmegesellschaft und den Flüchtlingen. Solches Vorgehen sei kontraproduktiv und verhindere den Aufbau vom gegenseitigen Vertrauen. Die ungerechtfertigte Ungleichbehandlung durch die Polizei löst Unverständnis bei Gabriel aus, da er von einer Demokratie Freiheit und Gleichbehandlung für alle Menschen erwartet:

„Ich habe an diesem Tag nicht geschlafen. Ich bin in Deutschland und die Polizei denkt auch, dass ich ein Terrorist bin. Nicht nur Nazis oder Pegida denken, dass ich ein Terrorist bin. Ich habe meiner Freundin gesagt: „Ich will zurück in meine Heimat.“ Sie hat gesagt: „Du kannst das nicht machen. Du bist in Deutschland. Du hast Freiheit“. Ich habe gesagt: „Ja, Freiheit. Aber wo? Das was mit der Polizei passiert ist. Was mache ich mit Menschen hier? Sie denken ich bin ein Terrorist nur, weil ich einen langen Vollbart habe?! Was ist das? Das geht nicht. Das ist unfair für Leute, die schwarze Haare haben“. Ja, ich habe schwarze Haare, aber ich bin kein Terrorist (B1_00:51:22).“

Die Diskriminierungserfahrung mit der Polizei beeinflusste das Wohlbefinden von Gabriel. Dabei hinterfragt Gabriel, inwieweit das Freiheitsrecht in Deutschland auch für ihn gelte, wenn er aufgrund phänotypischer Merkmale und seines Flüchtlingsstatus diskriminiert wird. Denn seine deutschen Freunde könnten einen schwarzen Vollbart tragen ohne dafür als Terroristen gehalten zu werden. Die ungerechtfertigte Ungleichbehandlung empfindet Gabriel als zutiefst unfair:

„Ich war sehr nervös, dass die Polizei das mit mir gemacht hat. Ich weiß, dass er hier in Deutschland Freiheit gibt. Aber warum hat die Polizei das mit mir gemacht? Meine Freunde haben mir gesagt: „Du bist hier in Deutschland. Hier du kannst alles machen“. Aber warum denken sie, dass ich ein Terrorist bin? Ich weiß nicht. Aber die Polizei hat recht, was hier in Deutschland seit zwei Monaten passiert. Sie haben recht, aber nicht mit allen Leuten. Zum Beispiel habe ich einen deutschen Freund. Er hat schwarze Haare und einen Vollbart. Aber sie denken nicht, dass er ein Terrorist ist. Ja, er ist nicht Terrorist. Aber ich bin Terrorist, weil ich schwarze Haare habe? Oder weil ich ein Flüchtling bin? Das ist unfair (B1_00:52:42).“

Allerdings herrscht ein bestimmtes Verständnis seitens Gabriel aufgrund der erhöhten Sicherheitsgefahr in Deutschland und er vertraut weiterhin der Polizei, was jedoch ihr Verhalten an sich nicht legitimiere. Gabriel weist auf die geographischen Unterschiede innerhalb Dresdens hin. Während Gabriel die Altstadt vermeidet und die dortige Polizei schlecht bewertet, besteht ein gutes Verhältnis mit der Polizei aus der Neustadt:

„Nein, ich vertraue der Polizei. Sie machen ihre Arbeit. Ich habe gesagt, dass sie manchmal recht haben. Aber nicht immer. Es gibt viele schlechte Polizisten hier in Dresden. Aber in der Neustadt läuft es gut. In der Neustadt ist die Polizei sehr nett mit Leuten. In die Altstadt, ich will nicht in die Altstadt wohnen (B1_00:56:27).“

Trotz der negativen Erfahrung von Gabriel mit der Polizei als staatliche Vertreter, betrachtet er die Demokratie in Deutschland als eine der besten Demokratie weltweit. Gabriel betont, dass es in einer Demokratie Ordnung gebe und alle Menschen ihre Freiheit uneingeschränkt genießen könnten. Vor allem das soziale Netzwerk in Deutschland sowie die Vorzüge einer Demokratie werden von Gabriel geschätzt. Zwar zeigt sich Gabriel im Allgemeinen

zufrieden, jedoch wünscht sich Gabriel, nicht als Terrorist von seinen Mitmenschen stigmatisiert zu werden:

„Bei mir ist es die beste Demokratie der Welt. Sie sind organisiert. Sie können alles machen, was sie wollen. Alle sind frei. [...] Ich bin jetzt zufrieden. Aber ich brauch mehr zufrieden. [...] Um ganz zufrieden zu sein, würde ich gerne [...] das alle Leute über mich denken, dass ich kein Terrorist bin (B1_01:01:51).“

„Wenn, der Krieg zu Ende ist und ich dort in Syrien bin. Dann werde ich diese Leute hier in Deutschland vermissen. Ich kenne viele gute Deutsche. Sie waren sehr nett zu mir. [...] Und ich werde die Demokratie vermissen (B1_01:06:05).“

Die Frage des Kopftuchs wird von Barbara im Zusammenhang damit vorgebracht, dass der Einzelne in einer Demokratie das Recht habe, nach seiner eigenen Vorstellung zu handeln. Die Befragte empfindet das Verbot religiöser Symbole in der Öffentlichkeit, wie in Frankreich, als undemokratisch. Dadurch werde ihr signalisiert, dass sie wegen ihrer Religion nicht der Gesellschaft zugehöre. Barbara fühlt sich in Dresden aufgrund ihres Kopftuchs als Fremde, pocht aber darauf, dass die Dresdner sie akzeptieren müssten. Trotz des entstandenen Gefühls der Entfremdung äußert Barbara ihr Anrecht ein Kopftuch zu tragen. Menschen verschiedenen Glaubens müssten die jeweiligen Regeln und Traditionen des anderen respektieren. In Europa herrsche ihrer Meinung nach ein großes Problem mit der Akzeptanz von Muslimen. Dabei zeigt Barbara ihre Skepsis gegenüber der Behauptung europäischer Länder demokratisch zu sein und zugleich Muslime daran zu hindern ihren Glauben auszuüben:

„Das finde ich nicht demokratisch, was in Frankreich passiert. Also, demokratisch bedeutet, dass alle machen, was sie wollen. Ich trage mein Kopftuch, das ist meine Meinung. Also, zum Beispiel, muss mich jemand respektieren und ich muss die Christen respektieren. Das hatten wir damals in unserem Heimatland. Wir mussten alle einander respektieren. Also es gibt viele verschiedene Religionen in Syrien und wir haben das einfach hingenommen. Es gab gar keine Probleme. Jetzt in Europa heißt demokratische Länder, aber es gibt zu viele Probleme mit der Religion. Also, das finde ich ein sehr großes Problem (B3_00:23:57).“

Das ablehnende Verhaltensmuster gegen Muslime findet sich beim Gespräch mit Thomas wieder. Muslime seien von Deutschen ungewollt. Zwar erkenne Deutschland - mit dem Verweis auf die Einhaltung von Freiheit - formal Muslime an. Allerdings sei es nach dem Empfinden von Thomas ein Scheinverhalten. Die zweideutige Signalisierung der deutschen Bevölkerung bewirkt eine Einbuße der Glaubwürdigkeit der Demokratie bei Thomas. Hinzukommend sei die Pegida-Bewegung ein Zeichen dafür, dass die gleichwertige Anerkennung von Flüchtlingen und die Etablierung einer konsolidierten Demokratie in Dresden noch dauern werde. Trotz dieser Bewertung blickt Thomas positiv auf die Zukunft von Flüchtlingen in Deutschland. Thomas betont, dass alle Menschen - unabhängig von ihrer Religion - gleich seien und deshalb alle freundlich miteinander umgehen sollten:

„Von drinnen wollen sie [Dresdner] nicht Muslime haben - allgemein in Deutschland. Die wollen keine Muslime haben. Aber wenn die sagen: „Ok, Deutschland, das ist Freiheit, das ist, das ist Demokratie.“ Aber vom Herz wollen sie das nicht (B2_00:51:32).“

„Aber ich finde, dass die Demokratie hier in Dresden noch 10 Jahre braucht. Denn bis jetzt gibt es Pegida. Bis Pegida fertig ist, dauert es noch 10 Jahre, bis es mit den Ausländern geht (B2_01:14:57).“

„Aber am Ende wollte ich etwas sagen. Wir sind alle gleich. Alle sind freundlich. Muss freundlich sein. Wir alle müssen trotz Religion zusammen sein. Es gibt kein Problem mit der Religion, mit der Kultur. Es muss auch noch besser gehen (B2_01:22:11).“

Luisa plädiert für eine verstärkte gegenseitige Verständigung zwischen der Aufnahmegesellschaft und den Flüchtlingen. Denn Demokratie beinhaltet nicht nur die Meinungsfreiheit, sondern auch die Akzeptanz von verschiedenen Meinungen. Die ganze Gesellschaft müsse sich bereit erklären, den Einzelnen in seiner Individualität und Anderssein zu respektieren. Luisa vertritt die Auffassung, dass die Einhaltung von Gleichbehandlung grundlegend für eine Demokratie sei. In einer Demokratie dürfe die Benachteiligung einer Gruppe nicht geduldet werden. Nach diesem Verständnis schädigt ethnische Diskriminierung und die daraus entstandene soziale Ausgrenzung nachhaltig ein demokratisches System:

„In einem Land, wo alle gleich behandelt werden und niemand, keine Gruppe benachteiligt wird, ist das System demokratisch (B4_00:46:43).“

„Indem was ich meine, das Demokratie nicht nur bedeutet, dass wir die unsere Meinung äußern, sondern andere Meinung akzeptieren. Die Bereitschaft andere zu hören, die mir identisch nicht sind und mit mir nicht einstimmen. [...] Verständigen kann nur passiert, wenn wir die Bereitschaft diese Unterschiedlichkeit respektieren (B4_01:17:02).“

6.4. Auswertung der Erfahrungsberichte

An dieser Stelle erfolgt eine Auswertung der Erfahrungsberichte, in dem die Aussagen der Interviewten zusammenfassend betrachtet und hinsichtlich des Einflusses von wahrgenommen ethnische Diskriminierungserfahrungen auf die politische Integration von Flüchtlingen erfasst werden. Schließlich wird die Hypothese getestet, ob Diskriminierung das Zugehörigkeitsgefühl der Befragten und ihre Haltung zur Demokratie beeinträchtigt.

Wie zuvor vermutet basierten die Diskriminierungserfahrungen der Befragten auf deren Herkunft, ihrer Religionszugehörigkeit sowie auf ihrem Flüchtlingsstatus. Die Wahrnehmung diskriminiert zu werden, geschah nicht nur durch direkte Diskriminierung. Das Gefühl ausgeschlossen zu werden, zeigte sich auch über die öffentliche Darstellung von Flüchtlingen als Bedrohung. Insbesondere die Generalisierung von muslimischen Flüchtlingen als islamische Terroristen erweckte Misstrauen und beeinflusste negativ die Einstellung der Befragten. Das Ressentiment im öffentlichen Diskurs signalisierte den Befragten, dass sie unvereinbar mit der deutschen Lebensweise seien und kein anerkanntes Mitglied werden könnten.

Obwohl es sich bei den Interviews um persönlich empfundene Diskriminierungserlebnisse handeln, beinhalten ihre Erzählungen eine Aussagekraft über die Wirklichkeit. Um einen Bezug von ihren Aussagen zur Realität herzustellen und somit den Inhalt zu stärken, wurde in Kapitel zwei bis vier Studien vorgestellt, die aufzeigen, dass die untersuchte Bevölkerungsgruppe mit erhöhter Wahrscheinlichkeit tatsächlich mit ethnische Diskriminierung kon-

frontiert wird. Zwar können vor allem Erfahrungen im Rahmen einer interpersonellen Ungleichbehandlung schwer nachgewiesen werden. Allerdings können die Aussagen der Interviewpartner über die Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte, die Pegida-Demonstrationen und die öffentliche Darstellung von Flüchtlingen durchaus konstatiert werden. So werden in der Arbeit zugleich Fakten, fachliche Argumente und subjektive Bedeutungen berücksichtigt. Dies wiederum zeigt, dass Diskriminierung von Flüchtlingen faktisch stattfindet und entsprechend demokratische Grundsätze nachweisbar nicht eingehalten werden. Hierbei wird kenntlich, wie unabdingbar die Veränderung von Narrativen ist, um Flüchtlingen eine Chance auf Teilhabe zu ermöglichen.

Die Entstehung des Zugehörigkeitsgefühls ist ein dynamischer Prozess bei dem die Identifikation des Einzelnen mit seiner Umgebung basierend auf seinen erlebten Erfahrungen ständig im Wandel ist. Aus den Interviews wird ersichtlich, dass vor allem der Zeitfaktor eine bedeutende Rolle bei der Identifikation mit der Aufnahmegesellschaft spielt. Die Befragten, die bereits länger in Deutschland leben, fühlen sich der Mehrheitsbevölkerung stärker zugehörig. Des Weiteren wurde bei den Befragten erkennbar, dass ihr Zugehörigkeitsgefühl von dem Verbleib ihrer Familien im Herkunftsland abhängt. So erschwert die Entfernung zur Familie den Identifikationsprozess zur deutschen Gesellschaft.

Als besonders ausschlaggebend bewertet die vorliegende Arbeit die Beeinflussung des Zugehörigkeitsgefühls durch Diskriminierungserfahrungen. Die Gespräche ergaben, dass ethnische Diskriminierung den Eindruck bei den Flüchtlingen erweckt aufgrund ihres Aussehens und ihrer Religionszugehörigkeit nicht vollständiges Mitglied in der Aufnahmegesellschaft werden zu können. Vor allem in Dresden herrsche, nach der Wahrnehmung von einigen Befragten, ein Mitgliedskonzept, das auf phänotypische Merkmale aufbaut. Entsprechend werden muslimischen Flüchtlingen aus arabischen Herkunftsländern von vornherein wegen ihrer äußerlichen Merkmale an der politischen Integration gehindert.

Trotz dieser Wahrnehmung und dem Erfahrungswert mit Diskriminierung wurde die Forschungshypothese nur zu einem gewissen Maße bestätigt. Denn anstatt sich zurückzuziehen und sich von der Aufnahmegesellschaft abzuwenden, waren sich die Befragten darüber einig und entschlossen, dass eine verstärkte Kommunikation nötig sei, um eben eine Annäherung von Deutschen und Flüchtlingen zu bewirken. Alle Interviewpartner traten für eine erhöhte Akzeptanz von Flüchtlingen ein und äußerten sich weitgehend zufrieden hinsichtlich ihrer Lebenslage in Deutschland. Bei den Befragten, die sich nicht zur deutschen Gesellschaft zugehörig fühlen, kristallisieren sich andere Faktoren stärker bei der Begründung heraus, wie die Distanz zur Familie, die kulturellen Unterschiede oder die noch sehr kurze Aufenthaltsdauer in Deutschland.

Die ethnischen Diskriminierungserfahrungen erweckten bei den Befragten das Gefühl, nicht vollständig vom demokratischen System profitieren zu können. Die hochgehaltenen demokratischen Werte wie Freiheit und Gleichberechtigung würden für sie nicht gleichermaßen gelten, wie für deutsche Staatsbürger. Dahingehend hinterfragten die Interviewten die Ernsthaftigkeit der deutschen Gesellschaft gegenüber der Einhaltung der eigenen demokratischen Normen und Werten in Anbetracht ihrer ungleichberechtigten Ungleichbehandlung. Allerdings führte auch hier die Diskriminierungserfahrung nicht zu einer tiefgreifenden Veränderung bei der Haltung der Flüchtlinge zur Demokratie. Die Einhaltung von Freiheitsrechten in Deutschland wurde von allen Befragten wertgeschätzt und die deutsche Demokratie weiterhin als vorbildliches politisches System bewertet.

Die positive Einstellung der Befragten gegenüber Deutschland ist darauf zurückzuführen, dass ihre positiven Erfahrungen mit Deutschen und der Demokratie bei ihrer emotionalen Bindung zu Deutschland überwiegt. Jedoch ist darauf hinzuweisen, dass ethnische Diskriminierung bei Flüchtlingen, die noch über kein ausgebautes soziales Netzwerk verfügen durchaus Auswirkungen, wie Reethnisierung und Kontaktvermeidung zu Deutschen hervorrufen kann. Zudem können langfristig wiederholende Diskriminierungserfahrungen mit Vertretern vom Staat - sei es in Form von Polizei, Verwaltung oder Lehrern - zu einer Abneigung gegenüber dem demokratischen System führen.

Die politische Integration beginnt beim ersten Kontakt zwischen den Ankommenden und der Aufnahmegesellschaft. Deshalb ist es essentiell von Beginn an Flüchtlingen die Möglichkeit zu geben sich in die Gesellschaft einzugliedern. Ein Zugehörigkeitsgefühl und die Annahme der in der Residenzgesellschaft vertretenen demokratischen Normen und Werten kann erst im Laufe der Zeit entstehen. Wenn Flüchtlinge von Anfang an mit Diskriminierung und sozialer Ausgrenzung konfrontiert werden, kann dies jegliche Bemühung zur Mehrheitsgesellschaft dazuzugehören und deren Werte und Normen zu respektieren von Grund auf gefährden. Damit der soziale Zusammenhalt innerhalb Deutschlands erhalten bleibt, müssen Flüchtlinge die Chance bekommen, anerkannte Mitbürger zu werden. Ansonsten ist die Legitimation einer pluralen Demokratie langfristig zum Scheitern verurteilt.

7. Fazit

Im Folgenden findet ein abschließendes Resümee der Arbeit statt, in der die empirischen Ergebnisse zusammengefasst und mit den theoretischen Ausführungen von Kapitel vier verknüpft werden. Anschließend erfolgt die Beantwortung der Forschungsfrage.

Über die Erklärungskraft diskriminierungstheoretischer Ansätze für das Verständnis des Zugehörigkeitsgefühls von Flüchtlingen und ihre Haltung zur Demokratie lässt sich sa-

gen, dass die ethnische Diskriminierung als Barriere für politische Integration fungieren kann. Die ethnisch begründete Ungleichbehandlung verhindert langfristig eine emotionale Einbindung zur Mehrheitsgesellschaft, da Flüchtlingen wenig gefühlte Akzeptanz und Anerkennung entgegengebracht wird. Bei anhaltender Diskriminierung verliert die Demokratie - die ein gleichberechtigtes Leben propagiert - in Hinblick auf die Flüchtlingsthematik ihre Glaubwürdigkeit. Kommt es zu wiederkehrender ungerechtfertigter Ungleichbehandlung von Flüchtlingen kann sich ethnische Diskriminierung zu einem Störfaktor in den zwei untersuchten Dimensionen der politischen Integration entwickeln.

Die Hypothese, dass ethnische Diskriminierung das Zugehörigkeitsgefühl von Flüchtlingen und ihre Haltung zur Demokratie beeinträchtigt, wird nur teilweise bestätigt. Für das fehlende Zugehörigkeitsgefühl sind eher sekundäre Phänomene entscheidender, wie die Familienzusammenführung und kulturelle Unterschiede. Bezüglich der Haltung zur Demokratie ist festzuhalten, dass die Befragten dem politischen System in Deutschland weiterhin positiv gegenüberstehen. Somit wirken sich die individuellen Diskriminierungserlebnisse nicht bedeutsam auf ihre Einstellung zur Mehrheitsbevölkerung und zur deutschen Demokratie aus.

Gleichwohl sollen die Wirkung von Diskriminierungserfahrungen und der soziale Ausschluss von Flüchtlingen nicht relativiert werden. Denn Diskriminierungserlebnisse wirken sich negativ auf das Selbstwertgefühl von Flüchtlingen aus und können auf Dauer ihr Zugehörigkeitsgefühl zur Residenzgesellschaft stören sowie ihr Bild über die deutsche Demokratie negativ prägen. Falls eine Akzeptanz der demokratischen Normen und Werte stattfinden soll, ist Deutschland selbst aufgefordert diese umzusetzen. Es obliegt auch der Aufnahmegesellschaft auf Flüchtlinge zuzugehen, um ein gelungenes Zusammenleben innerhalb einer Demokratie zu gewährleisten. Erst wenn Deutsche sowie Flüchtlinge miteinander interagieren und sich eine gegenseitige Anerkennung entwickelt, entsteht sozialer Zusammenhalt in einer pluralistischen Gesellschaft. Darum sollte die Bekämpfung ethnischer Diskriminierung von der Integrationspolitik berücksichtigt werden. Dazu bietet sich an, verstärkt Maßnahmen gegen Diskriminierung umzusetzen. Flüchtlinge können erst zu vollständig akzeptierten Mitgliedern in der deutschen Demokratie werden, wenn ein Identifizierungsangebot seitens der Aufnahmegesellschaft ermöglicht wird.

Ausgehend davon, dass sich Diskriminierung negativ auf die politische Integration von Flüchtlingen auswirken kann, wird für eine wirksame Antidiskriminierungspolitik und eine Bekämpfung von exkludierenden Haltungen in Deutschland plädiert. Flüchtlinge sollen besser darüber aufgeklärt werden, welche Rechte sie im Falle von Diskriminierung in Anspruch nehmen können. Wenn Deutschland effektiv Gleichheits- und Gerechtigkeitsnormen durchsetzt sowie sein ethnisch begründetes Mitgliedskonzept öffnet, wird der politische Integ-

rationsprozess, also auch das Gefühl von Flüchtlingen dazuzugehören und deren Beachtung der Demokratie, unterstützt.

Die Befragung der Flüchtlinge zielt daraufhin, die Unvereinbarkeit illegitimer Ungleichbehandlung und demokratischer Grundwerte aufzuzeigen. Beim Lösungsansatz ist es wichtig diese Wirklichkeit der Flüchtlinge anzuerkennen und darauf basierend den Benachteiligungen entgegen zu wirken. So dienen die gewonnenen Erkenntnisse als Appel für eine politische Integrationskonzeption, die den wirksamen Schutz von Flüchtlingen vor ethnische Diskriminierung berücksichtigt und mehr Akzeptanz und Teilhabe von Ankommenden in der Gesellschaft fördert.

8. Literaturverzeichnis

Adam, Heribert, 2015: Xenophobia, Asylum Seekers, and Immigration Policies in Germany, in: *Nationalism and Ethnic Politics* 21, 4, S. 446-464.

Aumüller, Jutta/Bretl, Carolin, 2008: Lokale Gesellschaften und Flüchtlinge: Förderung von sozialer Integration. Die kommunale Integration von Flüchtlingen in Deutschland. Berlin.

Awada, Suzanne/Richter, Rowena/Werhahn, Helena, 2016: Erfahrungen der Alltagsdiskriminierung, in: *Hakenberg, Marie/Klemm, Verena* (Hrsg.), *Muslime in Sachsen. Geschichte, Fakten, Lebenswelten*. Leipzig, S. 104-120.

BAMF, 2014: Das deutsche Asylverfahren - ausführlich erklärt. Zuständigkeiten, Verfahren, Statistiken, Rechtsfolgen. Nürnberg.

BAMF, 2016: Aktuelle Zahlen zu Asyl. Tabellen, Diagramme, Erläuterungen, in: http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/aktuelle-zahlen-zu-asyl-august-2016.pdf?__blob=publicationFile; 22.09.2016.

Bauböck, Rainer: 2003, Wessen Stimme Zählt? Thesen über Demokratische Beteiligung in der Einwanderungsgesellschaft, in: *Wiener Hefte - Migration und Integration in Theorie und Praxis* 1, 1, S. 1-20.

Behnke, Joachim/Baur, Nina/Behnke, Nathalie, 2010: Empirische Methoden der Politikwissenschaft. Paderborn.

Berger, Maria/Galonska, Christian/Koopmans, Ruud, 2004: Political integration by a detour? Ethnic communities and social capital of migrants in Berlin, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 30, 3, S.491-507.

BMI, 2016: 890.000 Asylsuchende im Jahr 2015, in: <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2016/09/asylsuchende-2015.html?nn=3314802>; 30.09.2016.

Brettfeld, Katrin/Wetzels, Peter, 2007: *Muslime in Deutschland. Integration, Integrationsbarrieren, Religion sowie Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierter Gewalt. Ergebnisse von Befragungen im Rahmen einer multizentrischen Studie in städtischen Lebensräumen*. Hamburg.

Caballero, Claudio, 2009: *Integration und politische Unterstützung. Eine empirische Untersuchung unter Ausländern*. Wiesbaden.

Caspari, Lisa, 2016: Besser arbeiten, schneller scheitern, in: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-05/integrationsgesetz-fluechtlinge-wohnsitz-parlament-meseberg>; 25.05.2016.

Castles, Stephen/Korac, Maja/Vasta, Ellie/Vertovec, Steven, 2002, *Integration. Mapping the field*. London.

- Çetin, Zülfükar*, 2015: Gespräche über Rassismus. Perspektiven & Widerstände. Berlin.
- Choudhury, Tufyal/Aziz, Mohammed/Izzidien, Duaa/Khreeji, Intissar/Hussain, Dilwar*, 2006: Wahrnehmung von Diskriminierung und Islamfeindlichkeit. Stimmen von Mitgliedern muslimischer Gemeinschaften in der Europäischen Union. Wien.
- Cyrus, Norbert*, 2007: Politische Integration von Einwanderinnen und Einwanderern, in: http://www.migration-boell.de/web/integration/47_1778.asp; 20.06.2016.
- Esser, Hartmut*, 2001: Integration und ethnische Schichtung. Mannheim.
- Foroutan, Naika*, 2015: Die Einheit der Verschiedenen. Integration in der postmigrantischen Gesellschaft. Bonn.
- Gemende, Marion*, 2002: Interkulturelle Zwischenwelten. Bewältigungsmuster des Migrationsprozesses bei MigrantInnen in den neuen Bundesländern. München.
- Hakenberg, Marie/Klemm, Verena* (Hrsg.), 2016: Muslime in Sachsen. Geschichte, Fakten, Lebenswelten. Leipzig.
- Heckmann, Friedrich*, 2015: Integration von Migranten. Einwanderung und neue Nationenbildung. Wiesbaden.
- Helferich, Cornelia*, 2011: Die Qualität qualitativer Daten. Manual für die Durchführung qualitativer Interviews. Wiesbaden.
- Johansson, Susanne*, 2016: Was wir über Flüchtlinge (nicht) wissen. Der wissenschaftliche Erkenntnisstand zur Lebenssituation von Flüchtlingen in Deutschland. Berlin.
- Kibreab, Gaim*, 1999: Revisiting the Debate on People, Place, Identity and Displacement, in: *Journal of Refugee Studies* 12, 4, S. 384-410.
- Koopmans, Ruud*, 2016: Does assimilation work? Sociocultural determinants of labour market participation of European Muslims, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 42, 2, S. 197-216.
- Krause, Ulrike*, 2016: Entwicklungsorientierte Flüchtlingsarbeit. Aus der Vergangenheit lernen und für die Zukunft planen. Berlin.
- Kruse, Jan*, 2015: Qualitative Interviewforschung. Ein integrativer Ansatz. Weinheim/Basel.
- Kuhlman, Tom*, 1991: The Economic Integration of Refugees in Developing Countries. A Research Model, in: *Journal of Refugee Studies* 4, 1, S. 1-20.
- Landeshauptstadt Dresden*, 2016: Zahlen, Fragen & Antworten, in: <http://www.dresden.de/de/leben/gesellschaft/migration/asyl/fragen-und-antworten.php>; 11.06.2016.
- Luft, Stefan*, 2015: Eine Generationenaufgabe. Über die Integration von Flüchtlingen, in: *Weiser Kurier*, 01.07.2015, S.2.

Martiniello, Marco, 2006: Political Participation, Mobilisation and Representation of Immigrants and their Offsprings in Europe, in: Bauböck, Rainer (Hrsg.), Migration and Citizenship. Legal Status, Rights and Political Participation. Amsterdam, S. 83-105.

Mayer, Horst O., 2009: Interview und schriftliche Befragung. Entwicklung, Durchführung und Auswertung. München.

Mayring, Philipp, 2002: Einführung in die qualitative Sozialforschung. Eine Anleitung zu qualitativem Denken. Weinheim/Basel.

Mayring, Philipp, 2015: Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Weinheim/Basel.

Mencke, Rebecca N., 2016: Erfahrungen der Alltagsdiskriminierung, in: *Hakenberg, Marie/Klemm, Verena* (Hrsg.), Muslime in Sachsen. Geschichte, Fakten, Lebenswelten. Leipzig, S. 104-120.

Nieswand, Boris, 2016: Über Teile und ihre Ganzheiten. Migrationsforschung zwischen Nationalstaat und Weltgesellschaft, in: *Kostner, Sandra* (Hrsg.), Migration und Integration. Akzeptanz und Widerstand im transnationalen Nationalstaat. Berlin, S. 1-17.

Nieswand, Boris/Vogel, Ulrich, 2000: Dimensionen der Fremdheit. Eine empirische Analyse anhand qualitativer Interviews mit Angehörigen einer Migrantengruppen, in: Soziale Probleme. Zeitschrift für soziale Probleme und soziale Kontrolle 11, 1/2, S. 140-176.

Ottersbach, Markus/Prölß, Claus-Ulrich (Hrsg.), 2011: Flüchtlingsschutz als globale und lokale Herausforderung. Wiesbaden.

Peucker, Mario, 2010: Diskriminierung aufgrund der islamischen Religionszugehörigkeit im Kontext Arbeitsleben. Erkenntnisse, Fragen und Handlungsempfehlungen. Bamberg.

Robert Bosch Stiftung, 2014: Asyl und Asylbewerber. Wahrnehmungen und Haltungen der Bevölkerung 2014. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage. Stuttgart.

Rothermund, Klaus/Mayer, Anne-Kathrin, 2009: Altersdiskriminierung. Erscheinungsformen, Erklärungen und Interventionsansätze. Stuttgart.

Sächsische Staatskanzlei, 2016: Asylbewerber und Flüchtlinge im Freistaat Sachsen. Fakten und Hintergrundinformationen. Dresden.

Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration, 2004: Migration und Integration. Erfahrungen nutzen, Neues wagen. Jahresgutachten. Nürnberg.

Salentin, Kurt, 2008: Diskriminierungserfahrungen ethnischer Minderheiten in der Bundesrepublik, in: *Groenemeyer, Axel/Wieseler, Silvia* (Hrsg.), Soziologie sozialer Probleme und sozialer Kontrolle: Realitäten, Repräsentationen und Politik. Wiesbaden, S. 515-526.

Schneider, Jan/Yemane, Ruta, 2014: Ethnische Diskriminierung. Störfaktor im Integrationsprozess, in: <http://www.bpb.de/apuz/180856/ethnische-diskriminierung-stoerfaktor-im-integrationsprozess>; 06.06.2016.

Schneider, Patricia, 2016: Migranten und Flüchtlinge als Herausforderung für Deutschland und Europa, in: *Sicherheit und Frieden* 34, 1, S. 1-96.

Schneider, Peter, 2016: Realitätsverweigerung ruiniert unsere Demokratie, in: <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article151068000/Realitaetsverweigerung-ruiniert-unsere-Demokratie.html>; 10.09.2016.

Schulte, Axel/Treichler, Andreas, 2010: *Integration und Antidiskriminierung. Eine interdisziplinäre Einführung.* Weinheim/München.

Serhan, Mahmoud, 2016: Auch Flüchtlinge haben Angst, in: <http://www.handelsblatt.com/politik/international/fluechtlingskrise-zwischen-angst-und-hass-unterscheiden/13073630-2.html>; 14.06.2016.

Täubig, Vicki, 2009: *Totale Institution Asyl. Empirische Befunde zu alltäglichen Lebensführungen in der organisierten Desintegration,* Weinheim/München.

Terkessidis, Mark, 2004: *Die Banalität des Rassismus. Migranten zweiter Generation entwickeln eine neue Perspektive.* Bielefeld.

Tillie, Jean, 2004: Social Capital of Organisations and Their Members. Explaining the Political Integration of Immigrants in Amsterdam, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 30, 3, S. 529-541.

United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR) Executive Committee, 2005: Conclusion on Local Integration, No. 104 (LVI) – 2005, in: <http://www.unhcr.org/excom/exconc/4357a91b2/conclusion-local-integration.html>; 06.06.2016.

United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR), 2016: *Global Trends. Forced Displacement in 2015.* Geneva.

Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG), 2012: Das Projekt Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland, in: https://www.uni-bielefeld.de/ikg/projekte/GMF/Gruppenbezogene_Menschenfeindlichkeit_Zusammenfassung.pdf; 10.09.2016.

Uslucan, Haci-Halil/Yalcin, Cem S., 2012: *Wechselwirkung zwischen Diskriminierung und Integration. Analyse bestehender Forschungsstände.* Essen.

ZEIT ONLINE, 2016: Flüchtlinge. “Rassistische Ressentiments werden hemmungslos ausgelebt”, in: <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2016-06/fluechtlinge-amnesty-international-schutz-deutsche-fluechtlingsheime>; 09.06.2016.

Zick, Andreas, 2010: Psychologie der Akkulturation. Neufassung eines Forschungsbereiches. Wiesbaden.

Zick, Andreas/Klein, Anna, 2014: Fragile Mitte. Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014. Bonn.

9. Anhang

9.1. Fragenkatalog der Interviews

1. Vorstellung

- Eigene Motivation (*Migrationshintergrund*) über die Thematik der Arbeit vorstellen.
- Kannst du dich bitte kurz vorstellen?
 - Soziodemographische Merkmale: Weiblich/Männlich, Alter, Herkunftsland, Dauer des Aufenthaltes in Deutschland, Religion, Berufstätig, Status.

2. Integration

- Als erstes interessiert mich, was für dich wichtig ist, um hier in Deutschland dazuzugehören?
- Kannst du mir bitte erzählen, was du unter einer “erfolgreichen Integration” verstehst?
- **Zugehörigkeitsgefühl - Identität mit der Gesellschaft**
- Fühlst du dich in Deutschland Zuhause? Was heißt das für dich?
 - Siehst du dich als Mitglied der deutschen Gesellschaft? (*Selbstdefinition*)
 - Fühlst du dich in Deutschland akzeptiert? (*Fremddefinition*)
 - Fühlst du dich innerhalb Deutschlands einer bestimmten Gruppe eher zugehörig? (*Gruppendefinition*)
- Erzähl mir doch mal aus welchen Ländern deine Freunde kommen?
- Beschreib mir bitte was du mit Deutschland in Verbindung bringst?
 - Fühlst du dich wohl in der deutschen Lebensart?
- Erzähl mir über deine Beziehung zu deinem Heimatland.
 - Als was fühlst du dich eher (*Deutsch oder Heimatland*)?
- **Haltung zu demokratischen Normen und Werte**
- Was ist für dich Demokratie?
- Beschreibe mir bitte mal welche Eigenschaften eine Demokratie haben soll?
 - Sollte jeder das Recht haben seine Meinung in der Öffentlichkeit zu äußern?
 - Ist es notwendig eine Opposition zu haben?
 - Was sind so für dich die wichtigsten Werte in einer Demokratie?
- Was ist denn deine Einstellung zur Demokratie?
 - Hast du Erwartungen an die deutsche Demokratie?
- Wie fandest du die Reaktion von Erdogan auf den Putschversuch in der Türkei?
- Welche Rolle sollte Religion in einer Demokratie spielen? (*Bsp. Frankreich vs. Deutschland*)
- Bist du der Meinung, dass die deutsche und muslimische Lebensweise miteinander vereinbar ist? Können Muslime und Deutsche friedlich zusammen leben?

3. Diskriminierung

- Hast du denn eine negative Erfahrung gemacht in der du aufgrund deiner Herkunft schlecht behandelt wurdest?
 - Gab es Situationen, wo du dich wegen deiner Herkunft Nicht-erwünscht gefühlt hast?
 - Bei fehlenden Verständnis des Interviewten, über eigene Erfahrung mit Diskriminierung berichten um Thema zu verdeutlichen.
- In welchem Kontext fand die Diskriminierungserfahrung statt?
 - Im Alltag (auf der Straße, in öffentlichen Verkehrsmittel, beim Einkaufen, in Restaurants)
 - Im Arbeitsplatz, Arbeitssuche, Wohnungssuche, Erstaufnahme oder Übergangswohnheim
 - In der Sprachschule (Bildungseinrichtungen), In Kontakt mit Ämtern oder der Polizei
- Wie reagierten die Menschen dir gegenüber? Wie haben sie sich geäußert?
 - verbal oder körperlich angegriffen
 - Unschwellige bis offen ausgesprochene Ausgrenzung, aggressive Gesten
 - Feindselige, fremdenfeindliche, abfällige, antimuslimische Anfeindungen oder Blicke
- Haben Personen in deinem Umfeld Erfahrung mit Diskriminierung gemacht?

4. Wechselwirkung zwischen Integration und Diskriminierung

- **Zugehörigkeitsgefühl - Identität mit der Gesellschaft**
- Wie wirkt sich diese Erfahrung auf dich aus? (*Selbstdefinition / Eigene Erfahrung*)
 - Fühlst du dich in Dresden unsicher oder hast du Angst?
 - Wie gehst du im Alltag damit um?
 - Welchen Einfluss hat diese Erfahrung auf deine Lebenszufriedenheit und deinen Selbstwertgefühl?
 - Wie beeinflusst deine Erfahrung dein Zugehörigkeitsgefühl zur deutschen Gesellschaft?
- Wie wirken die Montagsdemonstrationen von Pegida, Afd, fremdenfeindliche Mobilisierung, Brandanschläge gegen Flüchtlingsheime auf dich aus? (*Gruppendefinition / Erfahrung über Gruppenzugehörigkeit*)
 - Welchen Einfluss haben diese Ereignisse auf deine Bereitschaft auf Deutsche zuzugehen?
 - Wie verhältst du dich Deutschen gegenüber? Vermeidest du Kontakt zu Deutschen?
 - Welche Konsequenzen ziehst du denn aus deinen Erfahrungen?
- Beschreibe doch mal, wie sich deine Begegnung auf dein Zusammenleben mit Deutschen auswirkt. (*Fremddefinition / Erfahrung gegenüber der Residenzgesellschaft*)
 - Fühlst du dich weniger akzeptiert in der deutschen Gesellschaft?
 - Fühlst du dich isoliert oder ausgeschlossen?

- **Haltung zu demokratischen Normen und Werte**

- Wie beeinflusst deine Erfahrungen deine Sicht über die Demokratie in Deutschland?
- Wie zufrieden bist du mit der Umsetzung, der von dir benannten wichtigsten, demokratischen Werten?
- Beschreibe mir bitte das Verhalten von Deutschen gegenüber deiner Religionszugehörigkeit
 - Wird dein Glauben von deinen Mitmenschen akzeptiert?
- Wie beurteilst du die deutsche Demokratie trotz ihrer Probleme? (*fehlende Chancengleichheit*)

5. Abschluss:

- Wie verhält sich die Mehrheit der Deutschen dir gegenüber? (*Überwiegt die Erfahrung mit der Willkommenskultur sowie den Helferinitiativen oder die subjektive Diskriminierungserfahrungen*)
- Wo siehst du deine Zukunft? (*Rückkehrabsicht / Bleibewunsch*)
- Was hältst du davon die deutsche Staatsbürgerschaft zu erhalten? (*Einbürgerungsabsicht*)
- Wenn sich in deinem Heimatland die Situation deutlich verbessert, würdest du dann trotzdem in Deutschland bleiben wollen oder lieber zurückkehren?
- Jetzt haben wir viel besprochen, gibt es denn etwas, was dir noch wichtig ist zu erwähnen?

9.2. Transkription der Interviews

9.2.1. Interview mit Befragter1

Befragter1_B1_Gabriel; Herkunftsland: Syrien (Kurde/Sunnit); Aufenthaltsdauer in Deutschland: 1 Jahr; Geschlecht: Mann

9.2.2. Interview mit Befragter2

Befragter2_B2_Thomas; Herkunftsland: Syrien (Kurde, Araber/Sunnit; Aufenthaltsdauer in Deutschland: 6 Jahre; Geschlecht: Mann

9.2.3. Interview mit Befragter3

Befragter3_B3_Barbara; Herkunftsland: Syrien (Araberin/Sunnitin); Aufenthaltsdauer in Deutschland: 2 Jahre; Geschlecht: Frau

9.2.4. Interview mit Befragter4

Befragter4_B4_Luisa; Herkunftsland: Iran; Aufenthaltsdauer in Deutschland: 20 Jahr; Geschlecht: Frau

10. Selbständigkeitserklärung

Ich versichere, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt habe. Ich reiche sie erstmals als Prüfungsleistung ein. Mir ist bekannt, dass ein Betrugsversuch mit der Note "nicht ausreichend" (5,0) geahndet wird und im Wiederholungsfall zum Ausschluss von der Erbringung weiterer Prüfungsleistungen führen kann.

Name: Frossard

Vorname: Sophie

Matrikelnummer: 3885874

Dresden, den 14.10.2016

.....

Unterschrift